

Ulrich Wehrhahn

**Die Aufnahme und Integration der Vertriebenen in Brühl
(1945-1961)**

**Schriftenreihe zur Brühler Geschichte
Band 27**



Schlichtwohnungen für Umsiedler am Elchenbusch in Brühl (Reg.-Bez. Köln)

50

Abb. aus: Die Umsiedlung der Heimatvertriebenen (Rechenschaftsbericht NRW), S. 50.

Brühl 2024

UNIVERSITÄT ZU KÖLN
Historisches Seminar I

Magisterarbeit

Thema:
Die Aufnahme und Integration der Vertriebenen in Brühl (1945-1961)

Vorgelegt von:

Ulrich Wehrhahn
Fritz-Wündisch-Straße 54
50321 Brühl

Gutachter: Prof. Dr. Ralph Jessen

Brühl, im März 2010,
um Abbildungen erweitert im Mai 2024.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Einleitung	5
1.1 Stellungnahme zum Thema	5
1.2 Quellenlage und Forschungsstand	5
1.2.1 Quellenlage	5
1.2.2 Forschungsstand	6
1.3 Begriffsdefinitionen	6
1.3.1 Vertriebene, Flüchtlinge und Umsiedler	6
1.3.2 Integration	8
2. Die Ausgangslage 1945/46	10
2.1 Entstehung und Durchführung der Zwangswanderung	10
2.2 Lebensbedingungen nach Kriegsende	12
2.3 Flüchtlingspolitik in Nordrhein-Westfalen	13
3. Ankunft und Unterbringung	14
3.1 Brühl am Ende des Krieges	14
3.2 Die Organisation der Zuwanderung im Landkreis Köln	15
3.3 Ankunft und Unterbringung der Vertriebenen in Brühl	17
3.3.1 Chronik des Bevölkerungszustroms	17
3.3.2 Städtische Betreuungsmaßnahmen	18
3.3.3 Die Lager in Brühl	20
3.3.4 Die Wohnraumbewirtschaftung	23
3.4 Das Verhältnis zu den Einheimischen	26
4. Wohnraumversorgung und berufliche Eingliederung	29
4.1 Der kommunale Wohnungsbau als Eingliederungsfaktor	29
4.1.1 Anfänge und Entwicklung der Bautätigkeit	29
4.1.2 Umsiedlungsmaßnahmen	32
4.1.2.1 Die äußere Umsiedlung	32
4.1.2.2 Die innere Umsiedlung	35
4.1.3 Siedlungswesen	36
4.2 Wirtschaft und Gewerbe	38
4.2.1 Vertriebene als Arbeitskräfte	38
4.2.2 Vertriebene in Handwerk und Gewerbe	40
4.2.3 Exkurs: Die Glasfabrik Wittwer – zur Ansiedlung eines Vertriebenenunternehmens	41

5. Vertriebene und Kirche –	
Die kirchliche Einbindung am Beispiel der Evangelischen Kirche	44
5.1 Die Entwicklung der Gemeinde nach dem Krieg	44
5.2 Die Fürsorgetätigkeit für die Vertriebenen	47
6. Die Interessensvertretung der Vertriebenen	51
6.1 Flüchtlingsausschuss und Flüchtlingsbeirat	51
6.2 Der Bund der vertriebenen Deutschen	54
6.3 Der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)	59
6.3.1 Die Gründung und Entwicklung der Partei	59
6.3.2 Der BHE im Rat der Stadt Brühl 1952-1956	62
7. Schlussbetrachtung: Zur Integration der Vertriebenen in Brühl	64
7.1 Integrationshemmende Faktoren	64
7.2 Integrationsfördernde Faktoren	65
7.3 Fazit	67
8. Anhang	69
8.1 Tabellen und Dokumente	69
8.1.1 Tabellen	69
8.1.1.1 Bevölkerungsentwicklung und Vertriebene	69
8.1.1.2 Bevölkerung und Konfession	71
8.1.1.3 Eheschließungen nach Konfessionen	71
8.1.2 Dokumente	72
8.1.2.1 Bericht des Kreissozialamts zum Auffanglager Brühl (März 1947)	72
8.1.2.2 Aufruf zur Hilfsbereitschaft (1947)	75
8.1.2.3 Tätigkeitsbericht der ev. Flüchtlingspflegerin (Oktober 1947)	76
8.2 Quellen- und Literaturverzeichnis	78
8.2.1 Ungedruckte Quellen	78
8.2.2 Gedruckte Quellen	79
8.2.3 Presseerzeugnisse	80
8.2.4 Befragungen	80
8.2.5 Bibliographische Hinweise	80
8.2.6 Literaturverzeichnis	81
8.3 Abkürzungsverzeichnis	86
9. Nachtrag (Mai 2024)	88

1. Einleitung

1.1 Stellungnahme zum Thema

Als Reaktion auf die nationalsozialistische Bevölkerungs- und Rassenpolitik kommt es mit der militärischen Niederlage des Deutschen Reiches im 2. Weltkrieg zur Vertreibung von Millionen Deutschen aus den östlichen Gebieten des Deutschen Reiches und den Angehörigen deutscher Minderheiten in Ost- und Südosteuropa. Thema dieser Arbeit ist es, als Folge dieses Ereignisses, die Aufnahme und Integration der Vertriebenen in Brühl im Zeitraum von 1945 bis 1961 zu untersuchen.

Besonderes Augenmerk soll auf Integrations- bzw. Desintegrationsindikatoren gelegt werden. Zu diesem Zweck soll zunächst auf die Rahmenbedingungen eingegangen werden, die für die Lage der Vertriebenen in der Nachkriegszeit maßgeblich waren. Dazu gehören der geschichtliche Kontext, in dem die Vertreibung steht, Angaben über Herkunft und Umfang der einzelnen Vertriebenengruppen und die Lebensbedingungen, die sie in Brühl vorfanden. Im Vordergrund stehen hier, aufgrund des beschränkten Umfangs der Untersuchung, die Bereiche Wohnen und Wirtschaft, die wachsende evangelische Kirchengemeinde und das heimatvertriebene Organisationswesen. Bei Letzteren sind die Tätigkeiten des Flüchtlingsbeirates, des Flüchtlingsausschusses, die Ortsgruppe des Bundes vertriebener Deutscher (BvD) und der Partei Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) von besonderem Interesse. Um eine differenziertere Einschätzung zu erhalten, werden kurze Vergleiche mit anderen Lokalstudien vorgenommen.

Der Beginn des Untersuchungszeitraums ist mit dem Kriegsende vorgegeben. Das Ende ist mit 1961 nicht willkürlich relativ spät gesetzt. Zum einen ist die wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen Anfang der 60er Jahre im Wesentlichen erreicht.¹ Zum anderen soll die Entwicklung der Ortsgruppe des BvD über einen längeren Zeitraum betrachtet werden, um dessen Aktivitäten besser erfassen zu können.

1.2 Quellenlage und Forschungsstand

1.2.1 Quellenlage

Die Untersuchung stützt sich hauptsächlich auf die Bestände des Stadtarchivs Brühl (StAB). Darunter befinden sich Akten, Protokolle, Verwaltungsberichte, Statistische Jahrbücher, Tageszeitungen und der Bestand Winkler, dem letzten Vorsitzenden der Brühler Ortsgruppe des BvD. Sie liefern Informationen über die Zahl der Vertriebenen, ihre Unterbringung, Religionszugehörigkeit etc. Für die Themenbereiche Ankunft und Unterbringung konnten ergän-

¹ Bauer 1987, S. 76 f. Nach Wiesemann & Kleinert 1984, S. 320 beträgt 1961 in NRW der Anteil der Vertriebenen an den Arbeitslosen 8,5 Prozent, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung ist jedoch mit 14,5 Prozent höher.

zend Unterlagen aus dem Kreisarchiv des Rhein-Erft-Kreises (KAREK) herangezogen werden. Dort befinden sich die Bestände des Altkreises Köln-Land. Im Archiv der Evangelischen Kirchengemeinde Brühl konnten das Protokollbuch des Presbyteriums und Akten der Gemeinde eingesehen werden.² Zudem wurden zwei Zeitzeugen befragt.

1.2.2 Forschungsstand

Das Vertreibungsgeschehen ist im Allgemeinen breit erfasst und gut dokumentiert.³ Auf der lokalen Ebene der Stadt Brühl ist dies nicht der Fall. In einer Gesamtdarstellung der Geschichte der Stadt Brühl⁴ wird die Vertriebenenproblematik nur kurz gestreift. Ebenso in zwei Schriften zur Geschichte der Evangelischen Kirche⁵ und in einem mehrteiligen Aufsatz zum Thema „Brühl vor der Währungsreform“⁶. Im „Brühler Kriegstagebuch 1938-1946“⁷, einer Sammlung von Zeitzeugenaussagen und Zeitdokumenten, werden die Nöte von Brühler Bürgern nach Kriegsende dargestellt. Diese Zeitzeugenaussagen gehen aber nicht auf die Vertriebenen ein. Diese werden nur kurz in Form von zwei Zeitungszitaten erwähnt.

1.3 Begriffsdefinitionen

1.3.1 Vertriebene, Flüchtlinge und Umsiedler

Ein grundlegendes Problem ist die Begriffsabgrenzung zwischen Vertriebenen und Flüchtlingen. In Westdeutschland wird in den ersten Nachkriegsjahren nicht zwischen Vertriebenen und Flüchtlingen unterschieden. Die Begriffe werden synonym benutzt.

Der Begriff der „Vertriebenen“ ist vor der Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland (BRD) von den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen definiert worden als „Personen, die durch Flucht oder Vertreibung ihren Wohnsitz in den deutschen Ostgebieten oder im Ausland im Zusammenhang mit den Ereignissen des 2. Weltkrieges verloren haben“⁸. In der britischen Besatzungszone erhielten sie 1948 den „Flüchtlingsausweis A“. Die Flüchtlinge aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bekamen zur Unterscheidung einen „Flüchtlingsausweis B“.

² Aus den, im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf liegenden, Beständen des Arbeitsamtes Brühl konnten nur rudimentäre Erkenntnisse gewonnen werden. Das Archiv des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks (RWE) konnte keine Dokumente zur Verfügung stellen. Ebenso das Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv in Köln, da sich dort keine Bestände Brühler Firmen befinden.

³ Überblicksdarstellungen zur Vertriebenenproblematik geben Schoenberg 1970, in der Breite bemerkenswert Lemberg & Edding 1959, sowie Benz 1995. Ausführlich ist die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa 1953-1962. Eine Einführung in den Forschungsstand bieten Schulze, von der Brelie-Lewien & Grebing 1987, Sywottek 1989 und Hoffmann, Krauss & Schwartz 2000.

⁴ Dröscher 2007, S. 275 f. (Flüchtlinge und Vertriebene), S. 286 ff. (Wohnungsbau), wobei Abbildungen einen großen Raum einnehmen.

⁵ Grosser 1958; Prasuhn 1985.

⁶ Prasuhn 1992/3.

⁷ Sobczak 2006, S. 215 f., Zeitungszitate aus dem Kölnischen Kurier.

⁸ Reichling 1987, S. 46-57, hier S. 50.

Nach der Konstituierung der BRD dauerte es bis 1953, bevor eine einheitliche Definition im Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG) formuliert wurde: „Vertriebener ist, wer als deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehörigkeit seinen Wohnsitz in den zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten oder in Gebieten außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches ... hatte und diesen im Zusammenhang mit den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges infolge Vertreibung, insbesondere durch Ausweisung oder Flucht, verloren hat (§ 1 Abs.1 Satz 1)“⁹. Die Vertriebenen werden unterteilt in „Heimatvertriebene“, die ihren Wohnsitz am 1.1.1937 in den ehemaligen deutschen Ostgebieten hatten (Vertriebenenausweis A) und „Vertriebene“, die am 1.1.1939 dort ihren Wohnsitz hatten (Vertriebenenausweis B). Als „Flüchtlinge“ werden ausschließlich die Zuwanderer aus der SBZ bzw. der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) definiert (Flüchtlingsausweis C).¹⁰ Diese Unterscheidungen werden für diese Untersuchung übernommen.

Ein juristisch definierter Vertriebener zu sein, bedeutete einen Status zu erhalten, der auch allen Nachkommen zustand. Die politische, rechtliche und soziale Dimension der verwendeten Begriffe ist wichtig, da mit ihr Ansprüche, Forderungen und Erwartungen verbunden werden. Die Anerkennung des jeweiligen rechtlichen Status ist Grundlage für den Anspruch auf Leistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz (LAG).¹¹

Einen Sonderfall unter den Vertriebenen bilden die „Umsiedler“. Es sind einerseits Vertriebene, die aus den Hauptaufnahmeländern, gefördert durch mehrere vom Bund finanzierte Programme, u. a. nach Nordrhein-Westfalen (NRW) kommen („äußere Umsiedlung“). Zum anderen sind es Personen, die innerhalb des Landes NRW umgesiedelt werden („innere Umsiedlung“). Nicht zu verwechseln sind sie mit den Umsiedlern in der SBZ bzw. DDR, wo zunächst alle Vertriebenen als Umsiedler bezeichnet werden.

Gemeinsam ist den Gruppen der Vertriebenen und Flüchtlinge, dass sie nach dem 2. Weltkrieg auf das Gebiet der Bundesrepublik kommen. Sie müssen sich eine neue Existenz aufbauen und einen oft schwierigen Integrationsprozess durchlaufen. Dabei sind sie zumeist völlig mittellos und von öffentlicher Unterstützung abhängig. Die unterschiedlichen Ursachen der Wanderungen und ihre unterschiedlichen sozialen, politischen und ökonomischen Begleitumstände wirken dagegen als differenzierende Randbedingungen auf den Integrationsprozess.

⁹ Ebd.

¹⁰ Lüttinger 1989, S. 57.

¹¹ Ebd., S. 58 f.

Die Vertreibung aus den ehemaligen Ostgebieten erfasst den Großteil der dort ansässigen deutschen Bevölkerung und vollzog sich in Trecks oder Sammeltransporten in ein Rumpfdeutschland, das politisch und ökonomisch am Boden liegt. Die Vertriebenen sind nicht Subjekt, sondern Objekt ihrer Wanderung. Ihre persönlichen Motive und Interessen werden nicht berücksichtigt. Die Flüchtlinge als i. d. R. Einzelwanderer handeln dagegen aus einem freiwillig und bewusst getroffenen Entschluss, wenn auch erheblicher Druck hinter der Entscheidung stehen konnte. Die „Erlebnissituationen“ von Flucht und Vertreibung sind also stark unterschiedlich.

Entscheidend sind die unterschiedlichen Zuwanderungszeitpunkte und die Verschiedenartigkeit der Situation, auf welche die Neubürger treffen. Die Zuwanderung beginnt für beide Gruppen in den letzten Kriegsmonaten. Die Vertriebenen kommen in einem relativ kurzen Zeitraum, der bis 1950 weitgehend abgeschlossen ist. Die Flüchtlinge dagegen treffen zu meist in den fünfziger Jahren ein, allerdings bei günstigeren wirtschaftlichen und sozialen Randbedingungen. Die BRD bemüht, sich soziale Härten zu vermeiden und den Wohnungsmangel zu beseitigen. Zudem steigt der Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft. Auch verlassen die Menschen mit der DDR einen sich neu konstituierenden Staat. Dies weist auf eine politische Dimension der Fluchtbewegung hin. Zudem werden die beiden Gruppen durch das BVFG rechtlich differenziert und etwa dreimal so viel Vertriebene wie DDR-Flüchtlinge gezählt.¹²

Obwohl die neuere Migrationsforschung dazu tendiert, alle von Massenzwangswanderung betroffenen Menschen als „Flüchtlinge“ zu bezeichnen¹³, ist hier eine Unterscheidung zwischen Vertriebenen und Flüchtlingen deshalb sinnvoll, da man so den verschiedenen Wanderungs- und Integrationsbedingungen gerechter wird als mit einem generellen Flüchtlingsbegriff.¹⁴

1.3.2 Integration

Unter dem Begriff „Integration“ werden in der Zeitgeschichtsforschung viele Aspekte des gesellschaftlichen Wandels gebündelt. Besonders gilt dies mit Blick auf die Vertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und andere Migranten.¹⁵

Ursprünglich wird unter Integration die Wiederherstellung eines Ganzen aus seinen Teilen oder die Einbeziehung, Eingliederung von Teilen in ein größeres Ganzes verstanden. In der Soziologie spricht man von einem Prozess der Bildung einer Einheit aus Teilen, speziell von

¹² Die Zahl der Flüchtlinge steigt bis 1961 auf 3.099.000, Reichling 1987, S. 46.

¹³ Wiesemann 1986, S. 164 f., Wiesemann & Kleinert 1984, S. 297 und Kleinert 1993.

¹⁴ Lüttinger 1989, S. 61-64.

¹⁵ Prägnant stellt Ackermann (1990) die Vieldeutigkeit dieses Begriffes) dar.

sozialen Systemen aus Elementen.¹⁶ Mit diesem wenig differenzierten Integrationsbegriff wird die Eingliederung von Individuen oder Gruppen in eine Gesellschaft behandelt. Betrachtet man ihn genauer werden verschiedene Aspekte mit verschiedenen Bedeutungen sichtbar. Mit Integration als Oberbegriff werden so die Eingliederungsprozesse Assimilierung, Akkulturation und Interkulturation unterschieden.¹⁷

Von Assimilation wird gesprochen, wenn sich Zuwanderer an Einheimische angleichen. Dabei treten die Werte und Kulturmuster der Migranten äußerlich zurück, ohne dass die der Einheimischen übernommen werden. Konflikte mit der Aufnahmegesellschaft werden so umgangen, Teile der kulturellen Identität aber gehen dabei verloren.

Die Akkulturation beinhaltet weitergehender einen Wechselprozess in die Aufnahmekultur. Die Migranten eignen sich die Werte, Normen und Verhaltensmuster der Aufnahmekultur an.

Bei der Interkulturation besteht ein Teil des Alten neben Elementen des Neuen und verschwommenen Überschneidungsbereichen weiter. Es findet eine partielle Akkulturation, beispielsweise am Arbeitsplatz, statt, während das Alte im Bereich der Familie und Erziehung beibehalten wird.

Die Integration von Zuwanderern stellt einen Generationenübergreifenden Prozess dar. Die Migranten wachsen langsam in die Aufnahmegesellschaft hinein, um ihr in der zweiten oder dritten Generation ganz anzugehören.¹⁸ Die psychischen Folgen der Migrations- und Akkulturationsprozesse nehmen zwar ab, bleiben aber über Generationen hinweg spürbar.¹⁹

Eine andere Möglichkeit sich dem Begriff Integration zu nähern ist es, ihn als Sozialprozess auf Gegenseitigkeit zu bezeichnen.²⁰ Als Maßstab für das Gelingen oder Nichtgelingen von Integration gilt dabei die Trias von Kommerzium, Kommensalität und Konnubium.²¹ Durch diese idealtypische Konstruktion wird Integration als langsames und organisches Hineinwachsen der Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft gedeutet, wobei auch diese sich wandelte.

Das Kommerzium stellt dabei die Aufnahme rein sachlicher Beziehungen durch den Austausch von Gütern und Sachleistungen dar. Die Vertriebenen erreichen so die Vorstufe von

¹⁶ Definition nach Peuckert & Scherr 2006, S. 115 ff.

¹⁷ Die folgenden Definitionen zu diesen Begriffen nach Krauss 1997, S. 14 f.

¹⁸ Ebd., S. 15 und Ackermann 1990, S. 22 f.

¹⁹ Zu den hier nicht behandelten psychischen Folgen von traumatischen Erfahrungen durch die Vertreibung, Kosser 2008, S. 323-344.

²⁰ Ackermann 1990, S. 24 f.

²¹ Ebd. u. ausführlich Frantzioch 1987, S. 196-235.

Integration. Ihnen können der Grunderwerb und die Ausübung gewisser Berufe nicht mehr verweigert werden.

Die Kommensalität ist ein Maß für die gegenseitige Annäherung und des Miteinanders von vorher fremd gegenüberstehenden Bevölkerungsteilen.²² Dem jeweils anderen werden bei erhöhter sozialer Nähe die gleichen Qualifikationen und damit Ebenbürtigkeit zuerkannt. Sie ist ein Hinweis auf die fortschreitende emotionale Integration der Vertriebenen.

Unter dem Konnubium wird biologisch-soziologische Vermischung zweier Gruppen durch Eheschließung bezeichnet. Die Heiratsallianz kennzeichnet damit den engsten Grad des Zu- und Miteinanders von Menschen.²³ Die Verschwägerungsintensität ist ein Maßstab der Annäherung von Vertriebenen und Einheimischen.

2. Die Ausgangslage 1945/46

2.1 Entstehung und Durchführung der Zwangswanderung

1939 beginnt das Deutsche Reich einen Angriffskrieg, den es zu einem totalen Vernichtungskrieg ausweitet. Die Kriegstoten des 2. Weltkriegs werden auf weit über 50 Millionen geschätzt. Mindestens 13 Millionen Menschen verlieren durch Verbrechen des nationalsozialistischen Systems, nicht durch Kriegshandlungen, ihr Leben. Als Folge dieser Politik, die auf die physische Vernichtung von Millionen Menschen ausgerichtet war, beginnt mit der militärischen Niederlage die Vertreibung von Deutschen aus den östlichen Gebieten des Deutschen Reiches und anderen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa.

Die Zwangsvertreibung beruht einerseits auf dem Vergeltungsbedürfnis der Sieger gegen deutsche Verbrechen, andererseits auf der politischen Ideologie des Nationalstaates. Danach ist die moderne Nation eine Gemeinschaft gleicher Staatsbürger, die derselben sprachlich-ethnischen Großgruppe angehören. Ein homogener Nationalstaat wird als Garantie für Frieden angesehen, auch wenn dazu die Nationengruppen zwangsweise entmischt werden müssen.²⁴ Erstmals umgesetzt führt dies 1913 durch einen Vertrag zwischen Bulgarien und der Türkei zur Umsiedlung von jeweils 50.000 zur entsprechenden Minderheit gehörenden Menschen.²⁵ Als Vorbild für die Vertreibungen nach dem 2. Weltkrieg gilt der 1923 geschlossene Vertrag von Lausanne.²⁶ Griechenland und die Türkei vereinbarten darin den vollstän-

²² Ebd., S. 196 f. u. 239 f.

²³ Ebd., S. 197 u. 241 f.

²⁴ Lemberg, H. 2002, S. 14 f.

²⁵ Henke 1995, S. 59.

²⁶ Zum Vertrag von Lausanne, Naimark 2008, S. 70-75.

digen Austausch ihrer Minderheiten, der auf brutalste Weise vollzogen wurde. Die Homogenitätstheorie ist zudem Grundlage nationalsozialistischer Umsiedlungsaktionen („Heim ins Reich“) von deutschen Minderheiten aus Osteuropa und Südtirol, die bis zum Ende des 2. Weltkriegs andauerten.²⁷

Im Potsdamer Abkommen beschließen 1945 die drei deutschen Hauptkriegsgegner USA, Sowjetunion und Großbritannien die Verschiebung von Grenzen.²⁸ Dazu zählt u.a. die Westverschiebung Polens bis zur Oder-Neiße-Linie als Kompensation für die 1939 mit Hitlers Hilfe erfolgten Annexion Ostpolens durch die Sowjetunion. Endgültige Grenzfestlegungen werden offiziell auf bevorstehende Friedensregelungen verschoben. Aber es besteht kein Zweifel, dass hier eine dauerhafte Vereinbarung getroffen wird, die auch später nicht mehr ernsthaft in Frage gestellt wird. Gleichzeitig wird die Überführung der Deutschen aus diesen Gebieten sowie der Tschechoslowakei (Sudetendeutsche) und Ungarns beschlossen. Betroffen sind zudem die Angehörigen deutscher Minderheiten weiterer Staaten Ostmittel- und Südosteuropas. Nicht nur Deutsche werden zwangsumgesiedelt. Auch Finnen aus Karelien, Polen aus früheren ostpolnischen Gebieten (in die „neuen“ westpolnischen Gebiete), Ungarn aus der Slowakei und Italiener aus Istrien. Insgesamt verlieren etwa 20 Millionen Menschen ihre Heimat. Von den, in den Vertreibungsgebieten lebenden, 18 Millionen Deutschen müssen vermutlich 12,45 Millionen bis 1950 ihre Heimat verlassen. Etwa 7,9 Millionen kommen nach West-, rund 4 Millionen nach Ostdeutschland, zirka 500.000 gelangen ins westliche Ausland, hauptsächlich nach Österreich. Zu beachten ist die umstrittene Zahl der Vertreibungsoffer. Schätzungen reichen von 500.000 bis zu 2 Millionen Toten.²⁹ Der Umsiedlungsprozess setzt sich, mit den sog. Aussiedlern bis in die Gegenwart fort.

Die Vorgänge um Flucht und Vertreibung der Deutschen können in Phasen eingeteilt werden. Zunächst ist die Flucht vor der sowjetischen Armee, beginnend mit deren Vorrücken auf das Gebiet des deutschen Reichs im Herbst 1944, verstärkt ab Januar 1945 zu nennen. Es folgen die Vertreibungen aus nun polnischen bzw. sowjetischen Gebieten und der Tschechoslowakei. Anschließend beginnen die vertraglich in Potsdam festgelegten Zwangsumsiedlungen. Diese „Bevölkerungstransfers“ gehen für die Betroffenen größtenteils in einer unmenschlichen und brutalen Weise vor sich. Die Flucht aus der sowjetischen Besatzungs-

²⁷ Lemberg, H. 2002, S. 16.

²⁸ Zum Potsdamer Abkommen, Henke 1995.

²⁹ Reichling 1986, S. 24-32. Wehler (2003 u. 2008) übernimmt diese Zahlen in seine „Deutsche Gesellschaftsgeschichte“. Reichling geht von 1,7 Millionen „Vertreibungsverlusten“ aus. Nach Benz (2001, S. 53 f.) wird dabei die Zahl der nicht verschleppten Deutschen in den Vertreibungsgebieten bei Kriegsende die Zahl der nach Kriegsende in den Aufnahmegebieten eingetroffenen Vertriebenen und der in den Verbreitungsgebieten zurückgebliebenen Deutschen gegenübergestellt. Dies entspreche zwar dem rechnerischen Bevölkerungsverlust während des 2. Weltkriegs, aber darin enthalten seien u. a. auch die Gefallenen der Wehrmacht und Vermisste. Benz geht daher von 500.000 bis 600.000 Toten aus.

zone bzw. aus der DDR kann, je nach Betrachtungsweise, als vierte Phase angefügt werden, obwohl sie sich vom Vertreibungsgeschehen im engeren Sinne absetzt.³⁰

Das Ende der deutschen Gewaltherrschaft hatte weitreichende politische Fakten zur Folge. Der Ursachenzusammenhang zwischen nationalsozialistischer Volkstums-, Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik und der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa darf nicht einseitig dargestellt werden. Die Geschichte von jeweiligen Opfern und Tätern ist untrennbar verbunden.

2.2 Lebensbedingungen nach Kriegsende

Die Lebensumstände in Deutschland nach dem Krieg werden als „Zusammenbruchsgesellschaft“³¹ oder „Trümmergesellschaft“³² beschrieben. Ein großer Teil der Bevölkerung ist in Bewegung geraten: Evakuierte, Displaced Persons³³, Flüchtlinge und die Vertriebenen ziehen auf den Straßen Deutschlands. Es ist eine „Gesellschaft unterwegs“.³⁴

Das Hauptproblem ist die Wohnungsfrage. Auf dem Gebiet der späteren BRD ist ein Viertel aller Wohnungen zerstört. Der stetige Zustrom von Vertriebenen und Flüchtlingen wird daher in die weniger betroffenen Kleinstädte und in ländliche Gebiete dirigiert. Kritisch entwickelt sich die Ernährungslage.³⁵ Hatte sich das Deutsche Reich vor dem Krieg noch zu 80-85 Prozent selbst versorgen können, produziert der Agrarsektor nach 1945 nur noch ein Drittel des normalen Nahrungsmittelbedarfs. Zu den Faktoren, die zur Hungerkrise führen, gehört der Wegfall der traditionellen „Kornkammern“ des Reiches, also die verlorenen Ostgebiete. Auch werden in den Westzonen zu wenig Saatgut und Düngemittel produziert, so dass die Erträge zurückgehen. Heizmaterial ist ebenfalls knapp. In den kalten Nachkriegswintern sterben viele, vor allem ältere Menschen, an Unterkühlung. Jahrelang sind die Sorgen des Alltags erdrückend.³⁶ Der Kampf um das Allernotwendigste zum Überleben, begleitet von der Trauer um die Toten und die Sorge um vermisste Familienangehörige, grenzt die Lebenswelt in einen engen privaten oder allenfalls lokalen Erfahrungshorizont ein. Hier bewähren sich soziale Netzwerke: Betriebe, Kirchengemeinschaften und Familien. Erst die Erhöhung der Importe aus den USA, die 1948 mit einer guten Ernte und der Währungsreform zusammenfallen, entspannt die Versorgungslage.

³⁰ Kleßmann 1991, S. 40 f.; Jolles 1965, S. 115-120.

³¹ Kleßmann 1991, S. 37-65.

³² Teppe 1995.

³³ Gemeint sind u.a. Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge, die in ihre Heimat repatriert werden sollen.

³⁴ Wiesemann 1986, S. 165.

³⁵ Trittel 1999, S. 119.

³⁶ Einen Einblick in die Alltagssituation bietet der Tätigkeitsbericht der ev. Flüchtlingspflegerin, AEvKB, Pfarrakten I,1,13-3. Als Dokument 8.1.2.3 im Anhang, S. 66.

2.3 Flüchtlingspolitik in Nordrhein-Westfalen

Die Briten setzen unbelastete Deutsche als Bürgermeister und Landräte ein, um die dringenden Aufgaben bei der Versorgung und Unterbringung der Bevölkerung besser bewältigen zu können. Am 20. November 1945 bestätigt der Alliierte Kontrollrat die Umsiedlungspläne des Potsdamer Abkommens. Mit großen Massentransporten werden 1,5 Millionen Menschen im Rahmen des Unternehmens „swallow“ (Schwalbe) zumeist aus Schlesien, Pommern und Ostpreußen 1946 in die englische Zone gebracht. Die Ankunft der Vertriebenen erzeugt kaum lösbare Probleme. Die Neuankömmlinge erwarten Wohnungen, Arbeit, Entschädigung für die erlittenen Verluste und Betreuung in existentieller Not. Die Durchführung der Transporte liegt auf Seiten der Briten. Die Aufnahme, Versorgung und Eingliederung wird den deutschen Behörden übertragen, wobei die Briten von der Gemeinde- bis zur Landesebene kontrollierend eingreifen.

Aufgrund der großen Zerstörungen besonders von Verkehrs-, Versorgungseinrichtungen und Wohnraum (46 Prozent des Vorkriegsbestands sind zerstört) werden die am stärksten betroffenen Gebiete (das Ruhrgebiet, die Stadtregion am Rhein und der Niederrhein) für den unkontrollierten Zuzug von Vertriebenen und Flüchtlingen, aber auch für die Rückkehr von Evakuierten, gesperrt. Die ersten größeren Flüchtlingszüge werden wegen fehlender Unterkünfte am Rheinland und Westfalen vorbeigelenkt.³⁷ Der Bevölkerungsstand von 1939 wird in NRW erst 1947, die Zahl der Erwerbspersonen 1950 wieder erreicht. Die NRW zugewiesenen Vertriebenen kommen hauptsächlich in den agrarisch strukturierten Regionen (Ostwestfalen, Sauerland, Lippe) unter. Dort entstehen die drei großen Hauptdurchgangslager Warburg, Wipperfurth und Siegen-Wellersberg. Im Regierungsbezirk Detmold beträgt Ende Oktober 1946 der Flüchtlingsanteil an der Gesamtbevölkerung 12,1, in den Regierungsbezirken Aachen, Köln und Düsseldorf nur zwischen 1,7 und 4,4 Prozent.³⁸ Insgesamt ist der Flüchtlingsanteil (Vertriebene und SBZ-Zuwanderer) in NRW zunächst sehr niedrig, bei 7,4 Prozent (Schleswig-Holstein: 37,8 Prozent).³⁹ Im Herbst 1946 befinden sich 870.000, bis zur Währungsreform 1948 ca. 1,4 Millionen Zugewanderte in NRW, davon ein Drittel im Rheinland.⁴⁰ Ein Zuzug in die gesperrten oder eingeschränkt aufnahmefähigen Gebiete wird nur erlaubt, wenn eine Unterkunft und ein Arbeitsplatz nachgewiesen werden. Durch den Wegfall der ausländischen Zwangsarbeiter und einheimischer Arbeitskräfte, die als Soldaten gefallen oder in Kriegsgefangenschaft geraten sind, besteht unmittelbar nach dem Krieg im Bergbau und in den Grundstoffindustrien ein erheblicher Arbeitskräftemangel. Dieser wird größtenteils durch gezielte Rekrutierungen in Flüchtlings- und Kriegsgefangenenlagern ausgeglichen. Die britische Regierung drängt zu einer schnellen Wiederaufnahme der Produktion, da sie große

³⁷ Kleinert 1990, S. 38.

³⁸ Wiesemann & Kleinert 1984, S. 309.

³⁹ Stat. Bundesamt 1955, S. 13; Wiesemann & Kleinert 1984, S. 298.

⁴⁰ Kleinert 1990, S. 39.

Schwierigkeiten hat, die Nahrungsmittelimporte in ihrer Zone und die hohen Kosten für die Besatzungsverwaltung aufzubringen. Deshalb ist sie auf Entnahmen aus der Kohlegewinnung und der Eisen- und Stahlerzeugung angewiesen.

Die Briten verfolgen zunächst ein Assimilationskonzept. Sie lassen keinen Zweifel daran, dass die Vertriebenen nicht nur vorübergehend aufzunehmen, sondern vollständig und endgültig zu integrieren sind. Auch deshalb wird keine separate politische Interessensvertretung auf Seiten der Vertriebenen geduldet. Dieses Koalitionsverbot wird erst im Zuge des sich herausbildenden Ost-West-Konflikts gelockert. Bis zur Gründung der BRD ist das Land für die Fürsorge der Flüchtlinge und Vertriebenen zuständig. Dazu wird am 2. Juni 1946 das Landesflüchtlingsgesetz erlassen. Dort werden die Grundsätze der Vertriebenenhilfe festgelegt. Es gibt kein gesondertes Flüchtlingsministerium. Die Angelegenheiten der Vertriebenen werden auf die Ministerien Arbeit, Soziales und Wiederaufbau verteilt. Die Landesregierung will ihre Interessen durch Flüchtlingsbeiräte kanalisieren. Diese sind durch die Briten in Erwartung der Massentransporte im Rahmen der Aktion „swallow“ eingerichtet worden. Vertreter von Behörden, Parteien, Wohlfahrtsorganisationen und der Flüchtlinge arbeiten in Beiräten und Kontrollausschüssen auf den verschiedenen Ebenen, von der Gemeinde über die Kreise und Regierungsbezirke bis zur Landesebene, zusammen.⁴¹

3. Ankunft und Unterbringung

3.1 Brühl am Ende des Krieges

Über Jahrzehnte prägte der Braunkohleabbau die Stadt. Obwohl schon Anfang der 1930er Jahre deutlich wird, dass der Abbau in den Brühler Gruben seinem Ende entgegen geht, steigt die Bevölkerungszahl noch bis 1941 auf 24.060 an.⁴² Danach bedingen Evakuierungen bis zum Kriegsende einen Einbruch. Am 7. März 1945 besetzen amerikanische Truppen die Stadt. Eine von ihnen angeordnete Registrierung ergibt eine Einwohnerzahl von 17.800. Im Krieg sterben 1.500 Brühler, davon 922 als Soldaten und 340 bei Fliegerangriffen. Nur zwei Mitbürger jüdischen Glaubens kehren zurück. Die durch Fliegerangriffe und Artilleriebeschuss verursachten Schäden sind groß. Total zerstört werden 355 Häuser mit 645 Wohnungen. Dies entspricht neun Prozent der Gebäude und 9,8 Prozent der Wohnungen. Teilweise schwer beschädigt werden 1.470 Häuser mit 2.660 Wohnungen. Zahlreiche öffentliche Gebäude, wie Schulen, Kirchen und das Krankenhaus sind zerstört oder stark beschädigt. Die Infrastruktur ist ebenfalls schwer getroffen. Die Versorgungsleitungen sind zerstört oder

⁴¹ Zur Flüchtlingspolitik und den Anfängen der Vertriebenenverbände in NRW: Wiesemann 1995, Wiesemann & Kleinert 1984, Steinert 1986.

⁴² Zur Bevölkerungsentwicklung Tabelle 8.1.1.1 im Anhang, S. 59.

defekt, die Brücken gesprengt und die Straßen beschädigt.⁴³ Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Heizmaterial ist schlecht, der Wohnraum aus oben genannten Gründen knapp. Der Mangel zwingt die Menschen jahrelang zur Selbsthilfe, auch auf dem sog. Schwarzmarkt.⁴⁴ Da der nördliche Teil der Rheinprovinz zur britischen Besatzungszone gehört, übernehmen im Juni 1945 die Briten die Stadt. Diese übergeben Brühl im April 1946 an belgische Besatzungstruppen, die bis 1955 bleiben.

3.2 Die Organisation der Zuwanderung im Landkreis Köln

Im März 1946 wird die erste dokumentierte Zuweisung von 2.000 „Flüchtlingen (Rückwanderer)“ aus Köln angekündigt. Die Bezeichnung lässt offen, inwieweit es sich um Vertriebene oder Kölner Evakuierte handelt, die als Rückkehrer dort nicht aufgenommen werden können. Für deren Unterbringung und Versorgung im Landkreis werden folgende Grundsätze festgesetzt: Die Flüchtlinge werden nicht in ein zentrales Durchgangslager, sondern in die, für jede Gemeinde des Kreises, bereitgestellten Auffanglager gebracht. Dort werden sie registriert und ärztlich untersucht. Wenn notwendig werden Schwerkranke in Krankenhäuser eingewiesen und Leichtkranke in benachbarte Häuser. Beschwerden von Wohnungsbesitzern dürfen die Unterbringung nicht aufhalten, Widerstand werde bestraft.⁴⁵ Nach dem Eintreffen der ersten Flüchtlinge (in Brühl 50 Menschen) verlauten aus den Reihen der Bürgermeister die ersten Forderungen auf Beendigung der Zuweisungen mit Verweis auf die Wohnungsknappheit in ihren Gemeinden.⁴⁶ Diese Beschwerden werden in den folgenden Sitzungen regelmäßig wiederholt.

Um eine bessere Koordinierung der Versorgung zu erreichen, gibt die Militärregierung des Landkreises am 26.4.1946 eine Anordnung zur Gründung von „central Gemeinde Welfare Committees“ heraus.⁴⁷ Darin wird die Rangfolge der verantwortlichen Instanzen festgelegt. An der Spitze stehen die Militärregierung und der Landrat. Dieser bestimmt einen Kreiswohlfahrtsbeamten zum Flüchtlingskommissar, dem die Zentralfürsorgeausschüsse der Gemeinden unterstellt sind. Die Gemeinden müssen drei Hauptaufgaben erfüllen: die Vorbereitung von „Durchschleuseunterkünften“, die Sicherstellung der Verpflegung bis zur Einweisung in endgültige Unterkünfte, sowie die Sammlung von Möbeln und Hausgeräten. Endgültige Ent-

⁴³ Dröscher 2007, S. 262. Kurze Zeitzeugenaussagen über das Alltagsleben in Brühl vom März 1945 bis Ende 1946 in: Sobczak 2006, S. 180-218.

⁴⁴ Dröscher 2007, S. 265 ff.

⁴⁵ Im Landkreis Köln wird auf der Ebene von Bürgermeister- bzw. Stadtdirektoren- und Bürgermeisterkonferenzen, unter dem Vorsitz des Landrates und der Beteiligung des Repräsentanten der Militärregierung, u. a. die Flüchtlingsfürsorge geregelt. Protokolle in KAREK, A 2525 oder StAB 2, 2257, hier: Bürgermeisterkonferenz, 13.3.1946, KAREK A 2525, S. 54 f.

⁴⁶ Bürgermeisterkonferenz, 27.3.1946, KAREK A 2525, S. 64 f.

⁴⁷ Schreiben des Kommandanten der Militärregierung an den Landrat, die Bürgermeister und das Rote Kreuz v. 26. April 1946, StAB 2, 2542, Bl. 31-34. Grundlage für diese Anweisung ist die Zonenanweisung Nr. 10 der britischen Militärregierung vom 21.11.1945, welche den erwarteten Bevölkerungszuwachs durch die Vertriebenen mit der Bildung von „Flüchtlingsausschüssen“ von der Regierungsbezirksebene bis zu den Gemeinden ordnen soll, Wiesemann & Kleinert 1984, S. 301.

scheidungen werden dem Kreiswohlfahrtsbeamten überlassen. Die örtlichen Wohnungsämter, -ausschüsse und Bauämter werden zur Mitwirkung ausdrücklich nicht herangezogen.⁴⁸

Das Gros der Vertriebenen kommt im Rahmen der „Operation swallow“ von Februar bis November 1946 in die britische Zone. Im Juli werden für die Provinz Nordrhein 230.000 Flüchtlinge aus Polen und Schlesien angekündigt. Auf den Regierungsbezirk Köln entfallen davon 88.000, auf den Landkreis bis zu 8.000 Personen.⁴⁹ Frühere Transporte von Vertriebenen scheinen vom Regierungsbezirk zunächst ferngehalten worden zu sein. Als Folge dieser Zuweisung wird die o. g. Anweisung der Militärregierung umgesetzt und vom Landrat konkretisiert. Ein Kreiswohlfahrtsbeamter wird zum Flüchtlingskommissar bestellt. Er erhält für die Unterbringung der Flüchtlinge Weisungsbefugnis gegenüber den Wohlfahrtsbeamten in den Ämtern und Gemeinden. Deren Hauptwohlfahrtsbeamten sind allein und persönlich für die Erfüllung der ihnen aufgetragenen Aufgaben verantwortlich. Sie bedienen sich dazu der örtlichen Zentralfürsorgeausschüsse.⁵⁰

Die Aufnahmequote der einzelnen Ämter und Gemeinden wird errechnet nach der Zahl der Einwohner und Wohnräume, nach dem Umfang der Kriegseinwirkungen und der Besatzungsansprüche, nach dem Charakter der einzelnen Amtsbezirke und nach der Zahl der bereits aufgenommenen Ortsfremden (Evakuierte). Transporte mit überwiegend Landarbeitern sollen in die Amtsbezirke mit ländlichem, Transporte mit überwiegend Industrie- und Bergarbeitern in die Bezirke mit industriellem Charakter geleitet werden.⁵¹ Im Oktober 1946 wird eine Volkszählung und Wohnungskontrolle durchgeführt, welche auch eine bessere Festlegung der Zuteilungsquoten ermöglichen.⁵²

In den Landkreis werden von April 1945 bis Anfang Oktober 1946 3.660 (Amtsbezirk Brühl: 626) Evakuierte und Rückkehrer aus Köln, 7.789 aus anderen Stadt- und Landkreisen (Brühl: 1.855) und 5.643 (Brühl: 1.257) Flüchtlinge und Rückkehrer, zusammen 17.092 (Brühl: 3.738) Ortsfremde eingewiesen. Seit dem 22.10.1946, dem Tag der Neufestlegung der Flüchtlingsquote sind 2.961 (Brühl: 752) Flüchtlinge und Rückkehrer mit Meldezetteln aus Wipperfürth im Landkreis untergebracht worden. Zusätzlich haben 85 illegale Flüchtlinge (ohne Meldezettel) Aufnahme gefunden. Diese werden auf die Flüchtlingsquote angerechnet. Die vor dem 22.10.1946 eingetroffenen illegalen Flüchtlinge und Rückkehrer werden nicht angerechnet. Den übergeordneten Stellen (darunter dem „Beauftragten des Regierungsprä-

⁴⁸ Direktoren- und Bürgermeisterkonferenz, 17.7.1946, KAREK A 2525, S. 138.

⁴⁹ Direktoren- und Bürgermeisterkonferenz, 3.7.1946, KAREK A 2525, S. 133.

⁵⁰ Schreiben des Landrats an den Gemeindedirektor (Stadtdirektor) v. 16.7.1946, StAB 2, A 2542, Bl. 37 f.

⁵¹ Kreistag, 4.10.1946, KAREK, A 1049, S. 66 f.

⁵² Direktoren- und Bürgermeisterkonferenz, 23.10.1946, KAREK A 2525, S. 177.

sidenten für die Rheinländerrückführung“ in Wipperfürth⁵³) ist mitgeteilt worden, dass die Flüchtlingsquote des Kreises erreicht und die Unterbringungsmöglichkeiten erschöpft sind.⁵⁴ In Anbetracht der starken Belegung des Kreises, im Vergleich zu anderen Kreisen in NRW, sollen Zuzugsgenehmigungen durch die Gemeinden grundsätzlich nicht mehr erteilt werden. Alle illegalen Flüchtlinge sind entsprechend des Erlasses des Regierungspräsidenten vom 12.5.1947 nach Wipperfürth abzuschieben.⁵⁵

Der Zentralfürsorgeausschuss des Kreises wählt, auf Beschluss des Kreistages, aus seiner Mitte ein siebenköpfiges Komitee für die Flüchtlingsbetreuung, in dem alle Hauptbürgermeistereien vertreten sind.⁵⁶ Dessen Aufgaben sind: die Verteilung der Flüchtlinge auf die Gemeinden, die Schaffung und Überwachung von Auffang- und Durchgangslagern, die Überwachung der Raumbeschaffung für Flüchtlingsquartiere und die wirtschaftliche Betreuung der Flüchtlinge. Bei letzterem besonders die Beschaffung von Haushalts- und Einrichtungsgegenständen, die Gewährung der gesetzlichen Wohlfahrtsunterstützung und weitere Betreuungsmaßnahmen, wie Haussammlungen und Verteilung von Spenden und Sonderzuwendungen, Mitwirkung bei der Arbeitsvermittlung, Vorschläge zur Jugendbetreuung, Schaffung von Beratungsstellen und die Förderung der Selbsthilfe. Hinzu kommen die Prüfung eingehender Einsprüche und Beschwerden sowie Eingaben und Vorlagen an übergeordnete Stellen.

Der Kreistag beschließt am 3. Oktober 1947 eine weitere Sammlung von Hausrat und Kleidung für Flüchtlinge und Fliegergeschädigte, wobei Existenzminima festgelegt werden.⁵⁷ Für Möbelstücke gilt: je Familie eine Kochstelle und ein Tisch, je Person eine Schlafstelle und ein Stuhl. Der Brühler Stadtdirektor berichtet dabei über gute Erfahrungen, die mit der Vermietung von Möbeln erzielt würden.

3.3 Ankunft und Unterbringung der Vertriebenen in Brühl

3.3.1 Chronik des Bevölkerungszustroms

Die Brühler Bevölkerung wächst bis 1961 (35.873 Einwohner) stetig an.⁵⁸ Ende 1945 beträgt ihre Zahl 22.966. Schon ein Jahr später sind fast 3.000 Personen mehr gemeldet. Noch 1947 und 1948 steigt die Bevölkerung überdurchschnittlich an (auf 27.681 bzw. 28.628). Danach sinkt die Geschwindigkeit des Anstiegs. Dies ist ein Hinweis darauf, dass die große Vertreibungswelle zu Ende gegangen ist. Die Steigerungen in den frühen 1950er Jahren sind auch

⁵³ Ebd.

⁵⁴ Kreistag 19.12.1946, KAREK A 1065, S. 59 f.

⁵⁵ Direktoren- und Bürgermeisterkonferenz, 21.5.1947, KAREK A 2155, S. 47.

⁵⁶ Kreistag, 19.12.1946, KAREK A 1065, S. 67 f.

⁵⁷ Direktoren- und Bürgermeisterkonferenz, 29.10.1947, KAREK A 2155, S. 48 f.

⁵⁸ Bevölkerung und Vertriebene Tabelle 8.1.1.1 im Anhang S. 59.

durch die Umsiedlerprogramme bedingt. 1954 wohnen schon 32.270 Menschen in der Stadt. 1955 gibt es den einzigen Rückgang im Beobachtungszeitraum (auf 32.257), der durch die Abwanderung der Braunkohleindustrie aus dem Brühler Raum begründet ist.

Auffallend ist, dass die Zahl der Evakuierten zunächst höher liegt als die der Vertriebenen und SBZ-Flüchtlinge zusammen. Hier spielt die räumliche Nähe zum stark zerstörten Köln eine große Rolle.⁵⁹ Schon Ende 1945, als noch keine Vertriebenen registriert werden, sind 6,7 Prozent der Bevölkerung Evakuierte. Ihr Anteil steigt bis 1948 auf 13,8 Prozent, bevor er anfängt zu sinken. Der Bevölkerungsanteil der Vertriebenen dagegen wächst kontinuierlich von 4,8 Prozent (1946), über 6,5 (1948) auf 11,5 Prozent (1953). Nach dem Inkrafttreten des BVFG kommt es 1953 zu einer Neuregistrierung und –einteilung der Vertriebenen und SBZ-Flüchtlinge. Dadurch sinkt der Vertriebenenanteil kurzfristig auf 7,6 Prozent, bevor er im Folgejahr auf 11,7 und bis 1958 auf 14,7 Prozent ansteigt. Gleichzeitig ist die Fluktuation unter den Vertriebenen hoch. Im Jahr 1948 ziehen so 324 Vertriebene nach Brühl, während 60 wegziehen. Im folgenden Jahr kommen 419, während 95 wegziehen.⁶⁰ Die Gründe sind Familienzusammenführungen und Arbeitsplatzwechsel.⁶¹

Die Herkunftsgebiete der Vertriebenen sind für Mai 1949 festgehalten worden: aus Schlesien stammen 817, aus Pommern 276, Ostpreußen 238, (Ost-) Brandenburg 168, Westpreußen 139, Sudetenland 130, Auslandsdeutsche 111, Danzig 98, Wartheland 84 und Volksdeutsche 41. Der Schwerpunkt liegt in den nun zu Polen und zur Sowjetunion gehörenden Gebieten. Dies ist eine Folge des Umsiedlungsbeschlusses des Alliierten Kontrollrats vom 20.11.1945. Danach sollten 1,5 Millionen Deutsche, i.d.R. aus Polen und „Neupolen“, in die britische Zone gelangen.⁶²

3.3.2 Städtische Betreuungsmaßnahmen

Die Unterbringung und Versorgung der Vertriebenen gehört auch in Brühl zu den Hauptproblemen. Zudem müssen die Ausgebombten und vor allem Evakuierte aus Köln, untergebracht werden. Erschwerend kommen die Beschlagnahmen von Wohnraum für 1000 Mann Besatzung hinzu.⁶³

⁵⁹ Kreistag 4.10.1946, KAREK A 1049, 87. Andere Lokalstudien zur Vertriebenenproblematik, die zu Vergleichszwecken in dieser Arbeit herangezogen werden, erwähnen die Evakuierten kaum oder gar nicht (Schier 1980 u. Hoffmann 1991).

⁶⁰ Stat. Jb 1949, S. 19.

⁶¹ Diese Einschätzung teilt Zeitzeuge Philipp, der als ein über Jahrzehnte aktiver Vertriebenenfunktionär, ein breites Wissen über die Brühler Vertriebenen besitzt.

⁶² Wiesemann 1995, S.220.

⁶³ Kreistag 4.10.1946, KAREK A 1049, S. 77 f.

Der Landrat verfügt in einem Schreiben vom 8. Mai 1946 die Bildung eines Zentralfürsorgeausschusses.⁶⁴ Die Tätigkeiten der verschiedenen unabhängigen Organisationen vor Ort sollen besser koordiniert werden.⁶⁵ Der Ausschuss befasst sich vor allem mit Versorgungs- und Unterbringungsangelegenheiten. Drei Stadträte, sechs Ortsvorsteher und je ein Vertreter der Caritas, der Arbeitwohlfahrt, der politisch Verfolgten und der Inneren Mission (Evangelische Kirche) werden als Mitglieder bestimmt. Ein Flüchtlingsvertreter wird trotz ausdrücklicher Anordnung durch Militärregierung und Landrat nicht benannt.

Der zur Durchführung der Flüchtlingsunterbringung ernannte Angestellte⁶⁶ nimmt im Juli 1946 im Landratsamt (St. Apenstrasse, Köln) an einer Sitzung mit dem Kreisflüchtlingskommissar teil.⁶⁷ Besprochen wird die Verteilung von 9.000 in den Landkreis aufzunehmenden Flüchtlingen. Es handelt sich um Personen, die aus anderen Besatzungszonen rückevakuiert werden. Brühl soll an zwei Terminen im August insgesamt 700 Personen aufnehmen, für deren Unterbringung und Verpflegung zu sorgen ist. Vorgesehen ist zunächst die gemeinsame Unterbringung und Verpflegung in einem Sammellager. Strohsäcke stellt der Kreisflüchtlingskommissar zur Verfügung. Personen, die nicht im Rahmen dieser Maßnahme nach Brühl kommen, müssen die Fürsorgestelle zwecks Umquartierung in Anspruch nehmen. Sie werden auf die zu übernehmende Quote angerechnet. Als Sammellager wird der Saal der Schlossbrauerei bestimmt. Die Verpflegung soll die Eigentümerin des Betriebes übernehmen. Vor der Einweisung in andere Quartiere sollen sie dort einige Tage zubringen, um verpflegt und ärztlich betreut zu werden. Kranke sollen separat in einer Kegelbahnanlage untergebracht werden. Da ein Mangel an Schlafgelegenheiten besteht, wird auf ehemalige Luftschutzbetten zurückgegriffen. Die Bevölkerung wird zusätzlich aufgefordert, nicht benötigte Bettgestelle zu spenden. Die Registrierung soll nach der Einquartierung erfolgen. In Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt sollen Arbeitsfähige in ihren Beruf oder in die Landwirtschaft vermittelt werden. Noch im August 1946 hofft Bürgermeister Warmke, keine Zwangsmaßnahmen bei der Bevölkerung vornehmen zu müssen, da für eine vorläufige Unterbringung in Sälen Vorsorge getroffen sei.⁶⁸ Erwartet werden nun, neben den zunächst angekündigten 700, weitere 1.900 Personen.

Als Reaktion auf weitere Flüchtlingszuweisungen werden im Mai 1947 die Einrichtung von Sammelquartieren und eine weitere Überprüfung aller Wohnungen auf die Abgabe eines Raums, von Möbeln und Hausrat beschlossen.⁶⁹ Es bestehen Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Stroh, Strohsäcken, Betten, den notwendigsten Einrichtungsgegenständen

⁶⁴ Schreiben des Landrates an den Bürgermeister v. 8.5.1946, StAB 2, 2542, Bl. 27.

⁶⁵ Ein kurz gefasster Tätigkeitsbericht über drei Haussammlungen 1946/47 befindet sich als Aktennotiz in StAB 2, 2542, Bl. 166.

⁶⁶ Aktennotiz des Stadtdirektors Schmidt v. 19.7.1946, StAB 2, 2542, Bl. 37.

⁶⁷ Aktennotiz des Beauftragten zur Flüchtlingsunterbringung Schwindt v. 23.7.1946, StAB 2, 2542, Bl. 35 f.

⁶⁸ Stadtrat, 5.8.1946, StAB 2, 341.

⁶⁹ Stadtrat 8.5.1947, StAB 2, 593.

und bei der Einrichtung einer Gemeinschaftsküche. Die Öffentlichkeit wird aufgefordert mitzuhelfen das Flüchtlingselend zu lindern.⁷⁰ Die Stadträte befürchten die Verelendung der Bevölkerung, da der Wohnraum inzwischen dermaßen belegt sei, dass jeder Zustrom von weiteren Flüchtlingen zu schwersten Konflikten führen müsse.

Mit einem Runderlass des Sozialministers wird im September 1947 der Aufbau einer Flüchtlingsverwaltung angeordnet. In der Folge wird das städtische Flüchtlingsamt eingerichtet. Zu den wichtigsten Aufgaben des Amtes gehören die Unterbringung der Vertriebenen und Flüchtlinge und die Ausgabe von Flüchtlingsausweisen. Weiter übernimmt es auch Betreuungstätigkeiten, z.B. die Durchführung des Gesetzes zur Möbelbeschlagnahme (Hausratbeschaffungsgesetz) und die Wohnraumregistrierung.⁷¹

3.3.3 Die Lager in Brühl⁷²

Die Brühler Lager werden in den Sälen und Sporthallen der Stadt eingerichtet. Die größeren Lager befinden sich im Saal der Schlossbrauerei, Kölnstraße 74 und in der Sporthalle im Ortsteil Heide.⁷³



Ehemaliges Hotel-Restaurant zur Schloß-Brauerei, Kölnstraße. Stadtarchiv Brühl.

⁷⁰ Aufruf zur Hilfsbereitschaft als Dokument 8.1.1.2 im Anhang, S. 62.

⁷¹ Verwaltungsbericht 1945-1955, S. 139-147 u. Verwaltungsausschuss, 15.12.1947, StAB, 2, 829.

⁷² Einen Einblick in die Verhältnisse der Brühler Lager geben drei Berichte von Paul Warmke in den Gremien des Kreistages, die er als SPD-Kreistagsabgeordneter und Bürgermeister bzw. später als Leiter des Kreissozialamtes, vorträgt. Letzterer ist in Abschrift im Anhang beigelegt. Wenn nicht anders angemerkt beziehen sich die Ausführungen hier auf diese Berichte, Kreistag, 6.9.1946, KAREK A 1063, S. 112 f., Kreistag, 4.10.1946, KAREK, A 1049, S. 77 f., Kreis-Hauptausschuss 7.3.1947, KAREK A 1050, S. 84 ff. Letzteres als Dokument 8.1.2.1 im Anhang S. 63.

⁷³ Zentral-Fürsorgeausschuss, 8.11.1946, StAB 2, 2542, Bl. 42 und Kreistag, 4.10.1946, KAREK, A 1049, S. 66 f.

Im Juni 1946 richtet die Stadt Brühl unter schwierigen Bedingungen, den oben genannten Plänen folgend, ein Lager in der Schlossbrauerei ein. Es soll als Durchgangslager für die, der Stadt zugewiesenen, Vertriebenen dienen. Vorgesehen ist eine Belegung von 80 - 100 Personen. Um Erkrankungen im größeren Umfang zu verhindern, wird ein zweites Lager (Kegelbahn in der Gaststätte Regh) für Kranke im Ortsteil Kierberg mit 60 Betten eingerichtet. Um die beiden Lager mit dem notwendigen Inventar ausrüsten zu können, wird eine Sammelaktion unter Mithilfe des Zentralfürsorgeausschusses und den Wohlfahrtsverbänden durchgeführt. Zum Einholen der Spenden werden die Brühler Fuhrwerksbesitzer abwechselnd herangezogen.⁷⁴



Gaststätte Regh in Kierberg (inzwischen abgerissen), Foto: Ulrich Wehrhahn.

Als die ersten Flüchtlinge aus Wipperfürth ankommen, stellt sich heraus, dass keine andere Gemeinde des Kreises ausreichende Maßnahmen für deren Aufnahme getroffen hat. Die Kreisverwaltung bestimmt deshalb das Lager Schlossbrauerei zum Durchgangslager für den gesamten Landkreis. Die Menschen werden dort 1-2 Tage verpflegt und anschließend auf die einzelnen Gemeinden verteilt. Es wird mit täglich 200 ankommenden Personen gerechnet. Die Versorgung der Zuwanderer gestaltet sich schwierig.⁷⁵ Wesentlich mehr Menschen als geplant müssen versorgt werden. Die Verpflegung ist nicht immer ausreichend. Oft fehlen

⁷⁴ Zentral-Fürsorgeausschuss, 11.10.1946, StAB 2, 2542, Bl. 44.

⁷⁵ Stadtrat, 9.9.1946, StAB, 2, 341.

Lebensmittel, obwohl die erforderlichen Lebensmittelmarken vorhanden sind. Der Bürgermeister bittet die Kreisverwaltung mehrmals um Unterstützung. Diese bleibt oft aus, so dass die Lagerleitung auf ihre eigene Initiative oder die des Bürgermeisters angewiesen ist, um die Versorgung sicherzustellen. Besonders Kartoffeln und Kohlen fehlen. Die dort tätigen Beamten müssen Tag und Nacht vor Ort sein. Sie müssen dort sogar schlafen, da jederzeit Transporte eintreffen können. Der Gesundheitsdienst ist daher ebenfalls Tag und Nacht tätig. Der Militärkommandeur von Brühl erhält täglich einen Bericht über den Zustand der Ankommenen. Es wird ein Nachtwächter eingestellt, der auch die Ausgabe und Kontrolle der Schlafdecken übernimmt. Das Lager selbst wird um 22 Uhr abgeschlossen.⁷⁶ Anfang Oktober befinden sich täglich 400 Personen im Lager. Morgens und abends kommen um 10 Uhr die Transporte aus Wipperfürth. Täglich müssen 300, manchmal 400 Menschen in die anderen Gemeinden weitergeschickt werden.

Zum 1. April 1947 endet vorläufig die Nutzung der Schlossbrauerei als Kreisflüchtlingslager.⁷⁷ Die Frage der Weiterbeschäftigung von drei Personen, darunter der Lagerleiter, beschäftigt den Stadtrat. Jener und ein weiterer Angestellter waren von der Stadt zu dieser Dienststelle des Kreises abgeordnet worden. Ein Ratsmitglied weist auf das nichteheliche Verhältnis zwischen Lagerleiter und Eigentümerin hin. Zu dieser Zeit ist das ein schwerer Fall von unmoralischen Verhalten, welches auch zwei weiteren dort Beschäftigten vorgehalten wird. Derselbe Ratsherr merkte zudem an, dass die Herren bei seinem Erscheinen oft „aßen“. Bei allgemeiner Nahrungsmittelknappheit ein direkter Vorwurf der Unterschlagung von Lebensmitteln. Es folgen weitere Vorwürfe gegen den Lagerleiter. Unterschlagungsvorwürfe waren schon früher Thema im Hauptausschuss des Kreises, konnten aber nicht belegt bzw. dem Lagerleiter nicht angelastet werden. Deshalb blieb es dort bei Ermahnungen. Schließlich stimmte eine Mehrheit für die Entlassung. Als Grund solle angegeben werden, dass wegen der Auflösung des Kreisflüchtlingslagers die Betreuung der Flüchtlinge vom Wohnungs- bzw. Sozialamt übernommen wird, die in Frage kommenden Stellen im Stellenplan besetzt und die betroffenen Personen daher überflüssig sind. Die eigentlichen Gründe für die Kündigung sollen nicht genannt werden. Da im Prinzip alle Menschen nur unzureichende Ernährungsrationen erhalten, stellt der Zugang zu Lebensmittel eine soziale Differenzierungslinie dar. In diesem Falle kann den Beschuldigten eine Veruntreuung, zu Lasten der im Lager lebenden Vertriebenen, nicht nachgewiesen werden. Der Vorgang zeigt aber, dass materielle Verteilungskämpfe den Alltag bestimmen.

⁷⁶ Zentral-Fürsorgeausschuss, 11.10.1946, StAB 2, 2542, Bl. 44.

⁷⁷ Stadtrat, 14.4. u. 5.5.1947, StAB 2, 341 u. 593.

Im Juni 1949 richtet die Kreisverwaltung im Saal der Schlossbrauerei wieder ein Flüchtlingslager ein.⁷⁸ Sie stellt damit Stadtverwaltung und neuen Eigentümer vor vollendete Tatsachen. Der Kreis versichert, dass die Stadt in keiner Weise belastet werde. Es sind 25 Flüchtlinge eingewiesen worden, die vom Pächter (dem ehemaligen Beauftragten für Flüchtlingsfürsorge der Stadt und damit früheren Leiter des Lagers) gepflegt werden. Es ist geplant, das Lager nur für kurze Zeit einzurichten. Im September 1950 wird im Flüchtlingsbeirat die nur behelfsmäßige Unterbringung der dort Eingewiesenen besprochen. Da das Lager eine Kreiseinrichtung ist, kann den Insassen kein Flüchtlingsausweis der Stadt ausgestellt werden, so dass sie keine, durch den Ausweis begründeten Vergünstigungen erhalten. Die letzten Personen, die sich dort aufhalten, werden erst 1951 von der Stadt Brühl übernommen. Sie erhalten Unterkunft in zwei Neubauten der Gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgesellschaft (Gebausie) und in Wohnungen, die vom Bauamt noch ausgebaut werden müssen. Zwei weitere Familien werden vom Wohnungsamt in Altraumwohnungen untergebracht.⁷⁹ Im Sommer 1951 quartiert die Stadt noch einmal acht obdachlose Familien in den Saal ein. Als Obdachlose gelten Bewohner baufälliger Wohnungen und diejenigen, die aufgrund von Räumungsurteilen ihre bisherige Unterkunft verlassen müssen.⁸⁰

Als letztes Lager wird im Juli 1952 die Sporthalle im Ortsteil Heide aufgelöst.⁸¹ Zunächst ist sie nur als vorübergehende Lösung zur Unterbringung von Vertriebenen gedacht. Sie bleibt ständig belegt, auch weil sich dort immer wieder legale, wie illegale Flüchtlinge selbst einweisen. Noch im Februar des Jahres ist das Freiwerden nicht abzusehen, da 80 Räumungsurteile aus Privatquartieren für Familien vorlagen, für die noch keine Unterbringungsmöglichkeiten bereitstanden.⁸²

3.3.4 Die Wohnraumbewirtschaftung

Vor der Währungsreform ist eine Förderung des Wohnungsbaus im größeren Ausmaß nicht möglich. Eine Wohnraumbewirtschaftung wird notwendig. Eine erste Maßnahme wird durch die Verordnung Nr. 16 (Wohnungswechselverbot) der britischen Militärregierung im Dezember 1945 ergriffen.⁸³ Für einen überörtlichen Wohnungswechsel ist nun eine Zuzugsgenehmigung notwendig. Die Verordnung wird grundsätzlich zum 1. Juli 1947 aufgehoben, bleibt aber in den Städten, die zum „Brennpunkt des Wohnungsbedarfs“ erklärt werden, weiter bestehen.⁸⁴ Durch das Kontrollratsgesetz Nr. 18 (Wohnungsgesetz) vom März 1946 wird die

⁷⁸ Wohnungsausschuss, 10.6.1949, StAB 2, 820.

⁷⁹ Wohnungsausschuss, 5.1.1951, StAB 2, 820.

⁸⁰ Verwaltungsbericht 1945-1955, S. 88.

⁸¹ Stadtrat, 21.7.1952, StAB 2, 615, KStA 23.7.1952.

⁸² Westdeutsche Neue Presse, 27.5.1952.

⁸³ Verwaltungsbericht 1945-55, S. 65.

⁸⁴ Artikel XI des Kontrollratsgesetzes Nr. 18 (Wohnungsgesetz) ermächtigt die Militärregierung, bestimmte Bezirke oder Gemeinden zu ‚Brennpunkten des Wohnungsbedarfs‘ zu erklären, die dann durch entsprechende Maßnahmen deutscher Stellen vom weiteren Zuzug ausgenommen werden können.

Wohnraumbewirtschaftung geregelt. Die Bildung eines beratenden Wohnungsausschusses wird vorgeschrieben. Sämtliche Wohnungen können nun überprüft werden, um unterbelegten Wohnraum zu ermitteln, in den Vertriebene und andere Wohnungslose eingewiesen werden.

Ohne diese gesetzliche Grundlage wird in Brühl bereits 1945 eine Wohnungskommission gebildet, die bei der Verteilung von Wohnungen bzw. Einweisungen mitwirkt.⁸⁵ Diese Kommission und das Wohnungsamt stehen oft in der Kritik, die auch in der Presse geäußert wird. „Es muß einmal gesagt werden, daß das städtische Wohnungsamt in Brühl offenbar in der Auswahl der für Flüchtlinge beschlagnahmten Wohnungen nicht immer gut beraten wurde. Wie können sonst die oft sehr krassen Fälle (hie[r]: äußerst schwach belegte Häuser, dort: sieben Personen auf einem Dachzimmer) so wunderlich nebeneinander bestehen.“⁸⁶

Trotz der Kritik bleiben die Bedingungen für die Vertriebenen schlecht. Als der Stadtdirektor im September 1947 die Flüchtlingsunterbringung in den Vororten Badorf, Pingsdorf und Eckdorf überprüft, stellt er fest, dass diese zumeist menschenunwürdig sind,⁸⁷ weshalb er eine Durchsuchung der Stadt nach zusätzlichem Wohnraum für notwendig hält. Die Vertriebenen werden also aus dem Durchgangslager nicht nur in Privatquartiere eingewiesen, sondern auch in Notunterkünfte, die nur ein bescheidenes Obdach bieten. Dazu gehören die Säle der Gasthäuser.⁸⁸

Die Schlichtungsstelle des Landkreises und die Spruchkammer der (Bezirks-) Regierung urteilen bei Wohnungsstreitverfahren oft nicht im Sinne der Stadtverwaltung.⁸⁹ Behandelt werden dort Einsprüche gegen Wohnraumbeschlagnahmungen. 1948 sind bei der Schlichtungsstelle 151, 1949 weitere 55 Verfahren anhängig. Bei der Spruchstelle gibt es weitere 32 bzw. 12 Verfahren.⁹⁰ Zu Zwangsvollstreckungen kommt es in jeweils 6 Fällen.

Angesichts der Zuweisung weiterer Vertriebener (aus Schleswig-Holstein) und anderer Obdachloser (Auflösung des Lagers Wesseling-Süd) wird der Bau von drei Wohnbaracken im Schnellbauverfahren notwendig, finanziert werden kann aber nur eine dieser Unterkünfte.

⁸⁵ Verwaltungsbericht 1945-55, S. 72.

⁸⁶ KR, 25.7.1947.

⁸⁷ Verwaltungsausschuss, 30.9.1947, StAB, 2, 829.

⁸⁸ Zum Vergleich: In Velbert wird, trotz Wohnungsbewirtschaftung, die Nutzung von Gasthaussälen nach Möglichkeit vermieden. Begründet wird dies mit der allgemeinen Zielsetzung, Sammelunterkünfte zu vermeiden. Möglich ist dies nur, weil Velbert eine von Kriegeinwirkung wenig betroffene Stadt ist. Im Gegensatz zu Brühl kann dort im größeren Maße auf Privatquartiere zugegriffen werden, Hoffmann 1991, S. 162 ff.

⁸⁹ Stadtrat, 1.3.1948, StAB 2, 593.

⁹⁰ Stat. Jb. 1949, S. 122.

Die Stadt will zeigen, dass sie gewillt ist alles zu tun, um den „Bedauernswerten“ zu helfen. Sie erwartet deshalb, dass die Aufsichtsbehörde den beantragten Kassenkredit bewilligt.⁹¹

Um eine Einschränkung der Zuweisungen zu erreichen, beantragt die Stadt 1947 die Anerkennung als „Brennpunkt des Wohnungsbedarfs“.⁹² Diese erfolgt erst im Dezember 1948, mit der Begründung, dass Brühl „als einer der überbelegtesten [sic] Orte im Landkreis Köln“ gelte.⁹³ Nun kann ein Zuzug nur mit Genehmigung des Wohnungsausschusses erfolgen. Dies gilt auch für Personen, die von Betrieben aus dem Durchgangslager Wipperfürth angefordert werden.⁹⁴ Schon 1949 sind unter den 1.414 erteilten Zuzugsgenehmigungen nur noch 222 Vertriebene und Flüchtlinge.⁹⁵

1951 beschließt die Ratsmehrheit die Wohnraumbewirtschaftung für Brühl zu lockern.⁹⁶ Trotz des hohen Verwaltungsaufwandes könne nur ein völlig unbefriedigendes Ergebnis erzielt werden, weshalb man die hohen Personalkosten einsparen wolle. Die Wohnungssuchenden sollen nun durch Eigeninitiative passenden Wohnraum finden. Die Vermieter können aber nur aus der Liste der anspruchsberechtigten Wohnungssuchenden auswählen, halten sich oft jedoch nicht an diese Regelung. Als nachteilig stellt sich so die Behandlung von langjährig Wohnungssuchenden, besonders von wirtschaftlich Schwachen und kinderreichen Familien durch einen Missbrauch der Bewirtschaftungslockerung seitens der Hauseigentümer heraus. Auch Wohnungskommission und –ausschuss stellen ihre Tätigkeit ein. Ihre Aufgaben werden durch das Wohnungsamt übernommen.⁹⁷ Die Wohnraumbewirtschaftung bleibt ein Dauerthema in der Kommunalpolitik und wird im Kommunalwahlkampf 1952 eine große Rolle spielen. Auch der BvD nimmt sich des Themas verstärkt an. Er bezeichnet die Lockerung als unglücklichen Beschluss und befürchtet, dass dessen Folgen in erster Linie die Vertriebenen zu tragen hätten.⁹⁸

Im Abschnitt 3.3 lässt sich nur eine Form von Integration feststellen, die Interkulturation. Bisher ist der Integrationsprozess nicht gelungen. Es besteht höchstens eine partielle Akkulturation, falls man als Vertriebener, einen Arbeitsplatz gefunden haben sollte. Als Lagerbewohner oder Einquartierter in einer Sammelunterkunft bzw. unerwünscht in einem Privatquartier

⁹¹ Verwaltungsausschuss, 4.10.1948, StAB, 2, 829 und Stadtrat 11.10.1948, StAB, 2, 593.

⁹² Stadtrat, 1.3.1948, StAB 2, 593.

⁹³ KR, 7.12.1948.

⁹⁴ Ein Beispiel ist der Antrag, mit dem ein Bauunternehmer die Genehmigung für den Zuzug eines Maurers erbitet, Wohnungsausschuss, 22.9.1950, StAB 2, 820. Zur Flüchtlingsvermittlung aus den Lagern, Kleinert 1988, S. 111-116.

⁹⁵ Stat. Jb. 1949, S. 126.

⁹⁶ Verwaltungsbericht 1945-1955, S. 68 ff., Wohnungsausschuss, 16.3.1951, StAB 2, 820.

⁹⁷ Verwaltungsbericht 1945-1955, S. 72 f.

⁹⁸ KStA, 2.10.1951. Zur Diskussion um die Lockerung der Wohnraumbewirtschaftung siehe Kapitel 6.2 und 6.3.

erscheint selbst das Erreichen des Kommerziums, die Aufnahme rein sachlicher Beziehungen, noch weit entfernt.

3.4 Das Verhältnis zu den Einheimischen

Spannungen und Konflikte zwischen den Vertriebenen und den Einheimischen resultieren zumeist aus der Unterkunftsfrage. Die deutschen und alliierten Dienststellen reagieren mit Zwangseinweisungen, wenn nicht genügend privater Wohnraum freiwillig abgegeben wird. Häufig werden nur die Dienstboten-, Dach- oder Kellerräume als Unterkünfte zugewiesen.⁹⁹ Das Verhältnis zwischen Untermietern bzw. Eingewiesenen zu den eigentlichen Bewohnern in diesen Zwangswohngemeinschaften ist sehr schwierig. Zeitzeuge Philipp bezeichnet es ausdrücklich als grundsätzlich schlecht. Es hätte oft Streit, z.B. über die gemeinsame Nutzung von Küche und Hausrat gegeben.¹⁰⁰ Die evangelische Flüchtlingspflegerin berichtet gleichfalls über den „Streit, der zwischen den Mietern und Vermietern oft und fast überall ist“, den sie auch zu schlichten versucht.¹⁰¹ Eine Einheimische sieht die Hauseigentümer als Hauptbetroffene, welche sich nicht gegen ihre Mieter wehren können, die sich zudem nicht an die Hausordnung halten und den Vermietern oft das Leben „zur Hölle“ machen würden.¹⁰²

Die Einheimischen halten die Vertriebenen für undankbar, erkennen aber, dass sie frustriert und traumatisiert sind.¹⁰³ Auch wird die Unterbringung in den Sälen und der Turnhalle Heide als trostlos bewertet. Gerade die Besetzung dieser Turnhalle wird von den Jugendlichen nicht gern gesehen.¹⁰⁴ Viel Streit herrscht auch unter den Vertriebenen selbst. Dabei wird denjenigen, sie sich zu oft beschwerten und vorher innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung aktiv waren, genau dies vorgeworfen, um ihre Mitschuld an der Situation hervorzuheben.¹⁰⁵

Nach den ersten Sammlungen für Hausrat und Bekleidung, werden weitere als notwendig angesehen, die Erfolgsaussichten aber als gering eingeschätzt. Die Flüchtlingsvertreterin im Zentralfürsorgeausschuss äußert, dass es niemandem schwer fallen solle, sich von Besitz zu trennen, da doch die Flüchtlinge sich sogar von Heim und Boden hätten trennen müssen.¹⁰⁶ Wohnungskontrollen und Einweisungen werden von den Einheimischen als Belästigung

⁹⁹ Mitteilung v. Zeitzeugen Philipp.

¹⁰⁰ Es kommt aber nicht zu solch drastischen Maßnahmen wie im Kreis Leonberg im November 1945. Dort verfügt der Landrat, dass die Wohnungsinhaber solange verpflichtet sind, die ihnen zugewiesenen Vertriebenen zu verpflegen, bis diese selbst in der Lage sind ihr Essen zuzubereiten, Beckmann 1994, S. 136.

¹⁰¹ Tätigkeitsbericht v. Frau Potreck, AEvKB, Pfarrakten I, 1, 13-3. Als Dokument 8.1.2.3 im Anhang, S. 67.

¹⁰² Leserbrief, RZ, 26.10.1951.

¹⁰³ Mitteilung v. Zeitzeugen Thoma.

¹⁰⁴ „Die sind schuld, dass wir die Turnhalle nicht nutzen können.“ So beschrieb die Ehegattin des Zeitzeugen Thoma in einem Einwurf während des Interviews die Gemütslage der Heider Jugend, trotz des Wissens, dass die Vertriebenen nicht freiwillig gekommen waren.

¹⁰⁵ Nach Zeitzeuge Thoma ein weiterer Grund für Enttäuschung und Frustration, da sie dadurch von den Leidensgenossen für Schicksal der Vertriebenen mitverantwortlich gemacht wurden.

¹⁰⁶ Zentralfürsorgeausschuss, 30.9.1947, StAB 2, 2542, Bl. 91. Zur Wahl der Flüchtlingssprecherin siehe 6.1.

empfunden. Ein CDU-Ratsherr meint, dass, „wenn auch weiterhin wie bisher die Flüchtlinge so herausgestellt werden, die Einheimischen bald nicht mehr Herr im eigenen Haus sind. Es sei dann immer jemand am Bespitzeln“.¹⁰⁷

Der Stadtdirektor schätzt die Wohnungslage als so katastrophal ein, dass er im Frühjahr 1948, aufgrund der inzwischen verschärften Wohnraumbewirtschaftungsbestimmungen, trotzdem eine allgemeine Überprüfung der Wohnraumverhältnisse durchführt. Die Belegung der Wohnungen wird danach als so einschneidend empfunden, dass eine große Protestbewegung der Wohnungsinhaber ausgelöst wird.¹⁰⁸ Auch im Stadtrat wird die Tätigkeit der Wohnerfassungskommission kritisiert. Die Mitarbeiter des Wohnungsamtes und die Mitglieder des Wohnungsausschusses werden zudem ständig verdächtigt, sich korrupt und ungerecht zu verhalten.¹⁰⁹ Hauptvorwürfe sind die ungerechte Verteilung von Wohnungen und die Benachteiligung der Vertriebenen gegenüber den Einheimischen. Schließlich kommt es sogar zu Misshandlungen des Wohnungsamtsleiters und mehrerer seiner Angestellten. Der Stadtdirektor versucht die Vorwürfe zu entkräften, indem er bekannt gibt, dass im letzten halben Jahr den 64 Wohnungszuweisungen an Ostvertriebene, 71 Zuweisungen an Einheimische und Evakuierte gegenüberstehen.

Über einen speziellen Fall ist aus dem Frühjahr 1949 zu berichten.¹¹⁰ Ein Hauseigentümer in der Böningergasse 13 entfernt die Türen, Fenster, Fußböden usw., um sechs Räume des Hauses für Wohnzwecke unbrauchbar zu machen. Er beabsichtigt die Räume gewerblich zu nutzen. Die dort eingewiesenen Flüchtlingsfamilien ziehen zwangsweise in das nun überfüllte Vorderhaus. Der Stadtrat fordert eine Untersuchung, die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands und die Bestrafung des Eigentümers. An diesem Vorgang wird die Konkurrenz um die Nutzung von Räumlichkeiten, die zwischen Vertriebenen bzw. Eingewiesenen und Einheimischen besteht, besonders deutlich.

Einen ganz anderen Einblick in die Verhältnisse zeigt der Zeitzeuge Thoma auf.¹¹¹ Er berichtet über die in Eigeninitiative organisierte Hilfe für Vertriebene und Bombengeschädigte durch Gewerkschaftsmitglieder. Besonders hebt er die Aktivitäten von Anton Riepel, Ortsvorsteher und SPD-Ratsmitglied und Julius Görres, dem Betriebsratsvorsitzenden des Gruhlwerks (Braunkohlegrube und Brikettfabrik) hervor. Görres verfügt als Betriebsratsvorsitzender über großen Einfluss. Deshalb erhält er, mit Zustimmung der Werksleitung, Material, be-

¹⁰⁷ Stadtrat, 5.4.1948, StAB 2, 593.

¹⁰⁸ Stadtrat, 4.5.1948, StAB 2, 593, sowie das Schreiben des Stadtdirektors an den Regierungspräsidenten Köln und den Oberkreisdirektor betr. der Zuweisung von Flüchtlingen v. 23.8.1948, KAREK A 1260.

¹⁰⁹ Stadtrat, 14.5.1948, StAB 2, 593.

¹¹⁰ Stadtrat, 14.3. und 4.4.1949, StAB 2, 589, KR 26.3.1949.

¹¹¹ Die folgenden Ausführungen bis zum Ende des Abschnitts beruhen auf der Befragung des Zeitzeugen Thoma.

sonders Kohle zur Verteilung an Bedürftige. Die Kohle wird teilweise gegen Lebensmittel eingetauscht. Die Lager werden bei der Verteilung auch berücksichtigt. Zunächst erhält nur das Lager Heide Zuwendungen, bald aber auch das Lager im Saal Pohl in Kierberg. Andere Bedürftige können nur berücksichtigt werden, wenn genügend Lebensmittel zum Verteilen vorhanden sind. Dann werden die Menschen bedacht, bei denen die Stadt Hilfe für am nötigsten hält. Besonders wird Familien mit Kindern geholfen. Dazu werden Listen angefertigt, in denen vor der Verteilung festgelegt wird, wer, was und wie viel erhalten soll. Trotzdem gibt es bei der Ausgabe immer wieder Auseinandersetzungen, da sich viele zurückgesetzt fühlen. Um die Kohle einzutauschen werden mit Werksfahrzeugen Fahrten unternommen, beispielsweise nach Dülken, um Textilien oder nach Oldenburg, um Kartoffeln einzuhandeln. Material aus dem Gruhlwerk wird auch zur Herstellung von Spielzeug und anderen Gegenständen im Saal Lichtenberg in Heide genutzt.

Die Gewerkschafter kommen bei ihren Besuchen mit den Vertriebenen ins Gespräch. Diese helfen den Vertriebenen die Erlebnisse besser zu verarbeiten und wirken einer verbreiteten Apathie entgegen. Zu diesem Zeitpunkt sind die Vertriebenen, laut Thoma, immer noch traumatisiert. Es entwickelt sich ein sehr gutes Verhältnis. Görres vermittelt zudem vielen Vertriebenen Arbeit im Gruhlwerk. Als die Vertriebenen schließlich in Wohnungen umziehen können, werden die Treffen auf deren Wunsch noch bis Mitte der 1950er Jahre fortgeführt. Die Zusammenkünfte laufen schließlich aus, weil die Fluktuation unter den Vertriebenen zu groß ist. Viele ziehen weg, um in der Nähe von Verwandten zu wohnen.

Im Falle dieser Beziehungen zwischen Gewerkschaftern und Zugewanderten ist eine ungewöhnliche Abfolge der in Kapitel 1 definierten Integrationsfaktoren zu erkennen: Das Erreichen der Kommensalität ohne das Kommerzium erlangt zu haben. Die Kommensalität kann an den gesellschaftlichen Kontakten zwischen Einheimischen und Vertriebenen festgemacht werden.¹¹² Ein Merkmal sind hier gegenseitige Besuche. Es ist zwar nur von regelmäßigen Treffen berichtet worden, aber diese sind von großer Herzlichkeit und Fürsorge geprägt. Letzteres ist keine Form des Kommerziums, da kein Austausch stattfindet. Es kommt also zu einer gegenseitigen zwischenmenschlichen Annäherung, ohne dass eine rein sachliche Beziehung, durchlaufen worden ist.

¹¹² Frantziuch 1986, S. 196.

4. Wohnraumversorgung und berufliche Eingliederung

4.1 Der kommunale Wohnungsbau als Eingliederungsfaktor

4.1.1 Anfänge und Entwicklung der Bautätigkeit

Vor der Währungsreform vom 20. Juni 1948 ist es nur beschränkt möglich Baumaterial zu erhalten. Die ersten staatlichen Maßnahmen, die Wohnungsnotprogramme von 1946 und 1947/48, sind zur Instandsetzung von Wohnungen bestimmt.¹¹³ Von den 65 genehmigten Vorhaben des zweiten Programms werden 1947/48 nur 16 fertig gestellt.¹¹⁴ In beiden Programmen werden, die von der Kreisverwaltung nur sehr beschränkt zugeteilten Baumaterialien, nach Bedarf an die Bauwilligen verteilt.

Der Landrat bietet der Stadt über das Baulenkungsamt vier Nissen-Doppelbaracken aus Wellblech an.¹¹⁵ Die Annahme wird einstimmig abgelehnt. Trotz der größten Wohnungsnot erscheinen Nissenhütten dem Brühler Bauausschuss als Wohnstätte unzumutbar. Im Gegensatz dazu gelten im das Lager Pöppendorf bei Lübeck, Nissenhütten schon als Verbesserung.¹¹⁶ Erst nach einer weiteren Aufforderung durch den Oberkreisdirektor werden sie „zur Bereitstellung von Wohn- bzw. Werkstattraum an Baulustige“ angenommen.¹¹⁷

Die trotzdem katastrophale Situation spiegelt ein Stadtratsbeschluss vom Juli 1947 wider: „Die allgemeine Wohnungsnot hat in der Stadt Brühl ein besonders bedrohliches Ausmaß erreicht. Die starke Belegung der Stadt durch Besatzung und deren Familienangehörigen, welche Belegung im Verhältnis zur Gesamtbelegung im Regierungsbezirk sich besonders fühlbar macht, die große Zahl von Flüchtlingen, Evakuierten usw., der weitere Zuzug von Familienangehörigen, die erschreckend hohe Zahl von TBC-Erkrankungen. Die Unterbringung von zahlreichen Familien in Behelfsräumen, die nur für den Sommer benutzbar sind, stellen den Wohnungsbau vor so schwierige Aufgaben, dass mit der bisherigen Baustoffzuteilung nur ein verschwindend geringer Prozentsatz des unumgänglich nötigen Wohnraumes bis zum Herbst fertig gestellt werden kann. ... Gelingt es nicht mit sofortiger Wirkung über das bisherige Maß der Zuteilungen hinaus, Baustoffzuteilungen zu erhalten, so sind die Folgen für den kommenden Herbst und Winter nicht abzusehen.“¹¹⁸

Im Herbst 1947 wird von der Landesregierung ein Bergarbeiter-Wohnungsprogramm aufgelegt.¹¹⁹ Brühl erhält aus diesem Programm 48 Prozent des für den Kreis vorgesehenen Bau-

¹¹³ Verwaltungsbericht 1945-1955, S. 205 f.

¹¹⁴ Stat. Jb. 1948, S. III, 5 u. 6.

¹¹⁵ Bauausschuss, 14.10.1946, StAB 2, 940.

¹¹⁶ Schier 1980, S. 118.

¹¹⁷ Bauausschuss, 21.4.1947, StAB 2, 940.

¹¹⁸ Stadtrat, 7.7.1947, StAB 2, 593.

¹¹⁹ Stadtrat, 8.9.1947, StAB 2, 593.

volumens.¹²⁰ 116 Bauvorhaben werden 1948 genehmigt, 47 davon im selben Jahr fertig gestellt. Dies zeigt die immer noch große Bedeutung, welche die Landesregierung der Braunkohleindustrie in Brühl beimisst. Es lässt sich nicht feststellen, in welchem Maße Vertriebene in das Bergarbeiterprogramm einbezogen worden sind.

Durch die katastrophale Wohnungslage wird die Errichtung von Neubauwohnungen unumgänglich. Im April 1949 wird auf Beschluss des Stadtrates deshalb die Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (Gebausic) gegründet. Ihr Zweck ist die Linderung der Wohnungsnot durch Errichtung von Wohnungen. Besonders werden die Projekte des Kleinsiedlungswesens unterstützt und der Wohnungsbau zur Aufnahme der der Stadt zugewiesenen Kontingente von Vertriebenen, Flüchtlingen, äußeren und inneren Umsiedlern, sowie Maßnahmen zur Barackenfreimachung und Unterbringung von Evakuierten.¹²¹ Wichtige weitere Bauträger sind die Industrie (z.B. das Eisenwerk), die Gemeinnützige Baugenossenschaft Brühl eGmbH und die Siedlergemeinschaften. Die Wohnungsbaugesellschaft für das Rheinische Braunkohlegebiet baut zudem Wohnungen und Eigenheime für Bergarbeiter.¹²²

Seit Mai 1949 wird der Bau von Kleinwohnungen (Volkswohnungen) durch Landesdarlehen gefördert. In diese sollen u.a. Vertriebene, Flüchtlinge und Ausgebombte einziehen.¹²³ Zudem profitieren Vertriebene in NRW von den „Bestimmungen über die Förderung der Wohnraumbeschaffung für Flüchtlinge“.¹²⁴ Durch diese wird Bauherren bis 1952 ein finanzieller Anreiz gegeben, neu geschaffenen Wohnraum für Vertriebene bereitzustellen. Dieser kann durch Neubauten, Instandsetzungen kriegsbeschädigter Wohnräume, durch Um- oder Ausbauten von bisher nicht zu Wohnzwecken benutzten Gebäuden oder -teilen oder durch Wohnungsteilung gewonnen werden. Dazu werden sog. „verlorene Zuschüsse“ gewährt. In Brühl werden 81 Wohnungen mit 118. 970 DM gefördert.¹²⁵ Sie entstehen zumeist in Form von Einliegerwohnungen im Rahmen von Kleinsiedlungsmaßnahmen.

Die Wohnungsbaugesetze von 1950 und 1956 bestimmen, dass der Wohnungsbau für die Vertriebenen und die anderen Geschädigtengruppen besonders zu fördern ist.¹²⁶ Der Bau von Wohnungen in der erforderlichen Größenordnung setzt eine einheitliche Planung und die Unterstützung durch steuerliche und andere Vergünstigungen, insbesondere den Einsatz

¹²⁰ Stat. Jb. 1948, S. , III, 5 u. 6.

¹²¹ Verwaltungsbericht 1945-1955, S. 221 f.

¹²² KStA, 23.12.1959.

¹²³ Die ersten drei belegten, für Vertriebene zweckgebundene, Neubauten mit 18 Wohnungen entstehen in der Knappenstraße im Ortsteil Kierberg. Sie werden zum 1. Februar 1950 bezugsfertig. KR, 12.5.1949, KStA 13.12.1949, Wohnungsausschuss, 22.12.1949, StAB 2, 820.

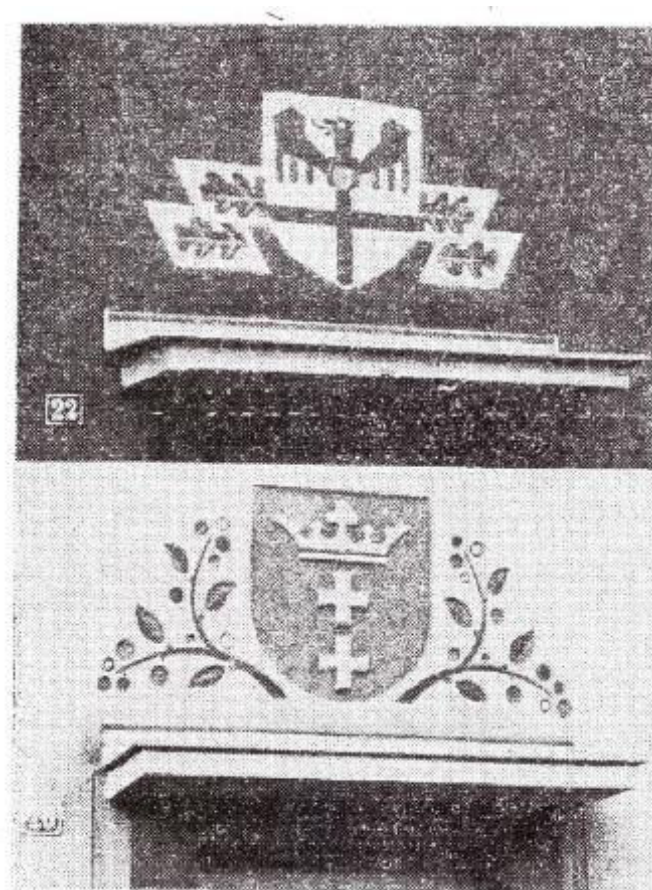
¹²⁴ Heseler 1979, S. 56-59.

¹²⁵ Verwaltungsbericht 1945-1955, S. 209.

¹²⁶ Eingliederung der Vertriebenen 1982, S. 54-57.

öffentlicher Mittel im großen Umfang voraus. Die Eingliederung der Geschädigten (Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte) obliegt weitgehend dem Lastenausgleich. Entweder werden öffentliche Förderungsmittel verstärkt oder die Mittel dem Geschädigten direkt für die Eigentumsbildung zur Verfügung gestellt. Wenn sich der Antrag auf eine Mietwohnung bezieht, verbessern sich die Chancen des Bewerbers eine Wohnung zu erhalten und verringern für einen längeren Zeitraum die Mietbelastung. Vor allem leisten die Aufbaudarlehen einen wesentlichen Beitrag zur Eigentumsbildung durch den Bau von Familienheimen oder Eigentumswohnungen. Obwohl es sich um Darlehen handelt ersetzen diese das fehlende Eigenkapital.¹²⁷ Für Vertriebene, Flüchtlinge, Kriegsgeschädigte sowie ehemalige Verfolgte der Nazi-Diktatur werden die Darlehen in Form von „verlorenen Zuschüssen“, die nicht zurückbezahlt werden müssen, ausbezahlt. In Brühl werden auf diese Weise 92 Wohnungen mit 132.540 DM gefördert.¹²⁸

Vergangene Spuren 1: Wappenhäuser in Vochem



Kölner Stadt-Anzeiger 30.6.1954, Stadtarchiv Brühl

¹²⁷ Bis 1981 waren am geschaffenen Wohnraum Vertriebene mit 67 Prozent, Kriegssachgeschädigte mit 29 und Flüchtlinge mit 4 Prozent beteiligt, Eingliederung der Vertriebenen 1982, S. 57.

¹²⁸ Verwaltungsbericht 1945-1955, S. 214.



Die Reihe der Häuser mit den ostdeutschen Wappen wächst weiter

Kölnische Rundschau 8.8.1952, Stadtarchiv Brühl.

4.1.2 Umsiedlungsmaßnahmen

4.1.2.1 Die äußere Umsiedlung

Umsiedlung und Wohnungsbau sind in NRW ursächlich miteinander verbunden. Nur durch eine gesteigerte Wohnungsbautätigkeit können überhaupt Vertriebene aus den Hauptaufnahmelandern an die Arbeitsplätze im rheinisch-westfälischen Industriegebiet herangeführt werden.¹²⁹ Die Diskrepanz zwischen Unterbringungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten ist Voraussetzung für eine Abstimmung von Wohnungsbau, Arbeitsnachfrage und Arbeitsvermittlung. Vor der Einweisung eines Vertriebenen in einen neuen Bestimmungsort, muss die Zustimmung des Wohnungs- und des Arbeitsamtes vorliegen.¹³⁰ Diese Praxis soll Arbeitsplatz und Unterkunft für den Zuziehenden sicherstellen. Gleichzeitig wird die Chance für eine gezielte staatliche und kommunale Wohnungsbaupolitik geschaffen. NRW befindet sich hier in einer günstigen Situation. Die Landesregierung räumt dem wirtschaftlichen Wiederaufbau die höhere Priorität ein. Deshalb widersetzt sie sich zunächst der Rückführung von Evakuierten und der Umverteilung von Vertriebenen. Hier wird ein ausgeprägter Länderegoismus deutlich, den die Militärregierung nur teilweise mittragen konnte. Bis März 1948 werden trotzdem nur 2.400 Vertriebene und Flüchtlinge aus dem überlasteten Schleswig-Holstein nach NRW weitergeleitet. Die geringe Zahl liegt in der Verzögerungspolitik der Landesregierung begrün-

¹²⁹ Zu Motiven und Praxis der Umsiedlung: Bethlehem 1987, S. 162-166 u. Kleinert 1988, S. 160-163.

¹³⁰ Wiesemann & Kleinert 1984, S. 301-305.

det, die ihren Aufnahmeverpflichtungen kaum nachkommt. Nur Facharbeiter, wie Bergleute und Stahlarbeiter, sind stets willkommen.

Wirksame Maßnahmen zur Umsiedlung erfolgen erst nach Gründung der BRD. Fünf Umsiedlungsprogramme der Bundesregierung binden gewaltige Wohnungsbaumittel, die den finanziellen Rahmen dafür bieten, dass der Wohnungsbau als Konjunkturstütze wirkt. Diese freiwillige Migrationsbewegung sorgt im Rahmen des Länderflüchtlingsausgleichs dafür, dass bis 1962 aus den hauptbelasteten Aufnahmeländern Bayern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen 1.007.000 Menschen vorwiegend nach Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen (499.700) und Rheinland-Pfalz umgesiedelt werden.¹³¹ Die Umsiedlung dient der Familienzusammenführung, der Arbeitsvermittlung allgemein und speziell der Arbeitsvermittlung von Großbedarfsträgern in Form von Sonderprogrammen.¹³²

Eine besondere Bedeutung hat im Rahmen der Umsiedlungsmaßnahmen das sog. „Stoßprogramm“.¹³³ Hier werden an Orten, wo ein nachhaltiger Arbeitskräftebedarf besteht, Neubauwohnungen im Voraus für die von einer Aufnahmekommission des Landes noch auszuwählenden Umsiedler geschaffen. Ihr Standard liegt jedoch erheblich unter dem Niveau der zur gleichen Zeit im allgemeinen sozialen Wohnungsbau geschaffenen Wohnungen. Von 1950 bis 1954 werden auf diese Weise für 139 Umsiedlerfamilien Neubauwohnungen in Brühl geschaffen.¹³⁴



Heimatchronik des Landkreises Köln, Köln 1954, S. 302.

¹³¹ Heseler, S. 99-105, Wlaschek 1983, S. 78.

¹³² Stahlberg 1957, S. 26-30.

¹³³ Heseler 1979, S. 101 ff.; Kleinert 1988, S. 88-93.

¹³⁴ Verwaltungsbericht 1945-1955, S. 215.

Vergangene Spuren 2: Am Eichenbusch



Am Eichenbusch 1, „Ostdeutsche Bäuerin bei der Ernte der Kornfrucht, umgeben von den Emblemen ihrer unvergessenen Heimatprovinzen“ (Freskomaler Gerhard Hoffschulz). Foto: Ulrich Wehrhahn, die Aufnahme entstand im Oktober 2014 während der Renovierung des Hauses. Das Motiv war nur für kurze Zeit wieder sichtbar.

In Brühl werden im Rahmen des Stoßprogramms die ersten 60 Wohnungen in der Siedlung „Rolsacker“ (heute „Am Eichenbusch“) errichtet.¹³⁵ Die Häuser sollen später in das Eigentum der Umsiedler übergehen. Damit die Häuser mit einer größeren Wohnungsfläche versehen werden, stellt die Stadt zusätzliche Mittel zur Verfügung. Zum Richtfest werden die Neubauten beschrieben als „... raummäßig klein. Zwei Wohnungen liegen in einem Eingang, auf jeder Etage also eine. Die hinteren Zimmer werden nur durch eine dünne Leichtbauplatte getrennt sein, weil in einigen Jahren die Häuser Einfamilienhäuser werden sollen. Dann wird diese dünne Wand herausgerissen und aus zwei Zimmerchen ein sehr geräumiges Zimmer entstehen. Es ist also bestens für die Zukunft geplant. Da die Umsiedler meist aus kleinen Verhältnissen kommen (überfüllte Baracken), sind sie bestimmt zunächst froh, eine anständige Wohnung zu erhalten.“¹³⁶ Schwierigkeiten ergeben sich daraus, dass mit den Umsiedlern nicht direkt verhandelt werden kann. Ihre persönlichen Bedürfnisse können nur durch

¹³⁵ Stadtrat, 24.7.1950, StAB 2, 588.

¹³⁶ RZ, 12.10.1950.

einen umfangreichen Schriftwechsel berücksichtigt werden. So sind die gerechte Verteilung und die endgültige Einweisung in die Wohnungen mit viel Aufwand verbunden.¹³⁷ Die Auswahl der Umsiedler erfolgt durch das Arbeitsamt Brühl-Bergheim.¹³⁸ Sie sind mit wenigen Ausnahmen voll arbeitsfähig und haben zum größten Teil sofort Arbeit bekommen. Sie stellen somit für die Stadt keine soziale Belastung dar. Die Bemühungen der Stadt für dieses erste Umsiedlerprojekt erhalten Anerkennung. Es wird als das schönste im Land angesehen und deshalb von Vertretern der Landesregierung Schleswig-Holstein besichtigt.¹³⁹

Der Siedlungsbau für Vertriebene wird auch zum Thema im Karneval. In einer Büttenrede wird 1951 der Wunsch nach Siedlungsbau, auch für „Alt-Brühler“ gefordert.¹⁴⁰



Am Eichenbusch, Bauphase, Stadtarchiv Brühl.

4.1.2.2 Die innere Umsiedlung

Neben dieser „äußeren Umsiedlung“ werden 1951 bis 1953 in NRW „innere Umsiedlungen“ durchgeführt.¹⁴¹ Hier gehören auch Flüchtlinge und Personen mit Anspruch auf Soforthilfe zum Kreise der Berechtigten. Die Vertriebenen stellen jedoch den größten Teil dar. In Zusammenarbeit mit den Wohnungsbehörden und der Arbeitsverwaltung entwickelte das Land

¹³⁷ Verwaltungsbericht 1945-1955, S. 73.

¹³⁸ Flüchtlingsbeirat, 29.3.1951, StAB 2, 933.

¹³⁹ KR, 11.10.1951.

¹⁴⁰ Kühl, Nachkriegskarneval, S. 94.

¹⁴¹ Kleinert 1988, S. 88-93, Stahlberg 1957, S. 30 ff.

ein Wohnscheinverfahren. Die Betroffenen werden erst nach der Bereitstellung von Wohnungen, aber ohne Anspruch auf einen bestimmten Arbeitsplatz, umgesiedelt.

Die Umsiedlung erfolgt beim ersten Programm 1951 auf dem Wege der direkten Arbeitsvermittlung. Die Trennung der Familie muss für die Aufnahme von Arbeit oftmals in Kauf genommen werden. Diese kann erst etwa 12 Monate später nachziehen. Deshalb dient die Weiterführung des Programms 1952 auch der Familienzusammenführung und ist nicht mehr von der Annahme einer Arbeitsstelle abhängig. 1953 werden noch stärker als bisher die Familienzusammenführung und die Rückkehr von Evakuierten berücksichtigt. Um die Unterbringung zu sichern werden drei Wohnungsbauprogramme beschlossen. Dadurch wird es 1952 in Brühl möglich neun Familien in Etagenwohnungen und 1953 drei Familien in Neubauten, elf in Einliegerwohnungen von Kleinsiedlerstellen und vier in Etagenwohnungen unterzubringen.¹⁴² Zudem baut die Bundesbahn als öffentlicher Träger im Regierungsbezirk Köln 130 Wohnungen¹⁴³, davon 24 in Brühl.¹⁴⁴

Mit der Bereitstellung von Arbeitsplätzen und Unterkünften werden wesentliche Faktoren für die Integration der Vertriebenen geschaffen. Das Kommerzium wird hier erreicht, aber durch die Zweckgebundenheit vieler Bauprogramme bleiben viele Umsiedler in einer engen Beziehung zueinander, so dass hier vom Phänomen der Interkulturation gesprochen werden kann. Eine partielle Akkulturation am Arbeitsplatz erscheint unter Beibehaltung enger privater Beziehungen bzw. Nachbarschaftsverhältnissen zu Menschen gleicher Prägung möglich.

4.1.3 Siedlungswesen

Im Frühjahr 1947 beginnt das Land die staatliche Förderung des Siedlungswesens.¹⁴⁵ Ziel ist es möglichst vielen Menschen den Besitz eines Eigenheimes zu ermöglichen. Ein Garten soll zur Eigenversorgung beitragen. Träger der Maßnahmen sind die Gemeinden, welche die Aufgaben gemeinnützigen Wohnungsunternehmen übertragen können. Zu den Hauptaufgaben gehören die Landbeschaffung, die Auswahl der Siedler und die Beschaffung öffentlicher Finanzierungsmittel. Zur Kontrolle wird vom Rat ein Gemeindesiedlungsausschuss eingesetzt. Dieser ist von 1947 bis 1952 tätig.¹⁴⁶ Ihm gehört auch ein Vertriebener (Flüchtlingsvertreter) als beratendes Mitglied an. In den Sitzungen wird über die Anträge der Bewerber entschieden. Vertriebene werden als solche hervorgehoben. Die Siedlerbewerber haben sich teilweise für einzelne Projekte zusammengeschlossen, andere werden von Betrieben be-

¹⁴² Verwaltungsbericht 1945-1955, S. 74.

¹⁴³ Kleinert 1988, S. 92 f.

¹⁴⁴ Verwaltungsbericht 1945-1955, S. 201. Vier Häuser in der Franzstraße werden eindeutig als „Flüchtlingswohnungen“ bezeichnet.

¹⁴⁵ Erlass der Landesregierung NRW über die Förderung des Siedlungswesens, Anlage Kreis - Hauptausschuss, 18.4.1947, KAREK A 1050, Bl.182.

¹⁴⁶ Protokolle des Gemeindesiedlungsausschusses 1947-1952 in StAB 2, 893.

nannt, die zugleich deren Eigenkapital als Darlehen stellen. Andere Siedler werden durch die gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften benannt. Hier stellt die Gebausie den Großteil der Bewerber. Durch Beschluss des Stadtrates wird der Ausschuss 1952 aufgelöst. Seine Aufgaben gehen auf das Siedlungsamt über. Dieses wurde wegen der besonderen Bedeutung des Siedlungswesens eingerichtet und in Personalunion mit dem Flüchtlingsamt geführt.¹⁴⁷



Gallbergsiedlung, Stadtarchiv Brühl, Schenkung Heinz Thoma.

Im September 1948 beschließt der Rat die Grundsätze für das erste Siedlungsprojekt, die Rodderbruchsiedlung.¹⁴⁸ 15 von 59 Bauherren sind Vertriebene und weitere 50 belegen Einliegerwohnungen (zweckgebunden bezuschusst).¹⁴⁹ In der Presse wird das Projekt als „Das Bauwunder vom Rodderweg“ gefeiert.¹⁵⁰ Auch beim zweiten Siedlungsprojekt im Ortsteil Vochem sind Vertriebe beteiligt. Anfang November 1951 findet die Übergabe des ersten fertig gestellten Hauses an die Vertriebenenfamilie Siebeneich statt.¹⁵¹ Beim dritten Projekt, die Gallbergsiedlung im Ortsteil Badorf, konnten aus der Liste der 71 Siedlerfamilien, 30 als Vertriebene identifiziert werden.¹⁵² Die Siedlergruppen arbeiten nach dem Prinzip des Selbsthilfegedankens. Die Häuser werden gemeinsam gebaut. Wer die meisten Arbeitsstunden in-

¹⁴⁷ Verwaltungsbericht 1945-1955, S. 221.

¹⁴⁸ Stadtrat, 6.9.1948, StAB 2, 593.

¹⁴⁹ KStA, 13.12.1949.

¹⁵⁰ RZ, 7.5.1949.

¹⁵¹ KR, 7.11.1951.

¹⁵² Liste der Siedler in der Chronik Gallbergsiedlung, S. 80 f., Identifikation durch den Zeitzeugen Thoma.

vestiert erhält das erste Haus. Dieses System bietet, gerade für Familien ohne Eigenkapital, Anreize sich als Siedler zu engagieren. Der Entschluss zum Eigenheimbau, besonders bei einem Projekt der gegenseitigen Selbsthilfe, welches gemeinsam mit Einheimischen betrieben wird, ist ein Sozialprozess auf Gegenseitigkeit, bei dem die Stufe der Kommensalität schon erreicht ist. Es ist aber auch ein assimilierender Effekt möglich, da eine Angleichung der Minderheit der Vertriebenen an die Mehrheit der Einheimischen zu erwarten ist.

4.2 Wirtschaft und Gewerbe

Seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhundert ist Brühl ein zentraler Ort des Rheinischen Braunkohlereviers. Nach dem Zweiten Weltkrieg wird der Braunkohleabbau als entscheidende Voraussetzung zum Wiederaufbau der Wirtschaft verstärkt wieder aufgenommen. Schwieriger ist die Lage für das produzierende Gewerbe, welches mit Materialengpässen zurechtkommen muss. Die Wende bringt die Währungsreform. Der Handel normalisiert sich und die Bauwirtschaft blüht auf. Ganze Stadtteile entstehen. Noch 1949 sind 25 Prozent der arbeitenden Bevölkerung in der Braunkohleindustrie beschäftigt.¹⁵³ Doch für diese beginnt im Brühler Revier die letzte Phase. Nach der Auskohlung der Gruben werden auch die Brikettfabriken geschlossen (1948, 1953, 1955, 1959). Die letzte Brikettfabrik Gruhlwerk II stellt im Januar 1965 die Produktion ein.¹⁵⁴ Die Stadt ist gezwungen verstärkt Maßnahmen für einen Strukturwandel zu ergreifen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.

4.2.1 Vertriebene als Arbeitskräfte

Zieht man 1950 die Zahl der Vertriebenen und Flüchtlinge von der Gesamtbevölkerung ab, zeigt sich, dass die Zahl der einheimischen Bevölkerung um etwa eine Million geringer war als 1939.¹⁵⁵ Berücksichtigt man, dass 1944 drei Millionen Fremdarbeiter und Kriegsgefangene auf dem Gebiet der späteren BRD tätig waren, wird deutlich, dass die Vertriebenen und Flüchtlinge volkswirtschaftlich die hier entstandene Lücke ausfüllen. Ohne sie würde die, im Krieg ausgeweitete, Produktionskapazität der deutschen Wirtschaft einem erheblichen Arbeitskräftemangel gegenüberstehen. Besonders vor der Währungsreform bilden die Vertriebenen ein bedeutendes Arbeitskräftereservoir. Sie sehen sich aber oft gezwungen beruhsfremde Arbeiten zu übernehmen. Die Währungsreform selbst verursacht zunächst spürbare Verschlechterungen auf dem Arbeitsmarkt, besonders für die Vertriebenen. Die Gründe liegen in der Auflösung von Scheinarbeitsverhältnissen, im Austausch von Vertriebenen durch einheimische Arbeitskräfte und der Zunahme von Arbeitswilligen.¹⁵⁶ Nach 1950 gehen die Arbeitslosenzahlen für Vertriebene wieder kontinuierlich zurück.¹⁵⁷ Sie bilden eine wichtige

¹⁵³ Stat. Jb. 1949, S. 55.

¹⁵⁴ Schmidt 1963, S. 43-47, Drösner 2007, S. 281 f. und S. 310.

¹⁵⁵ Herbert 1987, Kleinert 1988, S. 24.

¹⁵⁶ Wiesemann & Kleinert 1984, S.320.

¹⁵⁷ Waldmann 1979, S. 183.

Arbeitskräftereserve der rheinischen Industrie. Um sie zu mobilisieren wird, wie schon dargestellt, ein System der Flüchtlingsvermittlung aufgebaut, welches Wohnungsbau, Arbeitsnachfrage und Arbeitsvermittlung aufeinander abstimmen soll.

In Brühl sind 1949 nur 274 Arbeitslose (weniger als ein Prozent der Einwohner) erfasst.¹⁵⁸ Die Stadt zählt sich selbst zu den Städten mit niedriger Arbeitslosenquote. Hauptarbeitgeber ist die Braunkohleindustrie mit 25 Prozent der Beschäftigten, sowie die Metallverarbeitende und die Chemische Industrie mit zusammen 21 Prozent. Die Anzahl der beschäftigten Vertriebenen und Flüchtlinge wird 1951 bei Betriebszählungen mit 742 angegeben.¹⁵⁹ Dies entspricht 7,5 Prozent der arbeitenden Bevölkerung bzw. 30,8 Prozent der bei der Volkszählung am 30.9.1950 registrierten Heimatvertriebenen. Der Anteil der Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung Brühls beträgt 8,1 Prozent. Bei der Beurteilung der im Arbeitsprozess stehenden Flüchtlinge ist zu beachten, dass mindestens 100 Personen mehr in Beschäftigung sind, da die in der Landwirtschaft, bei der Bundesbahn und der Bundespost beschäftigten Vertriebenen nicht erfasst worden sind. Der Gesamtdurchschnitt bei den Flüchtlingen ist nicht schlechter als bei den Einheimischen.

Dies deckt sich mit der Aussage des Zeitzeugen Philipp. Er berichtet, dass eigentlich alle Vertriebenen in Beschäftigung kommen, allerdings nicht alle im erlernten Beruf. Er selbst habe auch erst nach fünf Jahren wieder als Schmid arbeiten können. Viele Vertriebene hätten bei der chemischen Industrie in Hürth-Knapsack und in Wesseling Arbeit erhalten.¹⁶⁰ Dort ist insgesamt ein großer Teil der Brühler Bevölkerung beschäftigt, der größte Aufnahmeraum für Arbeitskräfte aus Brühl ist aber Köln.¹⁶¹

In den 1950er Jahre steigt die Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten wegen Entlassungen im Baugewerbe regelmäßig an. Es folgen die „Frühjahrsbelebungen“. So sinkt vom 1. April bis zum 30. Juni 1956 die Zahl der arbeitslosen Vertriebenen im Arbeitsamtsbezirk Brühl-Bergheim von 175 (10 Prozent) auf 95 (8,9 Prozent der Gesamtzahl der Arbeitslosen).¹⁶² Die Entwicklung bei den Vertriebenen ist damit noch etwas günstiger als die Gesamtentwicklung. Arbeitslose Vertriebene können wegen zumeist wegen ihres Alters oder anderer Leistungseinschränkungen nicht vermittelt werden. Als die Arbeitslosenzahl der Heimatvertriebenen im ersten Quartal 1957 von 309 auf 158 zurückgeht, wird dies als gute Beschäftigungslage dargestellt.¹⁶³ Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitslosen sinkt damit von 13 auf 9,7 Prozent.

¹⁵⁸ Stat. Jb. 1949, S. 55.

¹⁵⁹ KStA, 1.9.1951, KR 31.8.1951.

¹⁶⁰ Zeitzeuge Philipp.

¹⁶¹ Stat. Jb. 1954-1958, S. 61.

¹⁶² KStA, 9.7.1956.

¹⁶³ KR, 11.4.1957.

Schwierigkeiten bei der Vermittlung gibt es nicht, sofern die Eignung für die offene Stellung gegeben ist. Zudem wird festgestellt, dass bei einem Anteil der Vertriebenen zwischen 17 und 20 Prozent, deren Beschäftigungsgrad im Revier weit über den Durchschnitt liegt.¹⁶⁴ Im 3. Quartal 1957 sinkt die Zahl der arbeitslosen Vertriebenen auf 102 (11,5 Prozent aller Arbeitslosen).¹⁶⁵ Wenn die beruflichen Voraussetzungen gegeben sind, gibt es keine Schwierigkeiten bei deren Vermittlung. Im Juli 1958 werden die Arbeitsämter angewiesen die älteren arbeitslosen Vertriebenen zu ermitteln und verstärkt zu fördern.¹⁶⁶ Die Vermittlung von Arbeit an Vertriebene ist in Zeiten von steigender Nachfrage nach Arbeitskräften kein wirkliches Problem. Nur die Vermittlung älterer Arbeitnehmer wird als so großes Problem gesehen, dass besondere Aktivitäten der Arbeitsämter eingefordert werden.

Für den Bereich Arbeit kann mit dem Erreichen von Vollbeschäftigung das Kommerzium als gesichert angesehen werden. Alle weiteren Formen von Integration sind nun möglich, müssten aber empirisch erfasst werden.

4.2.2 Vertriebene in Handwerk und Gewerbe

Die Chancen für Betriebsgründungen durch Vertriebene bewegen sich in engen Grenzen.¹⁶⁷ Besonders die Beschaffung von Kapital bereitet große Schwierigkeiten. Sofern es gelingt einen lebensfähigen Betrieb zu gründen und bis zur Währungsreform genügend Realkapital aufzubauen, konnte dieser nach der Währungsreform im Zuge des allgemeinen Konjunkturaufschwunges dieser auch Fuß fassen. Eine weitere Voraussetzung ist, dass es sich um eine Produktion handelt, die dann noch gefragt war. Oft richteten sich die Betriebsgründungen nicht nach dem günstigsten Standort, sondern nach dem Ort, wo die nötigen Räume zur Verfügung stehen. Die Währungsreform setzt dem blühenden Schwarzmarkt ein schnelles Ende. Die Betriebe werden zu realistischen Kalkulationen gezwungen, der Konkurrenzkampf verschärft sich. Unter den in Konkurs gehen Firmen, befinden sich besonders viele von Vertriebenen, da diesen zumeist das Eigenkapital fehlt.¹⁶⁸

Seit 1948 werden deshalb in NRW aus Mitteln des Landes Existenzgründungskredite für Vertriebene zur Verfügung gestellt. Ohne deren Vergabe, hätte die Integration der vertriebenen Handwerker und anderen Selbstständigen einen schweren Rückschlag erlitten.¹⁶⁹ Beim städtischen Gewerbeamt sind 1949 von 905 gemeldeten Betrieben 40 Flüchtlingsbetriebe, davon 18 (von 436) reine Gewerbebetriebe, drei (v. 134) Handwerksbetriebe mit sonstigem

¹⁶⁴ KStA, 10.4.1957.

¹⁶⁵ KR, 9.10.1957.

¹⁶⁶ Landesarchiv NRW, Bestand Arbeitsamt Brühl BR 0126, 16, 5301 Ältere Arbeitnehmer 1956-1961, Bd. II.

¹⁶⁷ Stahlberg 1957, S. 123 f.

¹⁶⁸ Waldmann 1979, S. 179.

¹⁶⁹ Balzer 1959, S. 193.

Gewerbe, zehn (v. 219) Handwerksbetriebe, einer (v. 38) Fabrikationsbetrieb und acht (v. 78) in freien Berufen Tätige.¹⁷⁰ An zehn Betriebe vergibt die Stadt Kredite mit einer Gesamtsumme von 30.000 DM zum Existenzaufbau in Höhe von 500 bis 5.000 DM.¹⁷¹

Im Februar 1951 veröffentlicht der BvD eine Liste mit 62 Vertriebenenbetrieben und nennt dies eine „stolze Bilanz“.¹⁷² Sie sei möglich geworden durch „hervorragende eigene Tatkraft und z. T. durch wirksame Unterstützung seitens der Behörden“. Von diesen 62 Betrieben sind 20 im Handwerk, 24 im Handel und vier im Gewerbe ansässig. Zudem gibt es freiberuflich Tätige, darunter drei Ärzte, ein Anwalt und ein Journalist. Die Presse kommentiert dies freundlich: „Man kennt die Schwierigkeiten, mit denen gerade Ortsfremde zu ringen haben, um wieder zu einer Existenz zu kommen. Wenn es dennoch gelang, sich zum Teil sehr beachtliche Unternehmen aufzubauen, so verdient ihre Tatkraft, ihr Unternehmungsgeist nicht nur Anerkennung, sondern auch weiterhin Förderung.“¹⁷³

4.2.3 Exkurs: Die Glasfabrik Wittwer – zur Ansiedlung eines Vertriebenenunternehmens

Im Hinblick auf den wegen des Abzugs der Braunkohle betriebenen Strukturwandel der Wirtschaft, beginnt die Stadt mit oft langwierigen Verhandlungen, um neue Industrie- und Gewerbebetriebe in Brühl anzusiedeln. Zu den Erfolgen gehört die Ansiedlung eines Kristallglaswerkes. Das stark industrialisierte NRW lässt für die neu hinzukommenden Flüchtlingsunternehmer nur wenig Raum. In einzelnen Branchen hat die Flüchtlingsindustrie aber auch in NRW eine relative Bedeutung gewonnen. 1956 gibt es im Industriezweig Glas 42 Flüchtlingsbetriebe, dies entspricht einem Anteil von 22,6 Prozent.¹⁷⁴

Die Bemühungen der Stadt um die Ansiedlung von, zunächst sudetendeutscher, Betriebe der Glasindustrie beginnen schon 1948. Wegen der fehlenden Unterstützung der Landesplanungsstelle im Wirtschaftsministerium von NRW scheitern diese. Das Land bevorzugt deren Niederlassung in den Kreisen Euskirchen, Schleiden und Düren.¹⁷⁵ Im folgenden Jahr werden Verhandlungen mit den Inhabern der süddeutschen Kristallglasfabrik Beyer & Co. geführt. Die Verhandlungen scheitern schließlich 1951/52.¹⁷⁶ Noch während dieser Verhandlungen bietet der zunächst als Beauftragter von Beyer & Co. auftretende Glasfabrikant Wittwer an, unter den gleichen Bedingungen, sein eigenes Glaswerk nach Brühl zu verlegen.¹⁷⁷

¹⁷⁰ Stat. Jb. 1949, S. 66.

¹⁷¹ Stat. Jb. 1949, S. 167.

¹⁷² Heimatbrief des BvD 2/1951, S. 6 f., StAB, Bestand Winkler.

¹⁷³ KStA, 21.2.1951.

¹⁷⁴ Kleinert 1988, S. 286 f.

¹⁷⁵ Verwaltungsausschuss, 28.6.1948, StAB 2, 841, Volksstimme 21.7.1948.

¹⁷⁶ Verwaltungsausschüsse, 13.11.1950 und 3.9.1951, StAB 2, 828.

¹⁷⁷ Verwaltungsausschuss, 31.1.1950, StAB 2, 772.

Die Kristallglasfabrik Wittwer war ursprünglich in Bad Altheide, Grafschaft Glatz in Schlesien beheimatet. 1912 gegründet fanden dort bis zu 600 Personen Arbeit. Nach der Vertreibung betreibt Wittwer zunächst in Eitorf/Sieg eine Kristallglasschleiferei. Die zur Ausdehnung benötigten Flächen stellt nun Brühl zur Verfügung.¹⁷⁸ Die Ansiedlungspläne werden bald konkreter. Der Wirtschafts- und Finanzminister des Landes NRW sagt die Vergabe von „verlorenen Zuschüssen“ und Krediten zu.¹⁷⁹ Die Bezirksregierung beauftragt die Firma zudem mit der Rohglasbelieferung der Rheinbacher Raffineure. Wittwer verpflichtet sich unmittelbar nach der festen Kreditzusage mit dem Bau der Glasfabrik zu beginnen. Die Stadt stellt für die Bereitstellung eines Grundstückes folgende Konditionen: Bewertet wird es mit 0,80 DM pro qm, zu zahlen sind 0,10 DM. Der Differenzbetrag gilt bei Aufnahme des Fabrikbetriebes als bezahlt. Die Wegebaukosten gehen zu Lasten der Firma, desgleichen die Anschlüsse für Wasser und Strom auf dem Firmengelände.



Kristallglasfabrik Wittwer, aus: Zehn Jahre danach. Das soziale Aufbauwerk für Vertriebene und Flüchtlinge in NRW, S. 50.

Aufgrund der Ansiedlung der Firma Wittwer soll Brühl, nach Plänen des Landeswirtschaftsministeriums, ein Zentrum der schlesischen Kristallglasfabrikation werden.¹⁸⁰ Die Böhmisches und Gablonzer Glasfabrikation in Rheinbach und Euskirchen würden dadurch „vorteilhaft“ ergänzt. Beabsichtigt ist, die gesamte Glasfabrikation in NRW, die für den Export von Bedeu-

¹⁷⁸ KR, 22.4.1952, Neue Presse 5.5.1952 und KStA 13.12.1956.

¹⁷⁹ Verwaltungsausschuss, 20.3.1950, StAB 2, 772.

¹⁸⁰ Verwaltungsausschuss, 25.9.1950, StAB 2, 772.

tung ist, in einer Region zusammenzufassen. Bezüglich der Finanzierungsfrage kommen verschiedene Finanzierungsquellen in Frage, darunter Flüchtlings-, Remontagekredite und Kredite der Vertriebenenbank. Bedenklich sei aber die mangelnde Eigenkapitalausstattung. Deshalb sollen Bemühungen angestellt werden, auch Bankkredite zu erhalten, da sonst die Ablehnung im Landeskreditausschuss drohe. Um die Unterstützung der Bundesregierung für das Ansiedlungsprojekte zu erhalten, finden Besprechungen im Bundeswirtschafts- und im „Flüchtlingsministerium“ statt.¹⁸¹ ERP-Mittel aber sind für die Glasindustrie nicht vorgesehen.



Kristallglaswerk Wittwer, Schleifsaal, aus: Altheider Weihnachtsbrief vom 14. Dezember 2010.

Die Stadt übernimmt die Spitzenfinanzierung für den Neubau von 16 Wohnungen, die für Facharbeiter der Firma Wittwer bestimmt sind.¹⁸² Diese werden benötigt, um den Betrieb in Gang zu bringen. Der Stadt gelingt es in Verhandlungen mit der Kreisverwaltung, dass Facharbeiter, die in dem neuen Werk beschäftigt werden, auf ihr Aufnahmekontingent für Umsiedler angerechnet werden. Ebenso werden acht, auf die durch Neubauten für Umsiedler zu erstellenden zehn Wohnungseinheiten angerechnet. In der Folge werden insgesamt 29 Facharbeiterfamilien auf die Quote angerechnet. Für die Kreditvergabe wird der Firma die Auflage gemacht, 1952 mindestens 53 Arbeiter einzustellen, davon 30 Umsiedler und 23 Einheimische. Die endgültigen Bedingungen für den Grundstücksverkauf sind nicht bekannt, spielen für die Ratsmitglieder auch keine Rolle, da die Ansiedlung mit den zu erwartenden Steuereinnahmen und Arbeitsplätzen, auch für Einheimische, für sie Priorität hat. Bis Anfang der 1960er Jahre steigt die Zahl der Beschäftigten auf rund 100.¹⁸³ Produziert werden später hauptsächlich Kelchgläser, die als Qualitätserzeugnisse zum größten Teil exportiert werden.¹⁸⁴ Das Werk wird 1989 geschlossen.¹⁸⁵

¹⁸¹ Verwaltungsausschuss, 25.9.1950, StAB 2, 772. Ob es zu der Kooperation kam, ist aus den Protokollen nicht ersichtlich.

¹⁸² Verwaltungsausschuss, 14.1.1952, StAB 2, 771, Stadtrat 4.2 u. 28.2.1952 StAB 2, 615.

¹⁸³ Schmidt 1963, S. 63.

¹⁸⁴ Kölnische Rundschau, 22.4.1952, Neue Presse 5.5.1952 und Kölner Stadt-Anzeiger 13.12.1956.

Dass es sich bei der Fabrik um einen Vertriebenunternehmen handelt, spielt primär für die Stadträte keine Rolle. Die Chancen (zusätzliche Steuereinnahmen und Arbeitsplätze durch die mögliche Ansiedlung weiterer Glasbetriebe) und die Vorteile in der Finanzierung der Ansiedlung, werden zur Kenntnis genommen. Tatsächlich ist die Tatsache, dass auch Einheimische bei einem Vertriebenunternehmen Anstellung finden als ein Integrationsfortschritt zu bewerten. Vertriebene werden nicht mehr nur als mittellose Zuwanderer angesehen werden können, sondern als Arbeitgeber und in Bezug auf die Umsiedler als gut ausgebildete Fachkräfte.

Das Fallbeispiel zeigt, dass für die vertriebenen Facharbeiter die Kommensalität erreicht ist. Sie sind Kollegen bzw. wahrscheinlich die Vorarbeiter für die einheimischen Kollegen. Auch hier sind ohne empirische Daten Assimilation, Akkulturation und Interkulturation nicht darstellbar.

5. Vertriebene und Kirche - Die kirchliche Einbindung am Beispiel der Evangelischen Kirche

Religion, Migration und Integration stehen in einem engen Zusammenhang. War Migration in der Frühen Neuzeit ein Motor zu Schaffung von religiöser Homogenität, entwickelte sie sich zu einem maßgeblichen Faktor zur Entstehung von religiösem Pluralismus weiter. Die Ankunft der Vertriebenen im Westdeutschland hat dessen konfessionelles Antlitz verändert wie seit der Reformation und dem Dreißigjährigen Krieg nicht mehr.¹⁸⁶ Welche Rolle spielt die Religion im Integrationsprozess? Erleichtert Religion diesen oder wird er durch die Religion erschwert? Ist Religion überhaupt ein eigener relevanter Faktor bei Integrationsprozessen? Hat die Religiosität der Zugewanderten den Integrationsprozess gefördert oder gehemmt?

5.1 Die Entwicklung der evangelischen Gemeinde nach dem Krieg

Im Krieg ist nicht nur die Evangelische Kirche in Brühl zerstört, auch das Pfarrhaus und das Gemeindehaus sind beschädigt worden. Bis Ende 1946 gelang es Pfarr- und Gemeindehaus wieder nutzbar zu machen.¹⁸⁷ In das Obergeschoss des Pfarrhauses werden daraufhin zwei Flüchtlingsfamilien einquartiert. Darunter ein Landwirt aus Pommern, der bis 1953 den Küsterdienst in der Gemeinde übernimmt. Auch sein Nachfolger ist Heimatvertriebener.¹⁸⁸ Da die

¹⁸⁵ Drösser 2007, S. 315.

¹⁸⁶ Kossert 2008, S. 229. Grundlegend zum Thema Ev. Kirche und Vertriebene ist Rudolph 1984/85, eine im Auftrag der EKD entstandene zweibändige Dokumentation.

¹⁸⁷ Der Bauantrag wird ausdrücklich wegen des starken Anwachsens der Gemeinde durch den Zuzug von Ostflüchtlingsen und Evakuierten befürwortet, Bauausschuss 25.7.1947, StAB 2, 940.

¹⁸⁸ Grosser 1958, S. 99.

meisten Vertriebenen und Flüchtlinge aus Gebieten mit überwiegend evangelischer Bevölkerung stammen, steigert sich der Anteil der evangelischen Christen von 2.588 (10,8 Prozent) im Jahr 1939 auf 7.287 (21,8 Prozent) 1958.¹⁸⁹



Christuskirche nach der Zerstörung, Stadtarchiv Brühl.

Zum Amtsbezirk des Brühler Pfarrers gehören 1945 neben der Stadt Brühl auch zumindest Teile von allen heutigen Nachbarkommunen. Die Ankunft von evangelischen Vertriebenen und Flüchtlingen lässt die Gemeinde stark anwachsen. Die Bildung neuer Pfarrbezirke ist die äußerlich sichtbarste Folge der Zuwanderung. 1948/49 und 1957 werden vier Abtrennungen vorgenommen. Als erstes wird die Gemeinde des Nachbarortes Liblar selbstständig. Ihr werden, die heute zu Erftstadt und Weilerswist gehörenden Teile der Gemeinde zugeordnet.¹⁹⁰ Es folgen Wesseling sowie die heute zur Stadt Hürth gehörenden Gemeindeteile Knapsack und später Hermülheim (1957).¹⁹¹ Zudem wird in Brühl 1954 eine zweite Pfarrstelle eingerichtet.¹⁹²

¹⁸⁹ Stat. Jb. 1954-1958, Anhang II., S. A 2. Zur Entwicklung der Konfessionen in Brühl Tabelle 8.1.1.2 im Anhang, S. 61.

¹⁹⁰ Grosser 1958, S. 105 f.

¹⁹¹ Grosser 1958, S. 106 f. und S. 123.

¹⁹² Grosser 1958, S. 105; Prasuhn 1985, S. 104.

Die Neuordnung der rheinischen Kirche nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur beginnt mit der Provinzialsynode im September 1946.¹⁹³ Dort wird eine extrem lutherische Reichskirche abgelehnt. Die Synodalen stehen zur Altpreußischen Union. Die Beratungen für die neue Kirchenordnung dauern bis 1952. Die Kirchenleitung fordert die Gemeinden auf die Ordnung zu diskutieren und die Ergebnisse den Kreissynoden vorzulegen. Auf diese Art sollen die Mitglieder bis zur Gemeindeebene an der Gestaltung der Kirchenordnung beteiligt werden.

Die rheinische Kirchenleitung setzt außerdem eine Kommission ein, die sich mit Fragen des Gottesdienstes und der Liturgie befasst. Sie empfiehlt Ende 1946, das Abendmahl in den Gottesdienst einzubeziehen. Dies wäre ein Entgegenkommen an die Vertriebenen, die zu- meist aus lutherisch-unierten Gemeinden kommen, wo diese Regelung Brauch ist. Die Presbyter sprechen mit den Gemeindemitgliedern über diesen Vorschlag und stellen eine Mehrheit gegen eine Änderung fest. Das Abendmahl soll wie bisher am Ende des Gottesdienstes gefeiert werden. Den Vertriebenen zuliebe wird dann doch ein Gottesdienst nach dem Vorschlag der Kommission abgehalten. Das Presbyterium entschied trotzdem, „die bisher in Brühl gepflegte Sitte beizubehalten“.¹⁹⁴ Trotz des nominell großen Wachstums der Gemeinde gibt es nicht genug aktive Neumitglieder, um eine Veränderung durchzusetzen. Es bleibt offen, wie viele und welche Gemeindemitglieder durch die Befragung überhaupt erreicht wurden. Die Vertriebenen werden gezwungen sich zu assimilieren. Es kann nicht gemessen werden, inwieweit die Entscheidung desintegrativ auf andere Vertriebene gewirkt hat.

Im Rahmen der Neuordnung finden 1948 die ersten Presbyteriumswahlen seit 1932 statt. Das Presbyterium ist das Leitungsorgan der Gemeinde. Wahlberechtigt sind alle Evangelischen, die sich in eine Wahlliste eintragen. Zum Gemeindebezirk Brühl gehören am 1. Oktober 1947 7.750 Personen, davon rund 4.000 Vertriebene und Flüchtlinge. In die Listen tragen sich aber nur rund 600 Gläubige ein.¹⁹⁵ Über eine Kandidatur eines Vertriebenen ist nichts bekannt. Da nur ein Wahlvorschlag eingereicht wird, gilt dieser gemäß den geltenden Bestimmungen als angenommen. Die geringe Zahl der Gläubigen, die sich in der Wahl beteiligen wollen und die Existenz von nur einem Wahlvorschlag sprechen gegen eine größere Beteiligung der Zugewanderten am Gemeindeleben. Trotzdem ist Pfarrer Grosser der Auffassung, „dass wir durch recht viele der zu uns gekommenen, fromm evangelischen ostdeutschen Landsleute auch eine sichtliche Verstärkung des guten und treuen kirchlichen Elements in unserer Gemeinde erfahren haben, wie es sich in einer spürbaren Belebung des Gottes-

¹⁹³ Prasuhn 1985, S. 90.

¹⁹⁴ Prasuhn 1985, S. 95 f.

¹⁹⁵ Prasuhn 1985, S. 91.

dienstbesuches ausdrückte.¹⁹⁶ Demnach ist es gelungen, die aktiv Gläubigen unter den Vertriebenen für das Gemeindeleben zu gewinnen, ohne dass sie dort einen nachhaltigen Einfluss ausüben oder strukturelle Veränderungen durchsetzen können. Anders ausgedrückt, die Vertriebenen, beleben zwar das Gemeindeleben durch ihre Religiosität, können dies aber nur, indem sie sich zumindest assimilieren. Es ist zu diskutieren, ob hier nicht sogar ein Fall von Akkulturation vorliegt, ein Wechselprozess in die Aufnahmekultur. Die Vertriebenen müssen sich an die Regeln (Gottesdienstordnung) der Gemeinde anpassen, wenn sie Gemeindemitglied bleiben möchten. Andererseits können sie ihre Religiosität, welche die Einheimischen sogar als belebend empfinden, weiter ausleben. Es findet also nur eine äußerliche Angleichung, eine Assimilation statt. Andererseits ist durch die Anerkennung als Gemeindemitglieder eine Form der Kommensalität erreicht.

Das Verhältnis zur katholisch geprägten Umwelt, auch zur katholischen Geistlichkeit entwickelt sich nach dem Krieg positiv.¹⁹⁷ Es ist zwar in Brühl niemals zu konfessionellen Konflikten mit der katholischen Gemeinde gekommen, aber das Leben als Minderheit war nicht immer einfach.¹⁹⁸ Der Widerstand der Geistlichen beider Konfession gegen das nationalsozialistische Regime führt zu einer Annäherung.¹⁹⁹ Die evangelischen Vertriebenen treffen zudem in Brühl auf eine etablierte evangelische Gemeinde, die 1951 ihre 100-Jahr-Feier begeht. Besonders die Ausbreitung der Braunkohleindustrie in den ersten 30 Jahren des 20. Jahrhunderts führte schon zu einem Anwachsen des evangelischen Bevölkerungsanteils auf etwa 10 Prozent der Bevölkerung.²⁰⁰

5.2 Die Fürsorgetätigkeit für die Vertriebenen

Nach Kriegsende gründet die Kirchengemeinde aus eigener Initiative eine Gemeindehilfe. Es werden Geld und Sachspenden gesammelt und an Bedürftige (Ausgebombte, Obdachlose und Rückkehrer) verteilt. Die Gemeindehilfe ist schon aktiv bevor die Verteilung zumeist ausländischer Spenden durch das Evangelische Hilfswerks beginnt.²⁰¹ Im September 1946 setzt die Zuwanderung der Vertriebenen ein. Fast wöchentlich kommen neue Transporte von Ostvertriebenen, die zunächst nur in Sammelquartieren und Lagern untergebracht werden können.²⁰² Nach Bekenntnissen getrennte Listen der in Brühl bleibenden Vertriebenen werden den katholischen und evangelischen Pfarrern zur Verfügung gestellt.²⁰³ Die Listen der kom-

¹⁹⁶ Grosser 1958, S. 107.

¹⁹⁷ Grosser 1958, S. 107 f.

¹⁹⁸ Zeitzeuge Thoma berichtet von Prügel, welche evangelische durch katholische Jugendliche erdulden mussten. „Wir standen als Minderheit den Juden näher als den Katholiken.“

¹⁹⁹ Zum Schicksal der Brühler Kirchengemeinden im Nationalsozialismus, Thrams 1993, S. 180-194.

²⁰⁰ Zur Entwicklung der Konfessionen in Brühl Tabelle 8.1.1.2 im Anhang, S. 61.

²⁰¹ Zur Gründung des Ev. Hilfswerks im August 1945 und dessen Organisation, Kossert, S. 241 ff. Zum Spektrum der kirchlichen Hilfsmaßnahmen, Kleinknecht 1996, S. 144-151.

²⁰² Grosser 1958, S. 100 f.

²⁰³ Zentral-Fürsorgeausschuss, 11.10.1946, StAB 2, 2542, Bl. 44.

munalen Meldeämter scheinen aber anfänglich keine zuverlässigen Angaben enthalten zu haben.²⁰⁴



Wiederaufgebaute Christuskirche, Stadtarchiv Brühl.

Mit einem der Transporte trifft im September 1946 der Prediger Otto Labuhn, der in Ostpreußen als Pfarrverweser zur Betreuung einzelner Gemeinden tätig war, in Brühl ein. Seine Familie starb bei einem amerikanischen Fliegerangriff auf Königsberg. Im Auftrag des Brühler Pfarrers Grosser widmet er sich der seelsorgerischen Betreuung der Vertriebenen in der Gemeinde. Dazu gehört eine Bestandsaufnahme der Eingewiesenen. Die Kartei wird in Beziehung zur der Tätigkeit des Kirchlichen Suchdienstes stehen.²⁰⁵ Seine Aufgaben verbindet Labuhn mit seelsorgerischen Besuchen in Lagern und Privatquartieren. Angesichts der großen Zahl der Vertriebenen, können dies die ortsansässigen Pfarrer nicht allein bewältigen. Die Gottesdienste und kirchlichen Amtshandlungen haben diese zunächst selbst übernom-

²⁰⁴ Gutachten der Pfarrer Grosser - Brühl und Bücking – Wesseling über einen etwaigen Beschäftigungsauftrag für den Prediger Labuhn, AEvKB, 11-5,2.

²⁰⁵ Zu Aufbau und Tätigkeit des Kirchlichen Suchdienstes, Kossert S. 229 f.

men, aber auch hier ist Labuhn oft die gottesdienstliche Vertretung überlassen. Es handelt sich um sog. Flüchtlingsgottesdienste, die im Januar 1947 nur gelegentlich abgehalten werden. Deren ständige Einrichtung ist für Pfarrer Grosser ein erster Schritt um den „... zugezogenen Fremden das Heimischwerden im rheinischen Kirchenleben zu ermöglichen und zu erleichtern.“ Für die Betreuung der Vertriebenen erscheint Labuhn aufgrund des gemeinsamen Erfahrungshintergrundes besonders geeignet. Deshalb empfiehlt Grosser der rheinischen Kirchenleitung seine Beschäftigung. Die für die Vertriebenen neu eingerichteten Gottesdienststunden finden u.a. in den Ortsteilen Badorf und Vochem statt. Dort können Räume der katholischen Volksschulen einmal im Monat entsprechend genutzt werden.²⁰⁶ Dies spricht für das unproblematische Verhältnis der beiden großen Konfessionen zueinander.

Die große Zahl von evangelischen Vertriebenen veranlasst die Kirchengemeinde eine Flüchtlingspflegerin einzustellen, welche die Tätigkeiten des Predigers Labuhn unterstützt. Die Gemeinde trägt ein Drittel ihres Gehaltes, das Evangelische Hilfswerk zwei Drittel.²⁰⁷ Beschäftigt wird die Fürsorgerin vom 1. Mai 1947 bis Ende August 1948. Ihre Aufgabe besteht darin, die in die Gemeinde eingewiesenen Vertriebenen zu besuchen, sie in einer Kartei zu erfassen, „... ihnen in ihren ersten Bedrängnissen, Schwierigkeiten und Bedürfnissen beratend und vermittelnd zur Seite zu stehen und bei der Verteilung der unserer Gemeinde zugewiesenen Spenden des Evgl. Hilfswerkes mitzuwirken.“²⁰⁸ Im Oktober 1947 verfasst die Pflegerin einen Tätigkeitsbericht, aus dem eindringlich das Leid der Vertriebenen sowie die kirchlichen Betreuungsmaßnahmen hervorgehen.²⁰⁹

Die Kündigung der Flüchtlingspflegerin wird mit Sparmaßnahmen des Hilfswerkes und des Kölner Gesamtverbandes der Evangelischen Kirchengemeinden begründet. Nach der Währungsreform sind diese nicht mehr in der Lage Zuschüsse zum Gehalt von Flüchtlingspflegerinnen zu bezahlen. Die der Fürsorgerin bei der Einstellung übertragene Aufgabe „... kann ja jetzt auch als erfüllt und beendet angesehen werden. Die weitere kirchengemeindliche Betreuung der Flüchtlinge, die wir nunmehr als eingebürgerte Gemeindemitglieder anzusehen haben, wird durch uns selbst, bzw. unsere Gemeindeschwester erfolgen.“²¹⁰

Ein Zeitzeuge kommt zu einer kritischen Einschätzung des Wirkens von Pfarrer Grosser nach dem Krieg. Dieser habe sich während der nationalsozialistischen Diktatur große Ver-

²⁰⁶ Ebd.

²⁰⁷ Brief der Kirchengemeinde an den Ev. Gemeindedienst für Innere Mission, Abt. Hilfswerk der E.K.D. v. 16.5.1947, AEvKB, Pfarrakten I,1,13-3.

²⁰⁸ Pfarramtliches Zeugnis für Frau Potreck v. 18.8.1948, AEvKB, Pfarrakten I,1,13-3.

²⁰⁹ Tätigkeitsbericht v. Frau Potreck, AEvKB, Pfarrakten I,1,13-3, als Dokument 8.1.2.3 im Anhang, S. 66.

²¹⁰ Kündigungsschreiben d. Ev. Kirchengemeinde an Frau Potreck v. 14.7.1948, AEvKB, Pfarrakten I,1,13-3.

dienste im Widerstand erworben.²¹¹ Aber nach dem Krieg sei er mit den Verhältnissen nicht mehr zurechtgekommen und für die Betreuung der Flüchtlinge nicht geeignet gewesen. Seine „diktatorische“ Art habe nicht dazu beigetragen Vertrauen aufzubauen. So sei dafür gesorgt worden, dass Grosser nicht mehr allein die Lager besucht, da er Gefahr lief, durch unbedachte Äußerungen Empörung auszulösen. Zum Beispiel mit der Bemerkung, dass die Vertreibung gottgewollt gewesen sei.²¹²



Pfarrer Georg Grosser, Stadtarchiv Brühl

Stützende Hinweise für diese Einschätzung sind in einem Konflikt zwischen Pfarrer Grosser und der Flüchtlingspflegerin zu finden.²¹³ Dabei handelt es sich um eine Auseinandersetzung, ob diese bei der ihr zustehenden Mitwirkung bei der Verteilung von Hilfsgütern ausgeschlossen oder unberücksichtigt geblieben ist. Hier steht Aussage gegen Aussage. Jedoch lassen sich aus der Wortwahl von Pfarrer Grosser Erkenntnisse gewinnen: „Wir haben auch in unserer Gemeinde niemals solche Aufsässigkeiten und Empörungen gekannt, wie sie jetzt in der Flüchtlingsbetreuung hervortreten.“ Wie aus der Antwort hervorgeht, scheint die Fürsorgerin erst über Dritte erfahren zu haben, dass sie Mitglied der Verteilungskommission ist. Zu deren bisherigen Sitzungen sei sie aber nicht eingeladen gewesen. Weiter geht sie auf eine nicht dokumentierte Bemerkung des Pfarrers ein, dass ihre Versammlungen nur Hetzversammlungen seien. Sie fühlt sich tief gekränkt und beleidigt. Sie lade Vertriebene und Evakuierte zu Versammlungen und Veranstaltungen ein. Viele wollen kommen, fühlen sich

²¹¹ Wegen seiner Verdienste und „seiner unerschrockenen Haltung in der Zeit des Kirchenkampfes“ verlieh der Brühler Stadtrat Pfarrer Grosser 1963 die Ehrenbürgerrechte, Prasuhn 1985, S. 111.

²¹² Mitteilung Zeitzeuge Thoma, 8.3.2010.

²¹³ Briefwechsel zwischen Pfarrer Grosser und Flüchtlingsfürsorgerin im April und Mai 1948 in: Personalakte Potreck, AEvKB, Pfarrakten I,1,13-3.

aber zurückgesetzt, da sie keine gute Kleidung hätten. Auch Pfarrer Grosser sei zu jeder der bisher etwa 40 Veranstaltungen eingeladen gewesen, hätte aber immer wegen Überarbeitung abgesagt.

Für die Problembewältigung der evangelischen Vertriebenen ist die Tätigkeit des Predigers und der Flüchtlingspflegerin, besonders die individuelle Hilfe und Zuwendung, im Hinblick auf deren Integration in die Kirchengemeinde von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Gesteigert wird diese dadurch, dass Pfarrer Grosser für integrierende Tätigkeiten überlastet erscheint und wahrscheinlich alleine nicht in der Lage gewesen wäre die Vertriebenen im notwendigen Maße zu betreuen.

6. Die Interessensvertretung der Vertriebenen

Die Beteiligung der Vertriebenen in der Kommunalpolitik wird von den Vorstellungen der Besatzungsmacht bestimmt.²¹⁴ Die Briten lassen keinen Zweifel daran, dass sie bezüglich der Vertriebenen ein Assimilationskonzept verfolgen. Diese sind nicht nur vorübergehend aufzunehmen, sondern vollständig und endgültig zu integrieren. Deshalb sollen sie ihre Vorstellungen im Rahmen der lizenzierten Parteien artikulieren und nicht in separaten Interessengruppen. Um der Gefahr einer Minoritätenbildung vorzubeugen und um eine Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge zu erleichtern, wird der Zusammenschluss zu Flüchtlingsgemeinschaften im Januar 1946 verboten. Bereits bestehende Gruppen werden aufgelöst. Dies geschieht in Übereinstimmung mit den Oberpräsidenten bzw. Ministerpräsidenten. Dieses Koalitionsverbot wird erst im Zuge des sich herausbildenden Ost-West-Konflikts 1947 gelockert. Die Landesregierung will die Interessen der Vertriebenen durch Flüchtlingsausschüsse bzw. -beiräte kanalisieren. Vertreter von Behörden, Parteien, Wohlfahrtsorganisationen und der Flüchtlinge sollen in Beiräten und Kontrollausschüssen auf den verschiedenen Ebenen, von der Gemeinde über die Kreise und Regierungsbezirke bis zur Landesebene, zusammenarbeiten.

6.1 Flüchtlingsausschuss und Flüchtlingsbeirat

Die Einrichtung von Flüchtlingsausschüssen ist durch die Briten in Erwartung der Massentransporte schon im November 1945 angeordnet worden.²¹⁵ Sie sind zunächst mehr ein Gremium der Behörden, Ratsfraktionen und Wohlfahrtsverbände. Sie sind aber nicht konkret vorgeschrieben, im Landkreis Köln und in Brühl werden die Angelegenheiten der Vertriebenen in Zentralfürsorgeausschüssen behandelt. Der Stadtrat beruft zunächst im Februar 1947

²¹⁴ Steinert 1986, S. 12-61.

²¹⁵ Steinert 1986, S. 12 f.

einen Flüchtlingssprecher in den Wirtschaftsausschuss.²¹⁶ Aus nicht bekannten Gründen wird in der nächsten Sitzung des Rates die Wahl wiederholt und eine Flüchtlingsvertreterin gewählt.²¹⁷ Im Juni wird diese ebenfalls in den Zentralfürsorgeausschuss berufen.²¹⁸

Die Landesregierung regelt die Beteiligung der Vertriebenen in den für sie zuständigen Gremien durch Erlasse des Sozialministers im September 1947.²¹⁹ Für die Wahl in den Gemeinden wird der 11. November 1947 bestimmt. Der Brühler Flüchtlingsausschuss wird am 18. Januar 1948 aus sieben Flüchtlingsvertretern gebildet.²²⁰ Dieser benennt für verschiedene Ausschüsse beratende Mitglieder, sog. Flüchtlingssprecher, die vom Stadtrat bestätigt werden.²²¹ Vertriebene sind dadurch in folgenden Ausschüssen vertreten: Schulspeisung-, Bau-, Berufsschul-, Gemeindesiedlung-, Gewerbe-, Wohnungs- und Wirtschaftsausschuss. Weiter werden Flüchtlingsvertrauensmänner als Flüchtlingssprecher in die zehn Wirtschaftsunterausschüsse (vier in der Innenstadt, sechs in den anderen Ortsteilen) berufen. Nach der Kommunalwahl im Oktober 1948 werden diese Berufungen bestätigt.²²² Der Stadtrat bestimmt bei der Neubesetzung des Wohnungsausschusses, ein von der CDU benanntes Mitglied zur Flüchtlingsvertreterin, da dieses die Voraussetzung erfülle, wie eine Anfrage beim Flüchtlingsamt ergeben hätte.²²³

Nach § 13 des Landesflüchtlingsgesetzes vom Juni 1948 sind bei den einzelnen Verwaltungsstufen Flüchtlingsbeiräte zu bilden.²²⁴ Die Flüchtlingsausschüsse werden in Beiräte umbenannt, um Verwechslungen mit den parlamentarischen Ausschüssen zu vermeiden.²²⁵ Durch die Art der Zusammensetzung des Beirats als Interessensvertretung der Vertriebenen wird der Einfluss der gerade entstehenden Brühler Vertriebenenvereinigung (siehe unten 6.2) an den kommunalen Aufgaben von vornherein begrenzt. Obwohl Mitglieder der Interessengemeinschaft der Ostvertriebenen (IGOV) im Beirat vertreten sind, entstehen Konflikte.²²⁶ Die IGOV betreibt eine Unterschriftensammlung, um einzelnen Mitgliedern des Beirates das Misstrauen auszusprechen. Zudem wird eine „Nichtaktivität“ des Beirates bezüglich der primitiven Unterbringung der Flüchtlinge im Lager Heide bemängelt. Es folgt der Ausschluss eines Beiratsmitgliedes aus der IGOV. Die Auseinandersetzungen münden in einer hart geführten Aussprache in der Beiratssitzung vom 31. Mai 1949. Erst danach kommt es zu einer Verständigung. Die IGOV stellt ihre Aktivitäten gegen den Beirat ein und das ausgeschlos-

²¹⁶ Stadtrat, 12.2.1947, StAB 2, 341.

²¹⁷ Stadtrat, 3.3.1947, StAB 2, 341.

²¹⁸ Stadtrat, 9.6.1947, StAB 2, 593.

²¹⁹ Wlaschek 1983, S. 18 f.

²²⁰ Verwaltungsbericht 1945-1955, S. 146 f.

²²¹ Stadtrat, 5.4.1948, StAB 2, 593.

²²² Stadtrat, 6.12.1948, StAB 2, 593.

²²³ Stadtrat, 18.11.1948, StAB, 2, 588.

²²⁴ Wlaschek 1983, S. 34 ff.

²²⁵ Flüchtlingsbeirat, 31.1.1949, StAB 2, 933.

²²⁶ Protokolle des Flüchtlingsbeirats v. 29.3., 29.4., 31.5., 28.6.1949, StAB 2, 933.

sene Mitglied wird wiederaufgenommen. Nach dem Grundsatz, dass Spannungen am ehesten durch personelle Verflechtungen abgebaut werden, engagiert sich die IGOV bei den nächsten Beiratswahlen.

Die Neuwahl findet am 13.11.1949 statt, die konstituierende Sitzung des Beirats am 5.1.1950. Bei der Wahl können nur in acht von zehn Bezirken ein oder mehrere Kandidaten aufgestellt werden. Nur in zwei Bezirken finden überhaupt Wahlen statt, da dort jeweils zwei Kandidaturen angemeldet werden. Somit werden sechs Kandidaten ohne Wahl bestimmt. Die IGOV stellt sechs der „direkt“ gewählten Mitglieder.²²⁷ Für die zwei nicht besetzten Bezirke werden vom neuen Beirat Vertrauensmänner eingesetzt. Angesichts von über 2.000 Vertriebenen und Flüchtlingen in Brühl eine schwache Form der Beteiligung. Zu den gewählten Flüchtlingsvertretern, darunter der 1. und der 2. Vorsitzende der Interessensgemeinschaft, beruft die Stadt weitere Mitglieder aus den Reihen der Wohlfahrtsverbände (AWO, Caritas, Innere Mission) und anderer interessierter Organisationen (Arbeitsamt) sowie Vertreter der Stadtverwaltung (Sozial- und Wohnungsamt). Bei der Wahl des Beiratsvorsitzenden setzt sich der 2. Vorsitzende der IGOV in einer Kampfabstimmung durch. Weiter werden Flüchtlingssprecher für fünf Ratsausschüsse benannt (Bau-, Gemeindesiedlung-, Gewerbe-, Wohnungs- und Wohlfahrtsausschuss), die später vom Stadtrat bestätigt werden.

Zu den Aufgaben des Beirates gehören Stellungnahmen zur Vergabe von verschiedenen Beihilfen, besonders von Ausbildungsbeihilfen. Ab Juni 1951 werden, auf Anordnung der Kreisverwaltung, auch Stellungnahmen zu Bauzuschussanträgen beraten.²²⁸ Dabei handelt es sich um die Gewährung von verlorenen Zuschüssen zur Erstellung von Wohnungen für Vertriebene. Weiter wird nach den Vorgaben des Landesflüchtlingsgesetzes (§ 15) ein Schlichtungsausschuss aus drei Mitgliedern des Beirats gebildet. Dessen Aufgabe ist die Vermittlung bei Streitigkeiten zwischen Flüchtlingen und Einheimischen und Flüchtlingen untereinander.²²⁹ Ziel ist die Herbeiführung einer gütlichen Einigung bevor Gerichte oder Behörden eine Entscheidung treffen. Eine Schlichtung wird selten gewünscht. 1951 sind zwei Fälle, in 1952 ist nur einer behandelt worden.²³⁰ Alle drei Fälle betreffen Differenzen zwischen Mietern und Vermietern. Da der Ausschuss nur in wenigen Fällen angerufen wird zeigt, dass seine ausgleichende und damit die Integration fördernde Funktion nicht angenommen wird.

²²⁷ BvD-Heimatbrief 1/1950, StAB, Bestand Winkler.

²²⁸ Flüchtlingsbeirat, 26.6.1951, StAB 2, 933.

²²⁹ Müller 1949, S. 66.

²³⁰ Besonders im Vergleich zu den Fallzahlen aus 1948 und 1949 bei der Schlichtungsstelle des Kreises und der Spruchkammer der Bezirksregierung, siehe Kapitel 3.3.4.

Das wichtigste Aufgabenfeld für den Beirat ist die Wohnungssituation von Vertriebenen und Flüchtlingen.²³¹ Auf den Beiratssitzungen kommt wiederholt die als unzureichend eingeschätzte Unterbringung der Vertriebenen zur Sprache. Besonders in den Sprechstunden des Vorsitzenden werden hauptsächlich Wohnungsprobleme besprochen.²³² Aus deshalb beantragt der Beirat beim Stadtrat die Rücknahme des Beschlusses zur Lockerung der Wohnungswirtschaft. Zur Begründung heißt es, dass durch „diese Maßnahme vielen unzulänglich untergebrachten Vertriebenenfamilien unmöglich geworden sei, jemals eine einigermaßen geeignete Wohnung zu erhalten.“²³³

Den Vertriebenen und Flüchtlingen werden durch den Beirat Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte eingeräumt. Die Beteiligung an der Problembewältigung ist sinnvoll, um die beabsichtigte Integration der Vertriebenen zu erreichen. Das Wahlverfahren und die rechtliche Verankerung im Landesflüchtlingsgesetz dürften mit dazu beigetragen haben, vorhandene Spannungen abzubauen.²³⁴ Trotzdem ist das Interesse der Vertriebenen in Brühl zur Mitarbeit im Beirat gering. Durch das Bundesvertriebenenengesetz 1953 werden die Flüchtlingsbeiräte neu organisiert. Sie setzen sich nur noch aus drei Flüchtlingsvertretern (zwei Vertriebene, ein SBZ-Flüchtling) zusammen.²³⁵ Diese werden vom Kreisvertriebenenbeirat benannt und vom Stadtrat bestätigt.²³⁶ Die Schlichtungskommission wird abgeschafft und Stellungnahmen für Beihilfen und Baukostenzuschüsse werden nicht mehr eingeholt. Dies bedeutet einen Bedeutungsverlust, die Herabstufung zu einem reinen Informationsgremium.

6.2 Der Bund der vertriebenen Deutschen

1948 werden Flüchtlingsvereinigungen mit sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Zielsetzungen bis zur Kreisebene wieder erlaubt.²³⁷ Auf lokaler Ebene dienen sie den Vertriebenen als Ansprechpartner für ihre Nöte und Sorgen. Die 1949 gegründeten Zusammenschlüsse auf Landes- und Bundesebene erfüllen vor allem den Zweck der Beschaffung und Weitergabe von Informationen.²³⁸ Mit der Selbstbezeichnung als Vertriebene bzw. Heimatvertriebene wird den verschiedenen Landsmannschaften eine integrierende Klammer zum Zusammenschluss geboten. Gleichzeitig ist mit ihr eine Abgrenzung zu anderen Flüchtlingsgruppen impliziert.

²³¹ Dies wird ausdrücklich vom Zeitzeugen Philipp bestätigt, der, mit Unterbrechungen, über Jahrzehnte in verschiedenen Positionen im Beirat aktiv war.

²³² Von 180 Hilfsgesuchen betreffen 70 Prozent Wohnungsprobleme, Jahresbericht des Flüchtlingsbeirats 1951, Flüchtlingsbeirat, 31.1.1952, StAB 2, 933.

²³³ Flüchtlingsbeirat, 29.11.1951, StAB 2, 933. Zum Thema Wohnungsraumbewirtschaftung siehe 6.2 und 6.3.

²³⁴ Steinert 1986, S.23.

²³⁵ Verwaltungsbericht 1945-1955, S. 147.

²³⁶ Stadtrat, 23.7.1954, StAB 2, 623.

²³⁷ Steinert 1986, S. 56 f.

²³⁸ Steinert 1986, S. 105-111.

Am 5. Mai 1948 findet die Gründungsversammlung der Interessensgemeinschaft der Ostvertriebenen, Ortsvereinigung Brühl (IGOV) statt.²³⁹ Es finden zwei Umbenennungen statt. 1950 zum Ortsverband der vertriebenen Deutschen e.V., Brühl und 1963 zum Ortsverband der vertriebenen Deutschen e.V., Brühl im BvD. Bis Ende des Jahres 1948 werden 558 Mitglieder gezählt. Bis März 1956 steigt die Mitgliederzahl auf 830. Bis 1961 sinkt sie auf 636, bleibt dann bis 1970 konstant über 600. Damit ist der BvD bis zum Ende des Berichtszeitraums 1961 der größte Brühler Verein.²⁴⁰ Schon bald erscheint eine monatlich herausgegebene Mitgliederinformation, der Heimatbrief. Dieser ist bis Mai 1953 ein Organ des Ortsverbandes. Ab Juni 1953 bis Ende 1972 wird er als Mitteilungsblatt des Kreisverbandes fortgeführt.



IGOV Brühl, erster Heimatbrief, Januar 1949, Stadtarchiv Brühl, Bestand Winkler.

²³⁹ Dieser Abschnitt stützt sich im Wesentlichen auf die Dokumente im Bestand Winkler im StAB.

²⁴⁰ KR, 22.3.1956.

Ziel des BvD ist es, die Vertriebenen und Flüchtlinge in allen Fragen der Existenzgründung und -sicherung, des täglichen Lebens, der Wohnraumbeschaffung, der Rentenberatung und später der Beratung beim Lastenausgleich, der Suche nach Angehörigen etc. zu beraten und ihre Sache vor den Behörden und Ämtern zu vertreten. Zum anderen soll auch das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt, heimatliche Sitten und Gebräuche weitergepflegt, Kulturgüter erhalten und nicht zuletzt, das Recht auf Heimat, Selbstbestimmung, Freiheit und Frieden verteidigt und erstritten werden.²⁴¹

Ein wichtiges Betätigungsfeld ist die Sozialarbeit. Angefangen mit der Verteilung von Paketspenden an über 65 Jahre alte Mitglieder im Dezember 1949, den Verkauf verbilligter Waren über das „Sozialwerk der Heimatvertriebenen für den Landkreis Köln“ mit Geschäftsstelle in Brühl (ab September 1950) bis zur verbilligten Abgabe von Hausbrand und Briketts an bedürftige Mitglieder durch das Gruhlwerk in den Wintern 1950/51 und 1951/52. Die Sozialarbeit wird fortgeführt in Sammlungen für Notaufnahmelager und Paketsendungen in die DDR. Weitere Serviceleistungen sind die monatlichen und kostenlosen Rechtsberatungen durch einen dem Ortsverband angehörenden Anwalt, sowie die wöchentlichen Sprechstunden des Vorsitzenden. Weitere soziale Aktivitäten sind die Einrichtung einer Sterbekasse, Beratungen in Angelegenheiten des Lastenausgleichs, der Rente, Familienzusammenführung, DRK-Suchanträge etc. sowie die Vermittlung von Ferienaufenthalten bzw. Lehrgänge für Jugendliche und Müttererholungskuren.

Die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls wird durch gesellige Zusammenkünfte, wie Tanz- und Heimatabende sowie Kirmesbälle, Maikränzchen, Schlachtessen, Weihnachtsfeiern etc. gefördert. Dazu gehören die monatlichen Treffen der Frauengruppe seit Anfang 1951. Die Gruppe bietet zudem wöchentlich Nähtreffen an (mit Stellung von Nähmaschinen), eine Art der Hilfe zur Selbsthilfe. Schon früh widmen sich die Vertriebenen dem Karneval. Von 1949 bis 1954 wird jährlich einmal gefeiert, ab 1955 bis 1958 zweimal jährlich und ab 1959 werden drei Karnevalsfeiern pro Jahr angeboten. Das Feiern einheimischer Feste könnte als großer Integrationsschritt gesehen werden. Zeitzeuge Philipp meint aber, dass die Vertriebenen dabei meist unter sich gewesen sind.²⁴² Überhaupt hätten sich nur wenige Einheimische für die Veranstaltungen des BvD interessiert. Zum weiteren Angebot des Ortsverbandes gehören Ausflüge in die nähere Umgebung. Zum Kulturangebot gehören zudem Lichtbildvorträge über die alte Heimat²⁴³, Filmvorführungen, und Puppenspiele.

²⁴¹ Aus dem Vorwort der chronikartigen Zusammenstellung zum 30jährigen Bestehen des Ortsverbandes, StAB, Bestand Winkler.

²⁴² Trotzdem gehört der BvD 1970 zu den Gründungsmitgliedern des „Festausschusses Brühler Karneval“.

²⁴³ Mit Titeln, wie „Die Heimat grüßt“, „Ostland, unvergessene deutsche Heimat“ oder „Deutsches Ordensland“.

Eine Jugendgruppe wird 1949 gegründet und 1951 in die Deutsche Jugend des Ostens (DJO) eingebunden. Bis Ende 1957 werden über 100 Mitglieder gezählt, die zahlreiche Aktivitäten betreiben. Nach mehrjährigen Bemühungen erhält die Gruppe im September 1957 ein Jugendheim. Dieses wird auch für die Vorstandssitzungen des Ortsverbandes und von der Frauengruppe genutzt. Die Hochzeit der DJO ist die zweite Hälfte der 1950er Jahre. Nachdem der seit 1956 amtierende Vorsitzende aber diese Funktion 1959 aufgeben muss, löst sich die Gruppe schnell auf. Ende 1960 wird deshalb das Jugendheim geschlossen.

Einer der jährlichen Höhepunkte sind die Veranstaltungen zum Tag der Heimat. An diesem nehmen auch die Einheimischen größeren Anteil.²⁴⁴ Das Programm 1954 beginnt mit Gottesdiensten beider Bekenntnisse.²⁴⁵ Anschließend wird in einem Kino der Film „Kreuzzug der Freiheit“ gezeigt. Am Nachmittag folgt die Feierstunde. Diese findet ihren Abschluss im Singen des Deutschlandliedes, wo „die Gemeinsamkeit ... litt unter der Unentschiedenheit, welche Strophe gesungen werden sollte“. In der Einladung zur Feier 1955 werden wohl deshalb alle drei Strophen abgedruckt, in der Einladung 1956 allerdings nur das Singen der 3. Strophe angekündigt. Auf Anregung des BvD veranstaltet die Stadt zudem von 1954-1966 am 17. Juni eine Gedenkveranstaltung zum Juniaufstand 1953 in der DDR.²⁴⁶

Der IGOV- bzw. BvD-Ortsverband Brühl bemüht sich, keine Zersplitterung der Vertriebenen auf lokaler Ebene entstehen zu lassen. Deutlich wird dies in einem Aufruf des Vorsitzenden im Januar 1950: „Wir müssen ... erkennen, dass wir hier im Westen in 1. Linie ostdeutsche Menschen sind ... Es gibt für uns ... nur die Organisation der Interessengemeinschaft der Ostvertriebenen, in der sich alle Landsmannschaften vereinigen und eingliedern.“²⁴⁷ Ende 1950 erfolgt der Zusammenschluss mit der Landsmannschaft Ostseestrand. Die Gründung einer „Pommerschen Landsmannschaft“ wird nicht unterstützt.²⁴⁸ Über das Wirken der Ortsgruppe der Sudetendeutschen Landsmannschaft ist wenig bekannt. Erstmals belegt ist sie im September 1954 mit einer Feierstunde am Vorabend des Tages der Heimat.²⁴⁹ Spätestens 1959 suchen die Ortsgruppen von BvD und Sudetendeutscher Landsmannschaft die Zusammenarbeit.²⁵⁰ Ein Jahr später steht der Zusammenschluss kurz bevor, wie aus Äußerungen der beiden Vorsitzenden auf der Jahreshauptversammlung des BvD 1960 deutlich wird.²⁵¹ Zur Fusion kommt es schließlich nicht, was aus der Mitgliederstatistik des BvD deut-

²⁴⁴ KR, 14.9.1954.

²⁴⁵ Sitzung des erweiterten Vorstands v. 19.8.1954, Protokollbuch der BvD-Ortsgruppe, StAB, Bestand Winkler.

²⁴⁶ Sitzung des erweiterten Vorstands v. 3.6.1954, Protokollbuch der BvD-Ortsgruppe, StAB, Bestand Winkler u. KStA, 19.6.1954.

²⁴⁷ Heimatbrief 1/1950, StAB, Bestand Winkler.

²⁴⁸ „Eine Ortsgruppe der „Pommerschen Landsmannschaft“ für Brühl ist nicht vorteilhaft!“, Protokoll der erweiterten Vorstandssitzung des BvD v. 20.5.1954, Protokollbuch der BvD-Ortsgruppe, StAB, Bestand Winkler.

²⁴⁹ KR, 15.9.1954. Die Ortsgruppe muss schon länger bestehen, da ihr Gründer, Herr Hesse, auf dieser Veranstaltung zum Ehrenmitglied ernannt wird.

²⁵⁰ Bericht über die Jahreshauptversammlung des BvD, KR, 17.3.1959.

²⁵¹ NRZ, 22.3.1960, KStA u. KR, 23.3.1960.

lich wird, die keine Steigerung zeigt. Zeitzeuge Philipp erwähnt nur kurz, dass die Sudeten-deutschen eine kleine Gruppe bildeten, über deren Tätigkeiten er nichts sagen könne.

Heimatbrief

des Kreisverbandes der vertriebenen Deutschen
im BVD
Köln-Land

Preis 20 Pf.

Köln, 1. September 1958

Jahrgang 1958



Großkundgebung

zum Tage der deutschen Heimat in Brühl

Auf Anregung des Herrn Regierungspräsidenten findet am Sonntag, dem 14. September 1958 in Brühl, Belvedere um 17 Uhr obige Großkundgebung mit den Ortsgruppen Brühl, Meschenich, Rondorf-Immendorf, Wesseling und Sürth statt. Diese Veranstaltung, an der voraussichtlich der Herr Regierungspräsident und der Herr Oberkreisdirektor teilnehmen wird, muß ein machtvolles Bekenntnis der Vertriebenen zu unserer alten Heimat werden. Die Teilnahme aller Mitglieder der Ortsverbände ist eine Ehrenpflicht unserer Heimat u. unseren Vorfahren gegenüber.



Stadtarchiv Brühl, Bestand Winkler.

Einer der wenigen Hinweise für Kontakte zur evangelischen Kirche findet sich im Protokollbuch des Presbyteriums.²⁵² Der Vorsitzende des BvD beantragt für seine Organisation die regelmäßige Nutzung des Gemeindehauses. Da kein weiterer Eintrag bezüglich dieses Wunsches erfolgt, wird es nicht zu einer Vereinbarung gekommen sein. Es gibt keine weiteren Hinweise auf nähere Kontakte zur evangelischen Gemeinde. Angesichts der Tatsache, dass die meisten Vertriebenen evangelisch sind und der schon beschriebenen Tätigkeiten

²⁵² AEvKB Protokollbuch, Eintrag vom 3.4.1951, S. 146-149, hier S. 148 f.

des Predigers Labuhn in der evangelischen Flüchtlingsfürsorge, kann dies als ein Zeichen für eine gewisse Distanz gewertet werden.²⁵³

Das beherrschende politische Thema, welches den BvD beschäftigt, ist die Wohnungswirtschaft, speziell die 1951 die vom Stadtrat beschlossene Lockerung der Wohnraumbewirtschaftung. Der BvD sieht in erster Linie die Vertriebenen als Opfer des Beschlusses.²⁵⁴ Durch den Beschluss würden zudem zahlreiche Gesetze missachtet. Dies bestätige ein Runderlass des Ministers für Wiederaufbau. Der BvD legt deshalb im Oktober 1951 formell Einspruch gegen den Ratsbeschluss ein.²⁵⁵ 1952 geht der BvD einen Schritt weiter und verklagt die Stadt.²⁵⁶ Das Landesverwaltungsgericht weist die Klage aus formalen Gründen ab, da Popularklagen dort nicht zulässig sind und der BvD nicht direkt durch die Maßnahmen der Stadt betroffen ist. Schließlich fordert der BvD sogar die Einsetzung eines Regierungskommissars, der die Einrichtung und Lenkung eines nach den bestehenden Gesetzen funktionierenden Wohnungsamtes in seine Hände nimmt.²⁵⁷ Die durch den BvD hart geführte Auseinandersetzung führte schließlich dazu, dass die Wohnbauleistungen für die Vertriebenen mit denen der anderen Geschädigten aufgerechnet werden.²⁵⁸

6.3 Der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)

6.3.1 Die Gründung und Entwicklung der Partei²⁵⁹

Im Januar 1951 konstituiert sich die Partei in Bad Godesberg auf Bundesebene. Prägend war der antisozialistische Grundkonsens. Auf dem Parteitag in Goslar im September 1952 wird der Name Gesamtdeutscher Block / BHE (GB/BHE) angenommen. Grund ist die Erwartung, bei steigender Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge für alle Deutschen wählbar zu werden. Oberstes Ziel des BHE ist die Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen von 1937. Forderungen nach stärkerer Berücksichtigung der Belange der Heimatvertriebenen wie ein gerechter Lastenausgleich, verstärkte Ansiedlung vertriebener Landwirte sowie die Aufnahme des Rechts auf Heimat in das Völkerrecht sind auf die spezifische Zielgruppe der Partei, die Vertriebenen und Flüchtlinge zugeschnitten. Das Dilemma der Partei besteht darin, dass die soziale Integration der Vertriebenen oder zumindest deren materielle Besserstellung in den 50er Jahren rasche Fortschritte macht und ihre spezielle Interessensvertretung einen immer kleiner werdenden Kreis als wichtig und notwendig erscheint. Im Dezember 1960 wird die Vereinigung mit der Deutschen Partei (DP) zur Gesamtdeutschen Partei

²⁵³ Zeitzeuge Philipp erinnert sich nicht an nähere Kontakte zur evangelischen Kirche.

²⁵⁴ Heimatbrief 10/1951, StAB, Bestand Winkler, KStA, 2.10.1951.

²⁵⁵ Heimatbrief 11/1951, StAB, Bestand Winkler.

²⁵⁶ KStA, 11.7.1952.

²⁵⁷ KStA, 14.11.1952 u. KR, 18.11.1952.

²⁵⁸ Unzufriedenheit als Daseinsprinzip, KR, 13.5.1953 u. Vertriebene und Zuteilung von Wohnraum, KStA, 28.7.1954.

²⁵⁹ Zur Entwicklung des BHE auf Bundes- und Landesebene, Neumann 1966 und Ackermann 1993.

(GDP) beschlossen und im April 1961 vollzogen. Der Wiedereinzug in den Bundestag misslingt. Danach zerfällt die Partei und löst sich Ende der 1960er Jahre auf.

Eine Ortsgruppe des BHE wird in Brühl erst wenige Wochen vor der Kommunalwahl 1952 gegründet.²⁶⁰ Dem BHE gelingt es dennoch einen Wahlvorschlag mit Kandidaten für alle Wahlkreise und einer Reserveliste einzureichen. Zwischen dem BHE und dem Stadtdirektor als Wahlleiter ergeben sich Unstimmigkeiten über die Auslegung des Wahlgesetzes. Dadurch kann der Wahlvorschlag des BHE erst kurz vor der Wahl veröffentlicht werden. Der BHE klagt gegen die Entscheidung des Wahlleiters, verliert aber die folgenden Prozesse.²⁶¹ Die erste nachweisbare öffentliche Veranstaltung findet am 29. Oktober 1952 im Hotel Belvedere statt.²⁶² Seit dem Beschluss zur Lockerung der Wohnraumzwangswirtschaft ist der Kampf für dessen Rücknahme das beherrschende Thema des BvD. Es stellt sich die Frage, ob aus diesem Engagement ein Gründungsimpuls für den BHE in Brühl abzuleiten ist. Zur Enttäuschung des BvD haben, trotz seiner rechtlichen Bedenken, keine Behörde und keiner der Stadträte den Antrag gestellt, den Beschluss zu annullieren.²⁶³

Der BvD ruft zur Wahl des BHE auf. „Der Ortsverband ist keine politische Partei. Eine Vertretung unserer Interessen im Stadtrat ist aber ebenso berechtigt wie notwendig. Die einzige Partei, die gewillt ist, diese Berechtigung vorbehaltlos anzuerkennen, ist der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten. Nachdem die Verhandlungen mit den anderen Parteien gescheitert sind, kam es zu einem Abkommen mit dem BHE. Von gewisser Seite erhobene Forderungen, den Ortsverband in den BHE zu überführen, wurden abgelehnt. Wir arbeiten also weiter wie bisher. Gemäß einer Verlautbarung von Dr. Kanther²⁶⁴, die kürzlich veröffentlicht wurde, empfehlen wir allen Vertriebenen, unabhängig von ihrer derzeitigen Parteizugehörigkeit, ihre Stimme ausnahmslos für Stadtrat und Kreistag für den BHE abzugeben und damit die von uns dem BHE namhaft gemachten Kandidaten zu wählen. Wer sich der Wahlpflicht entzieht, schwächt unsere Front.“²⁶⁵

Bei der Stadtratswahl am 9. November 1952 erhält der BHE 1087 Stimmen. Dies entspricht 7,1 Prozent. Drei Vertreter ziehen über die Reserveliste in den Stadtrat ein. Zwei sind Ver-

²⁶⁰ Wahlen 1945-1952, S. 52, Heimatbrief 8/1953, S.3, StAB, Bestand Winkler.

²⁶¹ KStA, 7.11.1952 u. KR, 29.9.1953, Stadtrat, 23.3.1953, StAB 2, 613. Der BHE wollte eine Reserveliste mit 60 Kandidaten einreichen. Der Stadtdirektor verweigerte dies, da nach § 20, Abs. 3 der Gemeindeordnung nur die doppelte Anzahl der zu wählenden Ratsmitglieder auf die Liste gesetzt werden dürften. Die Ansicht des Stadtdirektors, dass sich dies auf die direkt zu wählenden Vertreter (in Brühl 15) bezieht, wird von Landes- und Oberverwaltungsgericht bestätigt.

²⁶² KStA, 28.10.1952.

²⁶³ BvD-Heimatbrief 10/1951, StAB, Bestand Winkler.

²⁶⁴ Linus Kather, 1951-58 Bundesvorsitzender des BvD, wechselte 1954 als Bundestagsabgeordneter von der CDU zum BHE.

²⁶⁵ Heimatbrief 11/1952, S. 5, StAB, Bestand Winkler.

triebene (Hoffmann und Schroeter), Kolvenbach ein Bombengeschädigter.²⁶⁶ Dies zeigt, dass es dem BHE in Brühl gelingt, auch Einheimische für sich zu gewinnen. BHE und SPD (11 Sitze) müssen sich trotzdem mit der Oppositionsrolle begnügen. Ein Bündnis dieser Parteien wäre durch die gemeinsamen Positionen in der Wohnungspolitik tragfähig gewesen. Ihnen steht aber eine Mehrheit aus CDU (14 Sitze) und FDP (2 Sitze) gegenüber. Die KPD ist nicht mehr im Rat vertreten. Nach der Wahl heißt es im Tätigkeitsbericht des BvD-Vorsitzenden für 1952: „Die von uns dem BHE namhaft gemachten Stadträte haben im Kampf um unser Recht ihre Arbeit aufgenommen und ihre ersten Proben erfolgreich bestanden. Glück zu, Glück auf!“²⁶⁷

Die im Wahlaufuf ange deuteten personellen Überschneidungen bei BvD und BHE werden durch die neuen Ratsmitglieder Hoffmann und Schroeter personifiziert. Hoffmann war 1949/50 Vorsitzender der IGOV und gehörte ebenfalls dem Flüchtlingsbeirat an. Schroeter wird BHE-Kandidat zur Bundestagswahl 1953.²⁶⁸ Zudem wird der Vorsitzende des BvD-Brühl Adelt Landtagskandidat 1954.²⁶⁹ Adelt, inzwischen auch Kreisvorsitzender des BvD, wird zudem Spitzenkandidat bei der Kreistagswahl 1956.²⁷⁰

Anlässlich der Kommunalwahl 1956 ruft der BvD wieder zur Wahl des BHE auf.²⁷¹ Ein erster Rückschlag kurz vor der Wahl, ist der Wechsel des Ratsherren Schroeter zur CDU.²⁷² Wesentlich verhängnisvoller ist es aber, dass der GB/BHE in fünf von 15 Wahlkreisen auf Kandidaten verzichtet.²⁷³ Der „Verzicht“ beruht auf einem organisatorischen Fehler des BHE.²⁷⁴ Dieser hat für diese Wahlkreise Personen angesprochen, die bereit waren zu kandidieren. Durch die urlaubsbedingte Abwesenheit eines BHE-Funktionärs wird es aber versäumt, rechtzeitig die notwendigen Einverständniserklärungen einzuholen. Dem BHE fehlen aus diesen Wahlkreisen die Stimmen, die wahrscheinlich für den Wiedereinzug in den Stadtrat gereicht hätten. Bei der zeitgleich stattfindenden Kreistagswahl erhält die Partei genau fünf Prozent der Stimmen im Brühler Stadtgebiet. Damit hätte der BHE die Sperrklausel in Brühl übersprungen. Von diesem Rückschlag hat sich der Ortverband nicht mehr erholt. Zur Kommunalwahl 1961 tritt der BHE bzw. GDP nicht mehr an. Kurz darauf löst sich die Ortsgruppe Brühl auf.²⁷⁵

²⁶⁶ Wahlen 1945-1952, S. 56 f., 64 f., Stat. Jb. 1952 /53, S. 168 f., KR, 14.11.1952.

²⁶⁷ Heimatbrief 1/1953, S. 6, StAB, Bestand Winkler.

²⁶⁸ Vorstellung des Kandidaten im Heimatbrief 8/1953, S. 3. Es folgen ein Wahlaufuf im Heimatbrief 9/1953 und ein Wahlkommentar Heimatbrief 10/1953, StAB, Bestand Winkler.

²⁶⁹ Wahlaufuf im Heimatbrief 6/1954, StAB, Bestand Winkler.

²⁷⁰ Adelt wird am 9.11.1956, kurz nach der Kommunalwahl, „wegen schwerwiegender Verfehlungen im Dienst“ verhaftet und begeht am 13.11. in der Haft Selbstmord, KR, 14.11.1956.

²⁷¹ BvD-Heimatbrief, Sonderblatt Wahl, StAB, Bestand Winkler.

²⁷² KR, 15.10.1956

²⁷³ KR, 15.10.1956.

²⁷⁴ Mitteilung des Zeitzeugen Philipp, der 1952 und 1956 BHE-Stadtratskandidat war.

²⁷⁵ Mitteilung des Zeitzeugen Philipp: die BHE-Ortsgruppe löste sich „Anfang der sechziger Jahre“ auf.

6.3.2 Der BHE im Rat der Stadt Brühl 1952-1956

Als wichtigstes Wahlkampfinstrument des BHE, kann das Mitgliederorgan des BvD, der Heimatbrief, gesehen werden. Kurz vor der Wahl wird dort der Stadtverwaltung vorgeworfen sich „mehr als 1 ½ Jahre auf dem Gebiet der Wohnraumbewirtschaftung die gesetzlichen Bestimmungen außer Acht gelassen“ zu haben. Dem Stadtrat wird vorgehalten sich „über den Willen des Gesetzgebers und der Regierung hinweggesetzt“ zu haben.²⁷⁶ In der Kölnischen Rundschau werden diese „Unrichtigkeiten“ zur Wohnraumbewirtschaftung kritisiert. „Und wenn mit solchen notorischen Falschheiten für die Kandidaturen des BHE geworben wird, so werden sich besonnene und verständige Ostvertriebene von solchen Machenschaften fernhalten. Sie wissen: Bisher haben die großen Parteien die Belange der Flüchtlinge erfolgreich vertreten (Beispiele: 60 v.H. der Neubauwohnungen für sie; Flüchtlingskredite; gesicherte Arbeitsplätze). Niemand von ihnen vermag zu glauben, daß in Zukunft eine kleine Interessensgruppe (BHE) gleiches für sie erreichen kann.“²⁷⁷ Der BHE wird also als Konkurrenz ernst genommen, da er als eine Art politischer Flügel des BvD die Debatte über Wohnungsfragen, insbesondere die Diskussion über die Lockerung der Wohnungswirtschaft, auf politischer Ebene fortführt.

Der BHE beantragt folgerichtig in der ersten Ratssitzung nach der Wahl die Aufhebung des Ratsbeschlusses zur Lockerung der Wohnungsbewirtschaftung.²⁷⁸ CDU und FDP lassen aber nur Ergänzungen zu, da ein Missbrauch der Lockerung feststellbar ist und der Regierungspräsident, nach einer Eingabe des BvD, den Beschluss beanstandet hatte.²⁷⁹

In der Folge forderte die BHE-Fraktion aber immer wieder die Wiedereinrichtung eines Wohnungsausschusses.²⁸⁰ Dies gelingt aber erst nachdem in NRW ein neues Wohnungsgesetz erlassen wird, dass Bestimmungen enthalten, die die Einrichtung eines Wohnungsausschusses zulassen. Mit dieser Begründung stellt der BHE erneut einen entsprechenden Antrag. Diesmal gelingt es aber die FDP für den Antrag zu gewinnen, so dass eine Mehrheit die Einrichtung des Ausschusses beschließt. Die CDU boykottiert diesen zunächst, da sie ihn für kompetenzlos hält.²⁸¹ Die Befugnisse des Ausschusses werden aber, gegen die CDU-Stimmen, aufgewertet.²⁸² Auf diese Weise erhält der BHE, neben dem Stadtrat, ein weiteres Forum, für sein wichtigstes Anliegen.

²⁷⁶ BvD-Heimatbrief 11/1952, StAB, Bestand Winkler.

²⁷⁷ KR, 6.11.1952. Die KR ist seit der Zulassung 1945 als eindeutig CDU-orientiert zu sehen. Ähnlich tendieren die RZ und ihre Nachfolger zur SPD.

²⁷⁸ Hauptausschuss, 19.1.1953, S. 8 f, StAB 2, 770.

²⁷⁹ KStA, 11.7.1952.

²⁸⁰ Z.B. Stadtrat, 26.6.1953, StAB 2, 613 u. KstA, 14.7.1954.

²⁸¹ KR, 26.7.1954.

²⁸² NRZ u. KR, 6.10.1954.

Die Konkurrenz um Wohnraum verschärft sich durch die Zuweisungen von SBZ-Flüchtlingen. Die Stadt ist gesetzlich verpflichtet für sie neue Wohnungen bereit zu stellen. Damit ist auch der BHE nicht einverstanden, da noch über 1.200 Familien, darunter viele schon lange in Brühl wohnende Vertriebene, immer noch auf passende Wohnungen warten müssen.²⁸³ Die SBZ-Flüchtlinge werden also als Konkurrenten um das knappe Gut Wohnung gesehen. Dies hängt damit zusammen, dass 1954 der Anteil der Vertriebenen an der wohnungssuchenden Bevölkerung 25,2 Prozent beträgt. Damit ist dieser immer noch wesentlich größer als Anteil der Vertriebenen an der Gesamteinwohnerzahl von 13,1 Prozent.²⁸⁴

Im September 1954 kündigt der BHE-Ratsherr Kolvenbach, aus familiären Gründen und aus Arbeitsüberlastung seinen Rücktritt an.²⁸⁵ Wahrscheinlich ist er aber zurückgetreten, weil er im Rat gegen die Bildung eines Wohnungsausschusses gestimmt hat.²⁸⁶ Da dies das zentrale Anliegen des BHE ist, ist es nicht verwunderlich, dass er Probleme mit Partei und BvD bekommt. Der BvD-Vorstand sieht im Rücktritt einen kleinen Erfolg für sich.²⁸⁷ Kolvenbach sei nicht dazu gezwungen worden. Durch entsprechende Aufklärung soll die öffentliche Meinung revidiert und beruhigt werden. Als Nachfolger steht der 2. Vorsitzende des BvD Philipp bereit.²⁸⁸ Bis zur Neufassung des Kommunalwahlgesetzes im Juni 1954, stand es der betreffenden Partei frei einen beliebigen Nachfolger aus der Reserveliste zu wählen. Nun aber ist die Nachfolge durch die Reihenfolge auf der Liste zwingend vorgeschrieben. Kolvenbach ändert jedenfalls seine Meinung und bleibt im Rat, wahrscheinlich um Philipp zu verhindern.

Neben den Aktivitäten in der Wohnungspolitik fällt die BHE-Fraktion durch die Forderung nach einem Sozialgroschen auf.²⁸⁹ Die, durch einen Aufschlag zu jeder verkauften Eintrittskarte für karnevalistische Veranstaltungen eingenommenen Mittel sollen dem Sozialamt zur Gründung eines Sozialfonds für besonders dringende Fälle zur Verfügung gestellt werden. Da die Vereine nicht dazu gezwungen werden können, bleibt es bei einem Aufruf an die Karnevalvereine einen Zuschlag von 10 Pfennig zu erheben und dieses Geld an Bedürftige zu spenden.²⁹⁰ Im April 1953 regt der BHE an, zum Zeichen der Verbundenheit mit den Heimatvertriebenen, Straßen nach Städten im Osten zu benennen.²⁹¹ Dieser Anregung wird aber erst nach 1961 gefolgt.

²⁸³ KStA, 9.2.1955.

²⁸⁴ KStA, 28.7.1954.

²⁸⁵ KStA, 16.9.1954

²⁸⁶ BvD-Heimatbrief 8/1954, S. 7.

²⁸⁷ Heimatbrief 8/1954, S. 7, StAB, Bestand Winkler.

²⁸⁸ Sitzung des erweiterten BvD-Vorstandes, 16.9.1954, BvD-Protokollbuch, StAB, Bestand Winkler.

²⁸⁹ Westdeutsche Neue Presse, 14.1.1953, Hauptausschuss 19.1.1953, StAB 2, 770.

²⁹⁰ KStA, 22.1953.

²⁹¹ Stadtrat, 27.4.1953, StAB 2, 613.



Straßenschild Königsberger Straße. Weitere Straßen wurden in Vochem nach Breslau, Danzig und Stettin benannt, Foto: Ulrich Wehrhahn.

7. Schlussbetrachtung: Zur Integration der Vertriebenen in Brühl

Der Heimatverlust bleibt für die Vertriebenen eine erhebliche Belastung. Sie haben mit der Vertreibung und den damit verbundenen Rache- und Gewaltakten den Großteil der Konsequenzen des verlorenen Krieges und seiner Verbrechen zu tragen. Aufgrund dieser seelischen Verletzungen sind sie besonders sensibilisiert für vermeintliche oder tatsächliche Diskriminierungen im Aufnahmeort.

7.1 Integrationshemmende Faktoren

Integrationshemmende Faktoren sind jene Umstände, in denen sich Vertriebene und Einheimische in einer Konkurrenzsituation gegenüberstehen. Ebenso hemmend sind Faktoren, durch die der Aufstieg der Vertriebenen über das Kommerzium, die Kommensalität und/oder das Konnubium zu erreichen, behindert wird.

Konflikte ergaben sich zumeist aus der Unterkunftsfrage. Zunächst sind die Vertriebenen in Lagern oder anderen Notunterkünften untergebracht worden, bevor sie, wenn überhaupt, in Privatquartiere als Untermieter eingewiesen werden. Die größte Reibungsfläche bot die Zwangswohngemeinschaft. Diese empfanden die Einheimischen auf Dauer als Belästigung. Die unvermeidbare Überschneidung der Lebenssphären führt zu Auseinandersetzungen, z.B. bei der gemeinsamen Nutzung von Küche und Hausrat. Durch die wachsende Zahl der Vertriebenen wird es immer schwieriger diese in Privathaushalten unterzubringen. Der Aufenthalt in Lagern, Sälen und Baracken dauert für viele Vertriebene länger als geplant. Dies

wird durch die immer noch große Zahl der wohnungssuchenden Vertriebenen Mitte der 1950er Jahre verdeutlicht. Die großen Wohnungsbauaktivitäten helfen hier zunächst nur indirekt, da die Mittel für die Neubauten für Umsiedler und SBZ-Flüchtlinge zweckgebunden sind. Auch die Häufung der Räumungsklagen nach der Lockerung der Wohnraumbewirtschaftung in Brühl 1951 ist ein Indiz für die Größe des Konfliktpotentials. Ein weiterer Beleg ist die Vehemenz des Widerstandes gegen diesen Beschluss durch den BvD und den BHE. Die Spannungen lösen sich erst durch die Weiterführung von Wohnungsbauprogrammen bis in die 1960er Jahre.

Das oft kompromisslos erscheinende Verhalten des BvD und des BHE in der Wohnungsfrage hat zu großer Zustimmung unter den Vertriebenen geführt, wie das relativ gute Wahlergebnis 1952 deutlich macht. Aber es hat auch bewirkt, dass die Leistungen für die Vertriebenen gegen die Leistungen bzw. Nichtleistungen für andere Geschädigte aufgerechnet wurden. Dabei profitierten die schon länger in Brühl lebenden Vertriebenen genauso wenig von den Bauprogrammen für Umsiedler und DDR-Flüchtlingen, wie die Einheimischen.

Im Bereich Arbeit deuten die Berichte der beiden Zeitzeugen auf einen hohen Beschäftigungsgrad der Vertriebenen in den Braunkohlebetrieben oder in der Chemieindustrie hin. Dies weist auf einen Unterschichtungsprozess hin, der durch die Annahme berufsfremder bzw. statusniedriger Positionen gekennzeichnet ist, wodurch geringere Einkünfte erzielt werden. Sie erreichen dadurch das Kommerzium auf niedrigem Niveau.

In der evangelischen Gemeinde konnten die Vertriebenen keine Änderungen in der Gottesdienstordnung durchsetzen und waren gezwungen sich den Einheimischen anzupassen.

7.2 Integrationsfördernde Faktoren

Nach der Aufgabe des ursprünglichen Assimilationskonzeptes der britischen Militärregierung führen die Einrichtung von Flüchtlingsausschuss bzw. -beirat und die Aufnahme von Vertriebenen als Mitglieder in den Fachausschüssen zu einer Partizipation in allen, die Vertriebenen betreffenden Bereichen.

Mit der Bereitstellung von Arbeitsplätzen und Unterkünften werden wesentliche Faktoren für die Integration der Vertriebenen geschaffen. Entscheidend ist hier der Wohnungsbau. Dabei geht es nicht nur um Probleme der Unterbringung und Sesshaftmachung. Die forcierte Wohnungsbautätigkeit ist Bedingung für die Weiterführung bzw. Aufnahme der Produktion in der

Industrie. Der Wohnungsbau erfüllte also zwei Funktionen, eine eingliederungs- und eine arbeitsmarktpolitische.²⁹²

In Brühl besteht zunächst durch die Braunkohle und die räumliche Nähe zur wachsenden Chemieindustrie der Nachbarstädte sowie später die Bemühungen der Stadt zur Ansiedlung neuer Industrie- und Gewerbebetrieben eine gute Beschäftigungslage. Diese Einschätzung wird durch die Ansiedlung der Umsiedler in einem Stoßprogramm bestätigt, wobei die Bauvorhaben für ihre Ansiedlung ebenfalls als beschäftigungsfördernd angesehen werden können.

Vergangene Spuren 3: Schöffenstraße / Zum Sommersberg.



Das Motiv eines säenden Mannes des vertriebenen Künstlers Gerhard Hoffschultz ist seit 2023 nicht mehr sichtbar. Es wurde durch eine wärmedämmende Maßnahme verdeckt. Foto: Ulrich Wehrhahn

²⁹² Kleinert 1988, S. 151.

Das Wirken des BvD kann insoweit, als die Integration fördernd bewertet werden, als dass er vielen Vertriebenen ein Zusammengehörigkeitsgefühl gibt. Bei gleichzeitig wachsender Integration durch eine Besserung der Wohnsituation und guter Beschäftigungslage ist es von der persönlichen Verfassung des Einzelnen abhängig, ob eine Assimilation oder eine Interkulturation stattfindet.

Eine besondere Form der Integrationsförderung erlaubte sich die Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgesellschaft. In der Siedlung „Zum Rodderbruch“ ließ sie mehrere Giebel von Umsiedlerhäusern mit mehrfarbigen Fresken dekorieren. Die, vom Brühler Künstler Gerhard Hoffschulz, selbst ein Vertriebener, ausgeführten Motive zeigen eine ostdeutsche Bäuerin bei der Ernte, daneben einige Wappen ostdeutscher Provinzen, weiter eine rheinische Winzerin, neben den Wappen von Brühl und NRW sowie eine Mutter mit Kind und Baum vor einer Industriekulisse. Die Bilder sollen die alte und die neue Heimat der Siedler symbolisieren.²⁹³

7.3 Fazit

Die Hochkonjunktur in den 1950er Jahren erleichterte die wirtschaftliche und soziale Integration der Vertriebenen. In Brühl waren die Bedingungen für den Bereich Wohnen zunächst sehr schlecht und besserten sich nur langsam. Im Gegensatz dazu entwickelten sich die Bedingungen im Bereich Arbeit relativ schnell.

Dadurch waren die Voraussetzungen für eine tiefer greifende Integration gegeben. Wie weit diese tatsächlich reichte, kann anhand der verschiedenen Begriffsinterpretationen von Integration analysiert werden. Ohne empirische Daten sind aber nur begrenzte Aussagen möglich.

So ist das Erreichen von Vollbeschäftigung bei gleichzeitigem Rückgang der Wohnungsnot die beste Voraussetzung für das Erreichen des Konmerziums und der Kommensalität. Für eine Diskussion des Konnubiums kann auf wenige indirekte Daten zurückgegriffen werden. Aus der Tabelle „Eheschließungen nach Konfessionen“ lässt sich herauslesen, dass der Anteil von katholisch-evangelischen Mischehen wesentlich von 1948 bis 1953 höher liegt als der der rein evangelischen Ehen.²⁹⁴ Wenn davon ausgegangen wird, dass unter den evangelischen Partnern in diesen Mischehen ein hoher Anteil Vertriebener ist, dann wäre für diese schon früh eine Form von hoher Integration erreicht, das Konnubium.

²⁹³ KstA, 3.11.1951 u. KR, 30.6.1951.

²⁹⁴ Eheschließungen nach Konfession Tabelle 8.1.1.3 im Anhang, S. 61.

Die emotionale bzw. psychische Integration ist eng mit der Kommensalität und des Konnubiums verbunden. Auf die Frage, wann er sich wirklich integriert gefühlt hätte, antwortet der Zeitzeuge Philipp, dass er nie ganz angekommen sei. Die volle Akzeptanz bei den Einheimischen habe er nicht gefühlt. Es habe „immer ein Rest gefehlt“. Man sei immer der Vertriebene geblieben. Dies hätten ihm andere, auch ehrenamtlich in Vereinen sehr aktive, Bekannte bestätigt. Eine Rückkehr sei aber nur im Falle des Abzugs der Polen aus Schlesien denkbar gewesen. Diese Haltung versinnbildlicht das Wesen der Vertreibung, die fehlende Option zur Rückkehr in die Heimat.

In Brühl waren die Bedingungen für die Vertriebenen zunächst hart. Zu wenige Wohnungen mit zu wenig Platz, so dass viele für Jahre in Lagern und Notunterkünften ausharren mussten. Dabei ging es ihnen nicht besser, als vielen Einheimischen, die ausgebombt oder wegen Beschlagnahmen der Besatzungsmacht ihre Wohnung räumen mussten. Besser ging es den Umsiedlern. Sie kamen zwar auch aus Barackenlagern, aber für sie wurden neue Wohnungen gebaut, wenn auch oft nur Schlichtwohnungsbauten.

Aus diesem Potential schöpfte erst der Bund der vertriebenen Deutschen seine Mitglieder. Er wuchs schnell zum größten Brühler Verein. Er dominierte seit 1950 auch den Flüchtlingsbeirat. Durch das ausdauernde Eintreten des BvD für seine Klientel in der Wohnungsfrage, gelang auch dem BHE der Einzug in den Stadtrat, trotz der sehr kurzfristigen Parteigründung. Im Rat trat der BHE im Wesentlichen nur in Wohnungsfragen hervor.

Die wirtschaftlichen und sozialen Umstände entwickelten sich für die Vertriebenen immer besser. Sie integrierten sich dadurch immer mehr in die westdeutsche Gesellschaft. Dies ist ein Grund für die langsam sinkenden Mitgliederzahlen beim BvD. Die Auflösung der Jugendgruppe symbolisiert 1959/60 zudem die schneller fortschreitende Integration der jüngeren Generation, die das Vertreibungsgeschehen nicht mehr selbst erlebt hat.

8. Anhang

8.1 Tabellen und Dokumente

8.1.1 Tabellen

Die hier verwendeten Daten stellen, wenn nicht anders vermerkt, den Stand zum Jahresende dar. Die Daten zu den Bevölkerungszahlen werden im Verwaltungsbericht 1945-1955, S.28 und nochmals im Stat. Jb. 1954-1958, S. 27 im Vergleich zu Daten aus den älteren Statistischen Jahrbüchern teilweise korrigiert. Dies gilt ebenso für die Daten zu den Vertriebenen und SBZ-Flüchtlingen, sie werden im Verwaltungsbericht 1945-1955, S. 146 im Vergleich zu den älteren Statistischen Jahrbüchern teilweise korrigiert. Hier werden die korrigierten Daten übernommen.

8.1.1.1 Bevölkerungsentwicklung und Vertriebene

Verändert nach dem Verwaltungsbericht 1945-1955, S. 28, S. 146 und Stat. Jb. 1954-1958, S. 27, S. 39, ergänzt für die Jahre 1959 bis 1961 durch Einsicht in die Statistik des Einwohnermeldeamtes Brühl, Landkreis Köln Statistik 1950, S. 43 f., Landkreis Köln Statistik, S. 15.

[illegible]

8.1.1.2 Bevölkerung und Konfession

Jahr	Gesamtbevölkerung	katholisch	in %	evangelisch	in %	sonstige	in %
1895	9.638	8.917	92,5%	572	5,9%	150	1,6%
1939	23.966	20.787	86,7%	2.588	10,8%	591	2,5%
7.3.1945	17.800						
1945	22.996						
1946	25.995	21.975	84,5%	3.432	13,2%	588	2,3%
1948	28.628 28.412	24.235	85,3%	3.551	12,4%	626	2,2%
1950	29.985	24.536	81,8%	4.919	16,4%	530	1,8%
1951	30.702	24.739	80,6%	5.398	17,6%	565	1,8%
1952	31.154	24.969	80,1%	5.618	18,0%	567	1,8%
1953	31.738	25.139	79,2%	6.002	18,9%	597	1,9%
1954	32.270	25.341	78,5%	6.278	19,5%	651	2,0%
1955	32.257	25.247	78,3%	6.307	19,6%	713	2,2%
1956	32.543	25.110	77,2%	6.720	20,6%	713	2,2%
1957	32.982	25.273	76,6%	7.003	21,2%	706	2,1%
1958	33.505	25.508	76,1%	7.287	21,7%	710	2,1%

Verändert nach: Stat. Jb 1948, S. VIII,1 und Stat. Jb. 1954-1958, Anhang S. 2.

8.1.1.3 Eheschließungen nach Konfessionen

Jahr	insgesamt	katholisch	evangelisch	kath. / ev.	sonstige
1947	347				
1948	369	265	18	75	11
1949	363	258	28	68	9
1950	422	281	28	102	11
1951	391	262	28	89	12
1952	335	220	41	68	6
1953	358	241	27	82	8

Verändert nach: Stat. Jb. 1948, II,14 und Stat. Jb. 1952/53, S. 66.

8.1.2 Dokumente

8.1.2.1 Bericht des Kreissozialamts zum Auffanglager Brühl (März 1947)

Abschrift

Hauptausschuss, 7.3.1947, KAREK A 1050, S. 84 ff.

Landkreis Köln

Der Oberkreisdirektor

Köln, den 7. März 1947

St. Apenstrasse 21

Telefon 75491 und 52595

Abt. Sozialamt

An den
Herren Landrat
im Hause

Bericht

betr. Flüchtlingslager Brühl, zur Vorlage an den Haupt-
ausschuß des Kreises Köln-Land.

Allgemeines.

Das Lager für Flüchtlinge wurde im Juni 1946 von der Stadt Brühl unter den schwierigsten Umständen eingerichtet. Es sollte zunächst nur als Durchgangslager für die Flüchtlinge der Stadt Brühl dienen. In diesem Lager sollten die ankommenden Flüchtlinge nur einige Tage zubringen, um zunächst gepflegt und ärztlich betreut zu werden. Die Belegschaftsstärke war auf 80-100 Personen vorgesehen. Nach kurzer Betreuung sollten die Leute dann in Privatquartiere eingewiesen werden. Um Erkrankungen im größeren Umfang zu verhindern, wurde ein zweites Lager in Brühl-Kierberg mit 60 Betten eingerichtet. Es war somit für die Stadt Brühl genügende Vorsorge getroffen um allen Anforderungen Rechnung zu tragen. Um die beiden Lager mit dem notwendigen Inventar ausrüsten zu können, wurde eine großzügige Sammelaktion von der Stadtverwaltung Brühl unter Mithilfe des Zentralfürsorgeausschusses und den Organisationen der freien Liebestätigkeit durchgeführt. Die Aktion hatte vollen Erfolg. Es war daher der Stadtverwaltung möglich, die beiden Lager gut einzurichten.

Die Küche wurde dem Hauptlager in Brühl, Kölnstr. angeschlossen. Mit der Wahrnehmung der Küchenaufgaben wurde die Frau Klaphake, die auch die erforderlichen Räume zur Ver-

fügung stellte, beauftragt. Als die ersten Flüchtlinge im Kreis Köln-Land ankamen und auf die einzelnen Gemeinden und Ämter verteilt werden sollten, stellte sich heraus, daß (ausser Brühl) die Gemeinden und Ämter des Kreises keine richtigen Maßnahmen zur Aufnahme der Flüchtlinge getroffen hatten. Es wurde dann von der Kreisverwaltung Köln-Land verfügt, daß das Lager Brühl als Durchgangslager für den gesamten Kreis zu gelten habe. Mit dieser Maßnahme hatte die Stadt Brühl nicht gerechnet. Die sich hieraus ergebenden Schwierigkeiten wurden fast allein von dem Lagerleiter Schwindt und der Frau Klaphake gemeistert. Wenn beide genannten nicht mehr als ihre Pflicht getan hätten, wäre der ganze Betrieb zusammengebrochen. Über diese Umstände kann ich genaue Auskunft erteilen, da ich zur damaligen Zeit Bürgermeister der Stadt Brühl war. Ich habe des Öfteren die Kreisverwaltung Köln-Land gebeten, hier helfend mit einzugreifen. Die Hilfe blieb sehr oft aus, sodaß die Lagerleitung immer wieder auf meine und ihre eigene Initiative angewiesen war.

Verpflegung.

Die Verpflegung war nicht immer ausreichend. Es fehlten oft Kartoffeln, obschon die erforderlichen Marken vorhanden waren. So ging es mit Gemüse und anderen Lebensmitteln. Diese Schwierigkeiten sind aber immer wieder durch das eigene Handeln der Lagerleitung ausgeglichen worden. Das Essen wurde täglich von Leuten des Zentralfürsorgeausschusses probiert. Beanstandungen sind m. W. niemals gemacht worden.

Wenn in der Anzeige behauptet wird, es seien Lebensmittel verschoben worden, so ist das nicht nur übertrieben, sondern unmöglich. Es bestand ja immer die Sorge um genügend Lebensmittel heranzubekommen. In der Zeit bis 15.9.46 [Ende von Warmkes Amtszeit als Bürgermeister] war mir nicht bekannt geworden, daß Lebensmittel, welche beschafft waren, nachträglich verkauft oder gar verschoben worden seien. Ich habe mich auch nach dem 15.9.46 um das Lager viel bemüht, weil ich Mitglied des Flüchtlingsausschusses Köln-Land war. Eine Beschuldigung gegen den Leiter Schwindt habe ich sofort untersucht und die Beteiligten eingehend befragt. Es handelte sich damals um ein Gerede und konnte von der Beteiligten nicht bewiesen werden. Ich bin der Ansicht, dass die Zeugin Engel am objektivsten berichtet hat.

Bekleidung.

Der Austausch von Decken war, wie mir der Herr Müller als Flüchtlingskommissar meldet, insoweit möglich, als Decken für Vorhänge oder als Strohsäcke benötigt wurden.

An den übrigen Bekleidungsstücken konnten nur Flüchtlinge beteiligt werden. Wenn Kleidungsstücke an Nichtflüchtlinge ausgehändigt worden sind, so war dieses unstatthaft und eine eigene Maßnahme für die der Lagerleiter verantwortlich.

Verpflegungssatz.

Ob der Verpflegungssatz von RM 3,-- pro Kopf der Flüchtlinge angemessen oder zu hoch ist, kann von mir nicht angegeben werden. Tatsächlich wurde bei der Eröffnung des Lagers der

Betrag von RM 3,-- zugrunde gelegt. Hierin war einbegriffen wohnen, Verpflegung, Gestaltung der Räumlichkeiten und Pflegepersonal für Küche und Lager. Es war nicht möglich, im Voraus eine Kalkulation einzeln detailliert aufzustellen.

Zusammenfassung

Es steht fest, daß einzelne Unkorrektheiten wie Umtausch von Decken, Abgabe von Kleidungsstücken an das Küchenpersonal und Abgabe von Verpflegung von Marken an das Küchenpersonal vorgekommen sind.

Diese Dinge sind weniger aus Überlegung als aus Gleichgültigkeit geschehen. Auch war nicht immer der Lagerleiter in jedem Falle verantwortlich.

Bei der Bildung eines Untersuchungsausschusses und Untersuchung der Angelegenheit würde nichts Neues offenbar werden. Es wird vorgeschlagen, die Beteiligten behördlich zu verwarnen.

[Warmke]

Auszug aus dem Protokoll des (Kreis-) Hauptausschusses, 7.3.1947, KAREK, A 1050, S. 77.

12.) Der Hauptausschuss nimmt von dem Bericht des Leiters des Kreissozialamtes in der Angelegenheit „Flüchtlingslager Brühl“ zur Kenntnis und schliesst sich der Ansicht des Berichterstatters an, dass ein Untersuchungsausschuss für die Überprüfung dieser Angelegenheit nichts wesentlich Neues feststellen würde. Der Hauptausschuss beschliesst deshalb, dass die in dem Bericht genannten Beteiligten nachdrücklichst auf die Erfüllung ihrer Pflichten hingewiesen werden.

Aufruf

Bürger Brühls!

Unter uns wohnen viele vom Schicksal und durch die Schuld des Naziregimes Enterbte, die **aus Heim und Heimat flüchten mußten**, wohnen viele **eingesessene Ausgebombte**, denen die ganze Habe genommen wurde. Bis heute konnte ihnen noch nicht das zur Führung eines bescheidenen Lebens dringendst Nötige gegeben werden.

Allen diesen Bedauernswerten steht auch in Brühl die verhältnismäßig große Zahl derjenigen gegenüber, die **keine oder nur geringe Verluste erlitten** oder gar eine kleine Zahl solcher, die während der Nazizeit und während des Krieges **ihren Besitz vermehren konnten**.

Die Not der Betroffenen ist ernst, ihre Zahl so groß, die der Stadtverwaltung zur Verteilung zugewiesene Menge an Bedarfsgütern aber so gering, daß die Stadtverwaltung nicht in der Lage ist, auch nur der dringendsten Not abzuhelpen.

In dieser Lage

appellieren wir nochmals an Eure Hilfsbereitschaft,

an Eure Nächstenliebe. Wer also sich noch eines gesicherten Besitzes von Hausrat, Wohnung oder Möbeln erfreut, der helfe! Der gebe jetzt freiwillig und ungezwungen, aus seinem **christlichen Gewissen heraus, aus Menschenliebe!**

Besitz verpflichtet! Wer jetzt nicht helfen will, obwohl er kann, wird demnächst dazu gezwungen werden, das Entsprechende abzugeben. Soll es erst des gesetzlichen Drucks bedürfen, Dich dazu zu zwingen, wozu Du vor Deinem Gewissen verpflichtet bist?!

Mit der materiellen Hilfe - wie z. B. Hergabe von Hausrat, eines Bettes, eines Tisches, eines Stuhles u. ä. - sollte sich die persönliche Anteilnahme mit den notleidenden Mitbürgern verbinden. Persönliche Hilfe und Anteilnahme z. B. durch eine

Familienpatenschaft

wird dazu beitragen, die Enterbten wieder stärker an die Gemeinschaft zu binden, in ihnen das Bewußtsein gemeinsamen deutschen Schicksals, gemeinsamer Volksnotgemeinschaft zu stärken.

Da **vor allem die Kinder** der Hilfe bedürfen, mögen doch Familien, die dazu irgendwie in der Lage sind, sich eines bedürftigen Kindes oder mehrerer bedürftiger Kinder besonders annehmen, sie gelegentlich oder wöchentlich ein- oder zweimal zum Essen einladen.

Dieser Gedanke der »**Kinderpatenschaft**« könnte besonders in einer

Patenschaft für die Weihnachtszeit

fruchtbar werden. Nehmt über die Weihnachtstage ein Kind in Eure Familie auf oder ladet eines der Kleinen zu einer bescheidenen Bescherung ein.

Eine solche Freude in die Kinderherzen zu senken, ist dem Einzelnen vielleicht noch möglich, während die Stadt mangels Beschaffung geeigneter Gegenstände eine Kinderbescherung leider nicht durchführen kann.

Wer persönlich keine Familie hat, aber helfen kann und will, möge sich durch das Sozialamt, den Wohlfahrtspfleger oder die caritativen Verbände eine Familie benennen lassen, die seiner Hilfe bedürftig ist.

Geldspenden für heimkehrende Kriegsgefangene und Kriegsoffer, für hilfsbedürftige Flüchtlinge und Totalgeschädigte werden auf Konto 3205 bei der Kreisparkasse Brühl angenommen oder können auf Sammelliste gespendet werden.

Zeige Dein Christentum der Tat!

Gib und hilf!

Stadtvertretung und Stadtverwaltung

Druck: Karl Martini, Brühl, Wallstraße.

8.1.2.3 Tätigkeitsbericht der ev. Flüchtlingspflegerin (Oktober 1947)

AEvKB, Pfarrakten, Bestand I. Akten und Urkunden, 1. Kirchliche Dienste,

13-3 Mitarbeiter im Diakonischen Dienst 1910-1961, darin: Personalakte Potreck

Abschrift

Tätigkeitsbericht.

Ich, Unterzeichnete, Frau Frida Potreck, bin ab 1. Mai 1947 als Flüchtlingsfürsorgerin in der evangelischen Kirchengemeinde Brühl tätig, habe Flüchtlinge in 12 Orten (Pingsdorf, Badorf, Schwadorf, Walberberg, Heide, Kierberg, Vochem, Fischenich, Hermülheim, Kalscheuren, Berzdorf und Brühl) zu betreuen und schätze ca. 1500 – 1800 Personen.

Zuerst habe ich an Hand einiger Karten diese Flüchtlinge erst besucht und diese Karten berichtigt, dann die meisten Flüchtlinge erst gesucht und eine ordentliche Kartei angelegt, die sich im Pfarrhause in Brühl befindet und noch ständig vergrößert wird. Ich besuche jeden Flüchtling, erfasse ihn also karteimäßig, höre auch die Nöte und Klagen derselben und versuche nach Möglichkeit Milderung in jeder Angelegenheit zu schaffen. Es ist mir gelungen oft alleinstehende Personen Stellung jeglicher Art zu verschaffen, Sorge auch für Heimarbeit, sodaß wohl jeder bisher zufrieden war. Auch habe ich den Streit, der zwischen den Mietern und Vermietern oft und fast überall ist, zu schlichten versucht und oft danach besseres Zusammenwohnen feststellen können. So besuche ich die Flüchtlinge nicht nur einmal, sondern öfters und leiste auch Hilfe in leichten Krankheitsfällen. Sehr liegt mir die augenblicklich verwahrloste, haltlose Jugend am Herzen, für die ich nur dadurch sorgen kann, indem ich sie anhalte zum Gottesdienst oder Kindergottesdienst und zur Schule zu gehen, was oftmals wieder wegen schlechten oder gar keinen Schuhen nicht möglich ist. Die Not jeglicher Art und das Elend sind sehr groß!!!

Die Flüchtlinge in je 2 nahe aneinandergelegenen Orten lade ich in jedem Monat einmal zu einer Zusammenkunft ein, erhielt bisher auch den dazu benötigten Raum (Saal oder kleineres Zimmer) von Gaststättenbesitzer unentgeltlich, und sind die Versammlungen stets gut besucht. Dort nehme ich Wünsche und Klagen entgegen und helfe gern jedem in seiner Art, soweit es mir möglich ist. Die Frauen und Mädchen ersuche ich auch Stopfarbeit mitzubringen, damit die 3 Stunden am Nachmittag nicht ungenützt vorübergehen. Diese Versammlungen sind so beliebt, daß schon von den Flüchtlingen verschiedentlich geäußert und gewünscht wurde, jede Woche sich zu treffen, was ja nun bei meiner überreichlichen Arbeit nicht möglich ist. Die Flüchtlinge lernen sich auch untereinander kennen und finden sich als Nachbarn aus ihrer Heimat hier in der Fremde zu beiderseitigen Freude wieder.

Eine große Freude und auch Erbauung ist es, wenn Herr Pastor Labuhn, der an jeder Versammlung teilnimmt, zuerst mit uns ein Lied aus dem kleinen Gesangbuch singt und dann eine Epistel oder einen Psalm erklärt und sich auch mit Flüchtlingen über ihre privaten Verhältnisse unterhält, und mit guten Rat versucht Not zu lindern. Eine große Frage ist stets: kommen nicht bald Spenden? Bei der letzten Verteilung der Kleidungsstücke, die durch Schwester Martha und mich erfolgte, haben wir ja etwas geben können, speziell für Kinder, aber es fehlt eben Vielen noch mehr und Manchem fehlt alles! Oft müssen gespendete Sachen noch gestopft werden und geändert werden wozu auch wieder die Nähmittel fehlen. Aber erfreut und dankbar sind die Armen, und haben sie auch diverse Dankschreiben schon eingereicht. An jedem Montagnachmittag halte ich in meinem sehr kleinen, äußerst mießigen und ungesunden Wohnraum noch Sprechstunden ab, und da kommen die Flüchtlinge noch mit vielen Fragen und Wünschen ganz besonderer Art. Augenblicklich bin ich bei der Vorbereitung zur Advent- und Weihnachtsfeier, die ich recht schön und feierlich gestalten möchte.

Gez. Frau Frida Potreck

Brühl-Pingsdorf

Badorferstr. 31

8.2 Quellen- und Literaturverzeichnis

8.2.1 Ungedruckte Quellen

8.2.1.1 Archiv der Evangelischen Kirchengemeinde Brühl (AEvKB)

Pfarrakten

Bestand I. Akten und Urkunden

1. Kirchliche Dienste

11-5,2 Hilfsprediger 1917-1955 Ke-Z, darin: Personalakte Labuhn

13-3 Mitarbeiter im Diakonischen Dienst 1910-1961, darin: Personalakte Potreck

47-6 Flüchtlingsfürsorge 1946-1949

AEvKB, Protokollbuch = Presbyterial-Protokollbuch 1945-1952, A 1,9

8.2.1.2 Kreisarchiv Rhein-Erft-Kreis (KAREK)

Bestand 102 /II – Altkreis Köln-Land Akten

A 1049 Kreistag 1946

A 1050 Hauptausschuss 1947

A 1063 Kreistag 1946

A 1065 Kreistag 1946

A 1260 Unterbringung v. Flüchtlingen während d. Zeit nach dem II. WK, Aug 48

A 2155 A) Konferenzniederschriften 1947-1949

B) Besprechungsniederschriften 1947-1950

A 2525 Bürgermeister Konferenzen 1946

8.2.1.3 Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland

Bestand Arbeitsamt Brühl BR 0126, Laufzeit: 1945-1964

8.2.1.4 Stadtarchiv Brühl (StAB)

Bestand 2: Dokumente

lfd. Nr.

341	Ratsprotokolle	Dezember 1945 - April 1947
588	Ratsprotokolle	August 1949 – Dezember 1950
589	Ratsprotokolle	1949
593	Ratsprotokolle	Mai 1947 - Dezember 1948
615	Ratsprotokolle	1952
613	Ratsprotokolle	1953
623	Ratsprotokolle	1954
770	Hauptausschuss	1953

- 771 Hauptausschuss (=Verwaltungsausschuss) 1951-1952
- 772 Hauptausschuss (=Verwaltungsausschuss) 1950
- 828 Verwaltungsausschuss Okt. 1950 - Dez. 1952
- 829 Verwaltungsausschuss Mai 1947 - Sept. 1950
- 841 Verwaltungsausschuss 1946-1948
- 820 Wohnungsausschuss 1949-1951
- 893 Gemeindeflüchtlingenausschuss 1947-1952
- 933 Ortsflüchtlingsbeirat 1949-1958
- 940 Bauausschuss 1946-1947

2257 Protokolle Bürgermeisterkonferenzen 1945-1947

2542 Flüchtlingsausschuss / Zentralfürsorgeausschuss 1946-1957

Wahlen 1945-1952 = Die Wahlen in der Stadt Brühl 1945 bis 1952 (= Statistische Veröffentlichungen der Stadt Brühl H. 4), hg. v. Stadtverwaltung Brühl, Statistisches Amt, o. O. (Brühl) 1953, StAB 2, 214.

Bestand Winkler = Nachlass Clemens Winkler: Akten und Dokumente des BvD Ortsgruppe Brühl, darin chronikartige Zusammenstellung zum 30jährigen Bestehen der Ortsgruppe 1978, Protokollbücher 1954-1961, Heimatbriefe der Ortsgruppe Brühl 1949-1953 und Heimatbriefe des Kreisverbandes Köln-Land 1953-1961.

8.2.2 Gedruckte Quellen

Chronik Gallbergsiedlung = Chronik der Gallbergsiedlung „Brühl-Badorf“. 40. Jahr der Grundsteinlegung 1952-1992, o. O. (Brühl), o. J. (1992).

Landkreis Köln Statistik 1950 = Der Landkreis Köln im Zahlenspiegel der Statistik, hrsg. v. d. Kreisverwaltung Köln, 1951, KAREK A 2157.

Landkreis Köln Statistik 1952 = Der Landkreis Köln im Zahlenspiegel der Statistik, hrsg. v. d. Kreisverwaltung Köln, 1952, KAREK A 2668.

Stat. Bundesamt 1955 = Statistisches Bundesamt, Die Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1946 bis 1953 (Statistik der Bundesrepublik Deutschland, H. 114), Stuttgart / Köln 1955.

Stat. Jb. 1948 = Statistisches Jahrbuch der Stadt Brühl 1948, StAB 3, 219.

Stat. Jb. 1949 = Statistisches Jahrbuch der Stadt Brühl 1949, StAB 3, 222.

Stat. Jb. 1952-1953 = Statistisches Jahrbuch der Stadt Brühl 1952-1953, StAB 3, 220.

Stat. Jb. 1954-1958 = Statistisches Jahrbuch der Stadt Brühl 1954-1958, StAB 3, 221.

Verwaltungsbericht 1945-1955 = Verwaltungsbericht der Stadt Brühl 1945-1955, StAB 3, 240.

8.2.3 Presseerzeugnisse

Im Stadtarchiv Brühl liegen Artikelsammlungen der Jahre 1947-1959 folgender Tageszeitungen: Kölnische Rundschau, Volksstimme, Rheinische Zeitung (1946-1951), 1952 umbenannt in Westdeutsche Neue Presse, später in Neue Rhein-Zeitung (NRZ), Kölner Stadt-Anzeiger (ab 1949). Vollständig sind die Lokalteile folgender Tageszeitungen für die Jahrgänge 1960 und 1961: Kölnische Rundschau, Kölner Stadt-Anzeiger und Neue Rhein Zeitung.

8.2.4 Befragungen

8.2.4.1 Heinz Thoma, am 8. März 2010.

Geboren 1928, Beruf: REFA-Techniker

Jugendsprecher der IG Chemie, Betriebsrat, Betriebsratvorsitzender, Siedler in der Gallbergsiedlung, SPD-Ratsmitglied 1969-2004.

8.2.4.2 Josef Philipp, am 11. März 2010.

Geboren 1922 in Wartha, Schlesien, Beruf: Schmied. 1946 als Kriegsgefangener nach Brühl entlassen, da dort seine Verlobte wohnt, eine Rückkehr nach Wartha war nicht mehr möglich. Seit Januar 1949 Mitglied im BvD, seit 1952 bis zur Auflösung der Ortsgruppe Mitte der 1990er Jahre in verschiedenen Funktionen im Vorstand tätig. Langjährige Tätigkeiten in den Orts-, Kreis- und Bezirksbeiräten für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen. Kandidat des BHE bei den Stadtratswahlen 1952 und 1956.

8.2.5 Bibliographische Hinweise

Krallert-Sattler, Gertrud, Kommentierte Bibliographie zum Flüchtlings- und Vertriebenenproblem in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und in der Schweiz, Wien 1989. [Fortsetzung, Dies., Kommentierte Auswahlbibliographie [...] (Literatur 1987-1995), in: Wilfried Schlau, Die Ostdeutschen. Eine dokumentarische Bilanz. 1945-1995, München 1996.]

Morsey, Rudolf, Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969 (= Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 19), 4. überarb. und erw. Aufl., München 2000, besonders S. 287 f.

Ausgewählte, auch neuere Literatur in:

Kossert, Andreas, Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945 (= BpB, Schriftenreihe 712), München 2008, S. 397-419.

Oltmer, Jochen, Migration im 19. und 20. Jahrhundert (= Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 86), München 2009, S. 127-166, bes. S. 146-152 (Flucht und Vertreibung).

8.2.6 Literatur

Ackermann 1990 = Ackermann, Volker, Integration: Begriff, Leitbilder, Probleme, in: Bade, Klaus (Hg.), Neue Heimat im Westen. Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler, Münster 1990, S. 14-36.

Ackermann 1993 = Ackermann, Volker, Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, in: Faust, Anselm i. V. m. Norbert Andernach u. Dieter Lück (Red.), Nordrhein-Westfalen. Landesgeschichte im Lexikon, Düsseldorf 1993, S.149 f.

Bade 1990 = Bade, Klaus (Hg.), Neue Heimat im Westen. Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler, Münster 1990.

Balzer 1959 = Balzer, Ernst Detlef, Entwicklungen im Handwerk, in: Lemberg, Eugen; Edling, Friedrich (Hg.), Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben, Bd. 2, Kiel 1959, S. 166-203.

Bauer 1987 = Bauer, Franz J., Zwischen „Wunder“ und Strukturzwang. Zur Integration der Vertriebenen in der Bundesrepublik, in: Winfried Becker (Hg.), Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland, Symposium an der Universität Passau, 30.-31.1985, Köln / Wien 1987, S. 73-95.

Becker, Stammen & Waldmann 1979 = Josef Becker; Theo Stammen; Peter Waldmann (Hg.), Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 1979

Becker, W. 1987 = Winfried Becker (Hg.), Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland, Symposium an der Universität Passau, 30.-31.1985 (= Passauer Historische Forschungen 5), Köln / Wien 1987

Beckmann 1994 = Beckmann, Thomas, Alle wollen in die Stadt. Pendlertradition und Eingliederung der Vertriebenen im Altkreis Leonberg, in: Beer, Mathias (Hg.), Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im deutschen Südwesten nach 1945. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung, Sigmaringen 1994, S. 129-146.

Beer 1994 = Beer, Mathias (Hg.), Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im deutschen Südwesten nach 1945. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung (= Schriftenreihe des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde 3), Sigmaringen 1994.

Benz 1995 = Benz, Wolfgang (Hg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, aktualisierte Neuausgabe, Frankfurt a. M. 1995.

Benz 1999 = Benz, Wolfgang (Hg.), Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949/55, Berlin 1999.

Benz 2001 = Benz, Wolfgang, Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949 = Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 22, Ab. VI, 10. neubearbeitete Auflage 2001, S. 3-221.

Bethlehem 1987 = Bethlehem, Siegfried, Wanderungsströme und Wanderungspolitik in der frühen Nachkriegszeit, in: Geschichte im Westen, H. 2/1987, S. 159-170.

Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa = Bundesministerium für Vertriebene (Hg.), Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa, bearb. von Theodor Schieder in Verbindung mit Werner Conze [ab Bd. III], Adolf Diestelkamp [bis Bd. II], Rudolf Laun, Peter Rassow und Hans Rothfels, 5 Bde., 3 Beihefte, 1 Registerbd., Bonn 1953-1962 [ND (ohne Register) München 1984].

Drösser 2007 = Drösser, Wolfgang, Brühl, Geschichte. Bilder Fakten Zusammenhänge, o. O. (Brühl), o. J. (2007).

Eingliederung der Vertriebenen 1982 = Betrifft: Eingliederung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. v. dem Bundesminister des Inneren, Bonn 1982.

Faust 1993 = Faust, Anselm i. V. m. Norbert Andernach u. Dieter Lück (Red.), Nordrhein-Westfalen. Landesgeschichte im Lexikon (= Veröffentlichung der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C: Quellen u. Forschungen 31), Düsseldorf 1993.

Frantzioch 1987 = Frantzioch, Marion, Die Vertriebenen. Hemmnisse, Antriebskräfte und Wege ihrer Integration in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1987.

Franzen 2002 = Franzen, K. Erik, Die Vertriebenen. Hitlers letzte Opfer, München 2002.

Grosser 1958 = Grosser, Georg, Evangelisches Gemeindeleben im Kölner Land, Köln 1958.

Heimatchronik des Landkreises Köln, hrsg. Im Auftrag des Kuratoriums für deutsche Heimatpflege e.V. Bonn, Köln 1954.

Henke 1995 = Henke, Klaus-Dieter, Der Weg nach Potsdam – Die Alliierten und die Vertreibung, in: Wolfgang Benz (Hg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, aktualisierte Neuausgabe, Frankfurt a. M. 1995, S. 57-85.

Herbert 1987 = Zwangsarbeiter - Vertriebene – Gastarbeiter: Kontinuitätsaspekte des Wanderungsgeschehens in Deutschland, in: Schulze, Rainer; von der Brelie-Lewien, Doris; Grebing, Helga (Hg.), Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte, Hildesheim 1987, S. 171-174.

Heseler 1979 = Heseler, Rolf, Der soziale Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen 1945-1977, Essen 1979.

Hey & Norden 1996 = Bernd Hey u. Günther van Norden (Hg.), Kontinuität und Neubeginn. Die rheinische und westfälische Kirche in der Nachkriegszeit (1945-1949) (= Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte 123), Köln 1996.

Hoffmann, Krauss & Schwartz 2000 = Hoffmann, Dierk; Krauss, Marita; Schwartz, Michael (Hg.), Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, München 2000.

Hoffmann 1991 = Hoffmann, Frank, Flüchtlinge und Einheimische. Beobachtungen in Velbert nach 1945, in: Geschichte im Westen, H. 2/1991, S. 162-172.

Jolles 1965 = Jolles, Hiddo M., Zur Soziologie der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Köln 1965.

Kleinert 1988 = Kleinert, Uwe, Flüchtlinge und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen 1945-1961. Arbeitsmarkt - Gewerbe - Staat (= Flüchtlinge und Vertriebene in Nordrhein-Westfalen, Forschungen und Quellen 2), Düsseldorf 1988.

Kleinert 1990 = Kleinert, Uwe, Die Flüchtlinge als Arbeitskräfte – zur Eingliederung der Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen nach 1945, in: Klaus Bade (Hg.), Neue Heimat im Westen. Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler, Münster 1990, S. 37-60.

Kleinknecht 1996 = Kleinknecht, Thomas, Die westfälische Nachkriegsdiakonie vor der Flüchtlingsfrage. Kirchliche Fürsorge und der Prozess der Integration. Eine Forschungsskizze, in: Bernd Hey u. Günther van Norden (Hg.), Kontinuität und Neubeginn. Die rheinische und westfälische Kirche in der Nachkriegszeit (1945-1949), Köln 1996, S. 135-157.

Kleßmann 1991 = Kleßmann, Christoph, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955 (= BpB, Schriftenreihe 298), 5. überarb. und erw. Aufl., Bonn 1991.

Kleßmann, 1997 = Kleßmann, Christoph, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970 (= BpB, Schriftenreihe 343), 2. überarb. und erw. Aufl., Bonn 1997.

Kossert 2008 = Kossert, Andreas, Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945 (= BpB, Schriftenreihe 712), München 2008.

Krauss 1997 = Krauss, Marita, Integration und Akkulturation. Eine methodische Annäherung an ein vielschichtiges Problem, in: Beer, Mathias; Kintzinger, Martin; Krauss, Marita (Hg.), Migration und Integration. Aufnahme und Eingliederung im historischen Wandel, Stuttgart 1997, S. 11-25.

Kühl, Paul = Kühl, Paul (Hg.), Geschichte des Brühler Karneval, Brühl o. J.

Kühl, Nachkriegskarneval = Kühl, Petra, Der Nachkriegskarneval in Brühl, in: Kühl, Paul (Hg.), Geschichte des Brühler Karneval, Brühl o. J., S. 69-103.

Lemberg, H. 2002 = Lemberg, Hans, Mehr als eine Völkerwanderung. Eine Einführung, in: Franzen, K. Erik, Die Vertriebenen. Hitlers letzte Opfer, München 2002, S.12-36.

Lemberg E. & Edding 1959 = Lemberg, Eugen; Edding, Friedrich (Hg.), Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben, 3 Bde., Kiel 1959.

Lüttinger 1986 = Lüttinger, Paul, Der Mythos der schnellen Integration. Eine empirische Untersuchung zur Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland bis 1971, in: Zeitschrift für Soziologie Jg. 15, H.1, Februar 1986, S. 20-36.

Lüttinger 1989 = Lüttinger, Paul; Rossmann, Rita (Mitwirkung), Integration der Vertriebenen. Eine empirische Analyse, Frankfurt a. M. / New York 1989.

- Müller 1949** = Müller, E., Die Flüchtlingsgesetzgebung in der britischen Besatzungszone [= Sozialpolitische Reihe des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Britische Zone) Heft 3], Köln 1949.
- Naimark 2008** = Naimark, Norman M., Flammender Hass. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 2008.
- Neumann 1966** = Neumann, Franz, Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950-1960. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei, Diss., Marburg/Lahn 1966.
- Peuckert & Scherr 2006** = Peuckert, Rüdiger; Scherr, Albert, Integration, in: Bernhard Schäfers u. Johannes Kopp (Hg.), Grundbegriffe der Soziologie, 9. grundlegend überarb. und aktualisierte Aufl., Wiesbaden 2006, S. 115 ff.
- Petzina & Euchner 1984** = Dietmar Petzina u. Walter Euchner (Hg.), Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet, Düsseldorf 1984.
- Prasuhn 1985** = Prasuhn, Wilhelm, 150 Jahre Dienst am Wort. Geschichte der Evangelischen Kirchengemeinde Brühl, Brühl 1985.
- Prasuhn 1992/3** = Prasuhn, Wilhelm, Brühl vor der Währungsreform, in: Brühler Heimatblätter 49/1992, Nr. 2, Nr. 3, Nr. 4; 50/1993, Nr. 1.
- Reichling 1986** = Reichling, Gerhard, Die deutschen Vertriebenen in Zahlen, Teil 1, Umsiedler, Verschleppte, Vertriebene, Aussiedler 1940-1985, Bonn 1986.
- Reichling 1987** = Reichling, Gerhard, Flucht und Vertreibung der Deutschen – Statistische Grundlagen und terminologische Probleme, in: Schulze, Rainer; von der Brelie-Lewien, Doris; Grebing, Helga (Hg.), Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte, Hildesheim 1987, S. 46-56.
- Rudolph 1984/85** = Rudolph, Hartmut, Evangelische Kirche und Vertriebene 1945 bis 1972, 2 Bde., Göttingen 1984-1985.
- Schäfers & Kopp 2006** = Peuckert, Rüdiger; Scherr, Albert, Integration, in: Bernhard Schäfers u. Johannes Kopp (Hg.), Grundbegriffe der Soziologie, 9. grundlegend überarb. und aktualisierte Aufl., Wiesbaden 2006
- Schier 1980** = Schier, Siegfried, Die Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Hansestadt Lübeck. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Ende der 50er Jahre, Kiel 1980.
- Schmidt 1963** = Schmidt, Hermann, Brühl. Eine wirtschafts- und sozialgeographische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des Strukturwandels nach dem Erlöschen der Braunkohleindustrie, 2. Aufl., o. O. (Köln), 1963.
- Schoenberg 1970** = Schoenberg, Hans W., Germans from the East. A study of their migration, resettlement, and subsequent group history since 1945, The Hague (Den Haag) 1970.

Schulze, von der Brelie-Lewien & Grebing 1987 = Schulze, Rainer; von der Brelie-Lewien, Doris; Grebing, Helga (Hg.), Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte, Hildesheim 1987.

Sobczak 2006 = Sobczak, Marie-Luise (Hg.), ...wie schön könnte das Leben sein. Brühler Kriegstagebuch 1938-1946, Brühl 2006.

Stahlberg 1957 = Stahlberg, Gertrude, Die Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen, Berlin 1957.

Steinert 1986 = Steinert, Johannes-Dieter, Vertriebenenverbände in Nordrhein-Westfalen 1945-1954, Düsseldorf 1986.

Sywottek 1989 = Sywottek, Arnold, Flüchtlingseingliederung in Westdeutschland. Stand und Probleme der Forschung, in: APuZ B 51/1989, S. 38-46.

Teppe 1995 = Teppe, Karl, Trümmergesellschaft im Wiederaufbau, in: APuZ B 18-19/1995, S. 22-33.

Thrams 1993 = Thrams, Peter, Brühl im Nationalsozialismus, Bd. 1 – Politik, Verwaltung und Gesellschaft, Köln 1993.

Trittel 1999 = Trittel, Günter J., Ernährung, in: Benz, Wolfgang (Hg.), Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949/55, Berlin 1999, S. 117-123.

Waldmann 1979 = Waldmann, Peter, Die Eingliederung der ostdeutschen Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft, in: Josef Becker; Theo Stammen; Peter Waldmann (Hg.), Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 1979, S. 163-192.

Wehler 2003 = Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten. 1914-1949, München 2003.

Wehler 2008 = Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 5: Bundesrepublik und DDR. 1949-1990, München 2008.

Wiesemann 1986 = Wiesemann, Falk, Erzwungene Heimat: Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen, in: Gerhard Brunn (Hg.), Neuland, Nordrhein-Westfalen und seine Anfänge nach 1945/46, Essen 1986, S. 163-173.

Wiesemann 1995 = Wiesemann, Falk, Flüchtlingspolitik in Nordrhein-Westfalen, in: Wolfgang Benz (Hg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, aktualisierte Neuauflage, Frankfurt a. M. 1995, S. 218-230.

Wiesemann & Kleinert 1984 = Wiesemann, Falk & Kleinert, Uwe, Flüchtlinge und wirtschaftlicher Wiederaufbau in der britischen Besatzungszone, in: Dietmar Petzina u. Walter Euchner (Hg.), Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet, Düsseldorf 1984, S. 297-326.

Wlaschek 1983 = Wlaschek, Rudolf M., Vertriebenenbeiräte in der Verantwortung, Düsseldorf 1983.

8.3 Abkürzungsverzeichnis

Ab.	Absatz
Abs.	Abschnitt
a. M.	am Main
Anm.	Anmerkung
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Zeitschrift „Das Parlament“
AEvKB	Archiv der Evangelischen Kirchengemeinde Brühl
Aufl.	Auflage
AWO	Arbeiterwohlfahrt
Bd. / Bde.	Band / Bände
BvD	Bund der vertriebenen Deutschen
BHE/GB	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten / Gesamtdeutscher Block
Bl.	Blatt
BpB	Bundeszentrale für politische Bildung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BVFG	Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich Demokratische Union
dass.	dasselbe
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
Diss.	Dissertation
DM	Deutsche Mark
Dok.	Dokument
DP	Deutsche Partei
D.R.K.	Deutsches Rotes Kreuz
eGmbH	eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht
E.K.D	Evangelische Kirche in Deutschland
ERP	European Recovery Program
erw.	erweiterte
ev. / evgl.	evangelisch
e.V.	eingetragener Verein
f. / ff.	folgende / fortfolgende
FDP	Freie Demokratische Partei
GDP	Gesamtdeutsche Partei

Gebausie	Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgesellschaft m.b.H.
H.	Heft
Hg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
IGOV	Interessengemeinschaft der Ostvertriebenen
Jb.	Jahrbuch
Jg.	Jahrgang
KAREK	Kreisarchiv Rhein-Erft-Kreis
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KStA	Kölner Stadtanzeiger
KR	Kölnische Rundschau
LAG	Lastenausgleichsgesetz
ND	Neudruck bzw. Nachdruck
NL	Nachlass
Nr.	Nummer
NRZ	Neue Rhein Zeitung
NRW	Nordrhein-Westfalen
o. J.	ohne Jahr
o. O.	ohne Ort
Red.	Redaktion
RZ	Rheinische Zeitung
S.	Seite
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SHG	Soforthilfegesetz
s. o.	siehe oben
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StAB	Stadtarchiv Brühl
Städt.	Städtisches
Statist.	Statistisches
u.a.	unter anderem
überarb.	überarbeitete
USA	United States of America
v.	von / vom
vgl.	vergleiche
z.B.	zum Beispiel
zit.	Zitiert

Nachtrag (Mai 2024)

Die wohl bekannteste Vertriebene in der Brühler Stadtgesellschaft war Irene Westphal (1930-2023). Sie engagierte sich jahrzehntelang in zahlreichen sozialen Initiativen und in der SPD. Sie war Mitbegründerin der Aktion Gemeinsinn und über 20 Jahre Mitglied im Rat der Stadt Brühl. Von 1994 bis 1996 war sie die erste und bisher einzige Bürgermeisterin der Stadt Brühl. Sie begründete die Städtepartnerschaft zwischen Brühl und ihrem Geburtsort Kunice in Schlesien.



Irene Westphal trägt sich 2020, anlässlich ihres 90. Geburtstages, in das Goldene Buch der Stadt Brühl ein (Foto Stadtarchiv Brühl).